

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

Ulrich Sarcinelli  
Politikvermittlung  
in der Demokratie

Klaus R. Allerbeck  
Systemeinverständnis  
und gesellschaftliche Leitbilder  
von Jugendlichen

Wolfgang Rudzio  
Systemaversionen bei  
linksorientierten Jugendlichen

Walter Gagel  
Die neuen sozialen Bewegungen  
als Herausforderung  
des politischen Unterrichts

Heinrich Oberreuter  
Wertwandel  
und politische Bildung

ISSN 0479-611 X

B 50/84  
15. Dezember 1984

Ulrich Sarcinelli, Dr. phil., M. A., geb. 1946; Privatdozent und Hochschulassistent am Seminar für Politikwissenschaft der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule Rheinland-Pfalz, Abt. Koblenz.

Veröffentlichungen u. a.: Das Staatsverständnis der SPD, Meisenheim 1979; (zus. mit E. Czerwick) Außenpolitik und Wahlkampf, Koblenz 1982; Symbolische Politik und Wahlkampf, Koblenz 1983; (als Hrsg.) Wahlen und Wahlkampf in Rheinland-Pfalz, Opladen 1984; Symbolische Politik (Habilitationsschrift), Koblenz 1984.

Klaus R. Allerbeck, Dr. phil., geb. 1944; seit 1980 Professor für Soziologie an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt/M.

Veröffentlichungen u. a.: Politische Ungleichheit — Ein Acht-Nationen-Vergleich, Opladen 1980; (als Koautor) Political Action, Beverly Hills 1979; Demokratisierung und sozialer Wandel in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1976; (zus. mit L. Rosenmayr) Einführung in die Jugendsoziologie, Heidelberg 1976; Soziologie radikaler Studentenbewegungen, München 1973; Datenverarbeitung in der empirischen Sozialforschung, Stuttgart 1972.

Wolfgang Rudzio, Dr. phil., geb. 1935; seit 1972 Professor für Politikwissenschaft, zunächst an der Universität Frankfurt, dann an der Universität Oldenburg.

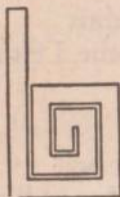
Veröffentlichungen u. a.: Die Neuordnung des Kommunalwesens in der Britischen Zone, Stuttgart 1968; Die organisierte Demokratie, Stuttgart 1982<sup>2</sup>; (gemeinsam mit O. Flechtheim/F. Vilmar/M. Wilke) Der Marsch der DKP durch die Institutionen, Frankfurt 1980; Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1983.

Walter Gagel, Dr. phil., geb. 1926; Professor für politische Bildung an der Technischen Universität Braunschweig, Erziehungswissenschaftlicher Fachbereich.

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg. zus. mit Rolf Schörken) Zwischen Politik und Wissenschaft. Politikunterricht in der öffentlichen Diskussion, Opladen 1975; Politik — Didaktik — Unterricht. Eine Einführung in didaktische Konzeptionen des politischen Unterrichts, Stuttgart 1981<sup>2</sup>; Einführung in die Didaktik des politischen Unterrichts. Studienbuch politische Didaktik I, Opladen 1983; (Hrsg. und Mitautor zus. mit Wolfgang Hilligen und Ursula Buch) Sehen, Beurteilen, Handeln. Arbeitsbuch für den politischen Unterricht in der Sek. I (Kl. 7—10), Frankfurt 1984.

Heinrich Oberreuter, Dr. phil., geb. 1942; Professor für Politikwissenschaft an der Universität Passau.

Veröffentlichungen u. a.: Parlamentarische Opposition. Ein internationaler Vergleich, Hamburg 1975 (Hrsg.); Parlament und Regierung. Ein Vergleich dreier Regierungssysteme, München 1977 (mit E. Hübner); Kann der Parlamentarismus überleben? Bund — Länder — Europa, Zürich 1978<sup>2</sup>; Parlament und Parlamentsreform, München 1979<sup>2</sup> (mit Hans Maier u. a.); Freiheitliches Verfassungsdenken und politische Bildung, Stuttgart 1980 (Hrsg.); Pluralismus — Grundlegung und Diskussion, Opladen 1980 (Hrsg.); Parlamentsreform. Probleme und Perspektiven in westlichen Demokratien, Passau 1981 (Hrsg.); Übermacht der Medien, Zürich 1982; Machtverfall und Machtgreifung, München 1983 (Hrsg.); Parteien — zwischen Nestwärme und Funktionskälte, Zürich 1984<sup>2</sup>.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Karl-Heinz Resch, Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/460 40, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich einschließlich Mehrwertsteuer; bei dreiwöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.



# Politikvermittlung in der Demokratie

## Zwischen kommunikativer Sozialtechnik und Bildungsauftrag

### I. Begriffliche Vorbemerkungen

Ausgangspunkt für die im Titel aufgeworfene Problemstellung ist das Faktum, daß jedes demokratische System spezifischer Verfahren und Institutionen bedarf, durch die Politik zwischen Herrschenden und Beherrschten vermittelt wird. Diese Vermittlung ergibt sich nicht automatisch. Sie wird, zumal in der modernen Massendemokratie, organisiert und gesteuert. Spätestens seit dem ausgehenden Mittelalter ist dies denn auch das große Thema politiktheoretischer Reflexionen, wobei bereits Klassiker wie etwa Machiavelli oder Hobbes in sehr beeindruckender Weise deutlich gemacht haben, daß die Organisation von Herrschaft ein außerordentlich nüchternes Geschäft sein kann.

Es wäre allerdings eine unzulässig verengte, ja geradezu naive Sichtweise, etwa davon auszugehen, dem Bürger werde Politik vornehmlich oder gar ausschließlich im Rahmen politischer Bildungsarbeit vermittelt. Die institutionalisierte und unterrichtlich organisierte politische Bildungsarbeit ist nur ein schmaler — und wohl auch nicht der wichtigste — Ausschnitt aus dem Gesamtbereich politischer Erfahrungsfelder des Bürgers. Der Informationshaushalt des Bürgers wird aus vielen Politikvermittlungsquellen gespeist, etwa:

- aus den Massenmedien,
- aus unmittelbaren, politisch relevanten Erfahrungen im persönlichen Umfeld,
- aus dem Umgang mit Behörden aller Art,
- aus der direkten Anschauung von Politik im lokalen Bereich,
- aus Kontakten mit politischen Akteuren, sofern es diese Kontakte noch gibt,
- aus dem eigenen Engagement in gesellschaftlichen Gruppen und eben auch
- aus den in der politischen Bildung vermittelten Kenntnissen und Werthaltungen.

Wenn hier nun im folgenden mit dem in der Fachterminologie nicht gebräuchlichen Ter-

minus der Politikvermittlung gearbeitet wird, so bedarf es einiger begrifflicher Vorklärungen. Etymologisch verweist der Vermittlungsbegriff auf zwei Bedeutungsrichtungen. Zum einen kann mit Vermittlung gemeint sein, daß jemandem etwas verschafft wird, was er nicht hat, z. B. Information, Wissen etc. Zum anderen umschreibt der Begriff aber auch das, was man im politischen Bereich als Konsensbildung bezeichnet: Vermittlung als die Herstellung einer Einigung zwischen zwei Seiten. Beide Aspekte finden in dem in der politikwissenschaftlichen Diskussion der letzten Jahre viel beachteten Wort „Interessenvermittlung“ Berücksichtigung, wobei das Schwergewicht der Bemühungen unverkennbar auf dem zweiten Aspekt liegt: der Artikulation und Aggregation von Interessen sowie deren korporatistische Einbindung in die Willens- und Entscheidungsbildung des politischen Systems<sup>1)</sup>. Demgegenüber wird mit dem Begriff der Politikvermittlung die Untersuchungsperspektive auf den ersten Aspekt gelenkt, auf die Frage also, wie von seiten des politischen Systems dem Bürger Politik vermittelt wird. Mit Politikvermittlung wird somit nur ein spezifischer Ausschnitt des politischen Kommunikationsprozesses erfaßt<sup>2)</sup>, gleichsam die Akteurseite politischer Willensbildung.

<sup>1)</sup> Vgl. vor allem den Tagungsband zur Fachtagung der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft vom 11. bis 13. Oktober 1983 in Mannheim: Jürgen W. Falter/Christian Fenner/Michael Th. Greven (Hrsg.), Politische Willensbildung und Interessenvermittlung, Opladen 1984; Ulrich von Alemann/Erhard Forndran (Hrsg.), Interessenvermittlung und Politik. Interesse als Grundbegriff sozialwissenschaftlicher Lehre und Analyse, Opladen 1983; siehe dazu auch die Überblickbände von Ulrich von Alemann/Rolf Heinze (Hrsg.), Verbände und Staat, Opladen 1979, und Ulrich von Alemann (Hrsg.), Neokorporatismus, Frankfurt-New York 1981.

<sup>2)</sup> Zum Kommunikationsbegriff vgl. Klaus Merten, Eine Begriffs- und Prozeßanalyse, Opladen 1977.



## II. Problemstellungen und normativer Bezugsrahmen

Nun soll im folgenden nicht die Vielzahl institutioneller Ausprägungen von Politikvermittlung auf die Frage hin abgeklopft werden, inwieweit diese demokratischen Anforderungen gerecht werden. Es wird also nicht in erster Linie nach der Politikvermittlungskapazität des Staates, der Parteien, Verbände, Medien oder anderer intermediärer Systeme gefragt. Ziel der Überlegungen soll es vielmehr sein, die wichtigsten Ausprägungen der Politikvermittlung zu unterscheiden und ihre funktionale Bedeutung zu skizzieren und zu problematisieren. Es wird dabei davon ausgegangen, daß Politikvermittlung in einem Spannungsfeld zwischen kommunikativer Sozialtechnik und Bildungsauftrag steht, denn in einem freiheitlichen System gibt es keine Instanz, die aus sich heraus gleichsam rechtsverbindlich entscheiden kann, ob Art und Weise sowie Formen der Vermittlung von Politik zwischen politischen Eliten und Bürgern von demokratischer Qualität sind oder nicht. Gerade deshalb muß, wenn der Begriff überhaupt analytisch brauchbar sein soll, ein normativer Bezugsrahmen abgesteckt werden.

So dürfte es auch in einer Informationsgesellschaft wie der Bundesrepublik Deutschland völlig unrealistisch sein, davon auszugehen,

— daß alle Bürger stets umfassend informiert sind,

— daß die Gesellschaft sich nur aus allseitig Gebildeten zusammensetzt, die zur Verarbeitung von Informationen jeden Schwierigkeitsgrades in der Lage sind,

— daß es eine intersubjektiv meßbare Objektivität und Wahrheit in der politischen Berichterstattung gibt,

— daß ein Volk in einer Demokratie durch Vermittlung bestimmter Informationen absolut gesteuert werden kann,

— oder daß in einem komplexen Mediensystem eine Gleichrichtung aller Informationen möglich ist.

Welche Anforderungen sind nun aber an demokratische Politikvermittlung zu stellen? Hier verdienen vor allem vier Aspekte Beachtung, die für einen normativen Bezugsrahmen von Bedeutung sind:

1. Politikvermittlung muß insgesamt aus einer Vielzahl von Quellen gespeist werden.

2. Sie muß inhaltlich eine Vielfalt von Informationen bieten und damit eine Pluralität politischer Richtungstendenzen widerspiegeln.

3. Politikvermittlung muß einen abgestuften Differenzierungsgrad aufweisen, also ein differenzierendes Anspruchsniveau haben, um unterschiedliche Adressaten und „Teilöffentlichkeiten“<sup>3)</sup> zu erreichen.

4. Und schließlich darf Politikvermittlung, will sie demokratischen Ansprüchen gerecht werden, keine einseitig gerichtete Elite-Bürger-Beziehung sein. Sie muß auch offen sein für Informationsaustausch und Interessenvermittlung vom Bürger zur politischen Führung.

Es ist unschwer zu erkennen, daß diese normativen Bezugsgrößen verankert sind in demokratiethoretischen Ansätzen, in denen die Bedeutung von Konkurrenz und Wettbewerb hervorgehoben und in denen vom Faktum sozialer Differenzierungen ausgegangen wird. Verankert ist schließlich die letztgenannte normative Bezugsgröße im Prinzip der Volkssouveränität.

Die Grundfragen, die sich in diesem Zusammenhang stellen, sind: Inwieweit gelingt es durch das Gesamtangebot bzw. durch Teilangebote der Politikvermittlung, dem Bürger eine hinreichende Informationsgrundlage zur Gewährleistung einer möglichst eigenständigen Urteils- und Entscheidungskompetenz zu verschaffen? Und inwieweit wird der Bürger selbst in den Politikvermittlungsprozeß einbezogen?

Weder überzogene idealisierte Erwartungen noch Orwellsche Schreckensvisionen sind hier hilfreich.

<sup>3)</sup> Vgl. die Überblickstudien von Franz Ronneberger, *Public Relations des politischen Systems*, Nürnberg 1978, und ders., *Public Relations der politischen Parteien*, Nürnberg 1978, hier insb. S. 29.

<sup>4)</sup> Vgl. etwa Joseph Schumpeter, *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, Bern 1950; Antony Downs, *Ökonomische Theorie der Demokratie*, Tübingen 1968; Robert Dahl, *Vorstufen zur Demokratie-Theorie*, Tübingen 1975.



### III. Zwischen Loyalitätsmanagement und demokratischer Beteiligung: Zielfunktionen der Politikvermittlung

Mit Blick auf die oben skizzierten normativen Bezugsgrößen sind bei Berücksichtigung des Gesamtangebots an Politikvermittlungsleistungen vor allem vier analytisch unterscheidbare, gleichwohl aber sich wechselseitig ergänzende Zielfunktionen von Politikvermittlung auszumachen:

1. eine vorwiegend *informativische* Zielfunktion. Hier steht die mediale Weitergabe von politischen Inhalten, Richtungsansagen im Vordergrund. Davon zu unterscheiden ist
  2. eine primär *appellativ* ausgerichtete Zielorientierung von Politikvermittlungsleistungen, deren Informationsgehalt in spezifischer Weise reduziert und verdichtet ist.
  3. Daneben kann Politikvermittlung eine *partizipative* Zielfunktion zukommen, insofern dem Bürger in den unterschiedlichsten gesellschaftlichen und politischen Gruppen die Chance der mittelbaren oder unmittelbaren Teilhabe an Politik geboten wird. Und schließlich gibt es
  4. bei einem Teil des Gesamtangebots an Politikvermittlungsleistungen eine vorwiegend *pädagogisch-didaktische* Ausrichtung.
- Alle diese Zielfunktionen von Politikvermittlung, also Information, Appellation, Partizipa-

tion und politische Bildung, sind integraler Bestandteil der legitimatorischen Bemühungen, mit denen der Bürger in jeweils unterschiedlicher Weise konfrontiert wird. Auch wenn jeder dieser Zielfunktionen ganz spezifische Politikvermittlungsleistungen zuzuordnen sind, so ist doch eine Grundtendenz für das Gesamtangebot von Politikvermittlung unverkennbar. Diese Grundtendenz läßt sich adjektivisch wohl am ehesten mit dem Begriff professionalistisch-technokratisch umschreiben. In der aristotelischen Begrifflichkeit könnte man auch sagen: Politikvermittlung in der modernen, massenkommunikativ bestimmten Demokratie ist weniger *Praxis* als vielmehr *Poiesis*. Sie ist ein kommunikatives Kunstprodukt zur Erzeugung von Loyalitätsbereitschaft oder besser von politischem Vertrauen; sie definiert sich primär instrumentell, als „Mittel“ zur Erreichung von Zustimmung. Wenn es aber zutrifft, daß Politikvermittlung in erster Linie als Legitimationsinstrument zu verstehen ist, so verdient die Frage Beachtung, ob und in welcher Weise die in den verschiedenen Ausprägungen von Politikvermittlung zum Ausdruck gebrachten Legitimationsofferten den oben skizzierten normativen Anforderungen gerecht werden.

### IV. Zentrale Ausprägungen von Politikvermittlung

#### 1. Politikvermittlung durch Information

Die erste hier unterschiedene Variante von Politikvermittlung, der eine informativische Zielfunktion zuerkannt wird, soll im folgenden vor allem mit Blick auf die politische Öffentlichkeitsarbeit exemplifiziert werden. Die Öffentlichkeitsarbeit etwa der staatlichen Institutionen, der Parteien, Verbände oder der politischen Akteure interessiert hier insofern, als sie das massenmediale Informationsangebot in hohem Maße strukturiert. Nun ist es ein Grundfaktum, daß jedes politische System, wenn es demokratisch zu sein beansprucht, seine Existenz, seine Ziele und Zielverwirklichungsabsichten dauernd publik machen muß, informieren muß, um sich gegenüber seinen Adressaten als vertrauens- und zustimmungswürdig zu erweisen. Kurz: Es bedarf der Öffentlichkeit. Insofern ist auch ein gewisses Kommunikationsmarketing unver-

zichtbarer „Teil der Partei- und Staatsfunktionen“ in einer modernen Massendemokratie<sup>5)</sup>.

#### a) Herstellung von Öffentlichkeit

Allerdings hat bereits Jürgen Habermas in seiner berühmten Studie zum „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ deutlich gemacht, daß das liberale Modell einer bürgerlichen Öffentlichkeit, verstanden als ein Publikum rätionaler Privatpersonen, die im Interesse

<sup>5)</sup> Wolfgang R. Langenbucher (Hrsg.), Politik und Kommunikation. Über die öffentliche Meinungsbildung, München-Zürich 1979, Einleitung, S. 14. Vgl. dazu ausführlich mit Verweis auf die einschlägige Literatur: Ulrich Sarcinelli, Symbolische Politik. Zur Bedeutung symbolischer Politik in der politischen Kommunikation der Bundesrepublik Deutschland. Eine Analyse unter besonderer Berücksichtigung des Bundestagswahlkampfes 1980, Koblenz 1984 (Habilitationsschrift), insb. S. 277—309.



der Herausbildung eines Gemeinwillens zusammenzutreffen, auf die sozialstaatlich verfaßte Massendemokratie nicht mehr anwendbar ist. Öffentlichkeit ist nicht mehr an sich gegeben. Sie entsteht — zumal in pluralistischen Systemen — im Felde der Konkurrenz organisierter Interessen „durch Entfaltung demonstrativer Publizität“. So verrät ja bereits das Wort „Öffentlichkeitsarbeit“, „daß umständlich und von Fall zu Fall eine Öffentlichkeit erst hergestellt werden muß, die sich früher aus der Gesellschaftsstruktur ergab“<sup>6)</sup>. Auf welche Weise beeinflusst oder gewährleistet politische Öffentlichkeit die informatorische Seite im Politikvermittlungsprozeß? Welche Probleme zeigen sich in der konkreten Vermittlung politischer Informationen hinsichtlich der geforderten Informationsvielfalt und der Pluralität vermittelter politischer Richtungen? Ist der Informationsaustausch wechselseitig?

Politische Öffentlichkeitsarbeit — synonym wird vielfach auch der Begriff Public Relations gebraucht — dient primär der Außen-darstellung. Sie soll Informationen liefern, für neue politische Problemstellungen sensibilisieren und durch Offerierung von politischen Alternativen den Adressaten Urteils- und Entscheidungshilfen geben. Während für kommerzielle Unternehmen, zumindest im Konsumgüterbereich, Werbung das wichtigste Instrumentarium zur Selbstbehauptung auf dem Markt ist, muß im politischen Bereich die Öffentlichkeitsarbeit als das ausschlaggebende Politikvermittlungsinstrument zur Sicherung eines kontinuierlichen informationellen Angebots betrachtet werden. Behauptung auf dem Markt heißt hier Themen bestimmen, politische Identität schaffen, Sachkompetenz darstellen, Bürgernähe demonstrieren. Dies alles kann nur in sehr begrenztem Maße dadurch erreicht werden, daß sich der Staat, die politischen Subsysteme oder politische Akteure direkt an den Bürger wenden, etwa durch gedrucktes Informationsmaterial aller Art.

In einer Zeit, in der die politische Kommunikation in hohem Maße über Massenmedien erfolgt, ist Politikvermittlung mit informatorischer Ausrichtung vorwiegend auf die Initiierung von Multiplikatorenwirkung über die Massenmedien angelegt. Dabei weisen Böckelmann und Nahr in ihren Studien zur staatlichen Öffentlichkeitsarbeit zu Recht darauf hin, daß politische Öffentlichkeitsarbeit nicht

nur als Information über vollzogene Entscheidungen verstanden werden dürfe. Sie müsse sich auch auf das „legitimationswirksame Ausfindigmachen dessen, was als Problem und Probleminterpretation überhaupt vordringlich ist oder vordringlich gemacht werden kann“, beziehen<sup>7)</sup>. Mit anderen Worten: Öffentlichkeitsarbeit darf nicht nur informieren und kommentieren. Sie muß selbst Ereignisse, und das heißt vor allem Medienereignisse, schaffen. Deshalb dürfte auch ein Großteil der politischen Ereignisse, die von den Medien vermittelt werden, nur deshalb auf der „public agenda“ erscheinen, weil es Medien gibt. Das Massenkommunikationssystem ist also eine entscheidende Voraussetzung für politische „Realitätskonstruktion“ mit informatorischen Mitteln<sup>8)</sup>. Im Verhältnis von Politik und Publizistik liegen denn auch die zentralen Probleme im Zusammenhang mit der Sicherung eines hinreichenden informatorischen Angebots im Rahmen der Politikvermittlung. Dabei stellt sich nicht so sehr die Frage, ob die Medien in der Bundesrepublik politisch einseitig berichten oder zu wenig Alternativen bieten. Trotz eines hohen Konzentrationsgrades kann sich der Bürger nach wie vor aus einer Vielzahl politisch nicht gleichgerichteter Medien informieren. Und wir wissen ja auch aus Medienrezeptionsanalysen, daß in hohem Maße komplementär von den verschiedenen Medienangeboten Gebrauch gemacht wird.

#### *b) Öffentlichkeitsarbeit als Determinante politischer Berichterstattung*

Das Kernproblem liegt auf einer anderen Ebene, nämlich auf der Ebene der Entstehung bzw. Erzeugung von Informationen, die dann Gegenstand politischer Berichterstattung werden. Publizistik- und kommunikationswissenschaftliche Forschungsarbeiten, insbesondere in Form inhaltsanalytischer Vergleiche zwischen politischen Verlautbarungen und Berichterstattung, zeigen nämlich unzweifelhaft, daß Öffentlichkeitsarbeit zur entscheidenden Determinante politischer Berichterstattung geworden ist. Sie bestimmt durch

<sup>7)</sup> Frank Böckelmann/Günter Nahr, Staatliche Öffentlichkeitsarbeit im Wandel der politischen Kommunikation, Berlin 1979, S. 111; vgl. auch Franz Ronneberger (Anm. 3).

<sup>8)</sup> Vgl. dazu u. a. Winfried Schulz, Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien, Freiburg 1976; Klaus Lange, Das Bild der Politik im Fernsehen, Frankfurt 1981. Siehe auch wissenschaftstheoretisch und kommunikationstheoretisch grundlegend: Peter L. Berger/Thomas Luckmann, Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit, Frankfurt 1969; Paul Watzlawick (Hrsg.), Die erfundene Wirklichkeit, München-Zürich 1981.

<sup>6)</sup> Jürgen Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Neuwied-Berlin 1971<sup>2</sup>, S. 239.



Pressekonferenzen, schriftliche Stellungnahmen, informelle Kontakte oder auch durch logistische Vorkehrungen bei öffentlichen Veranstaltungen sowohl die Themen als auch das Timing der Berichterstattung<sup>9)</sup>. Dies wäre noch tolerabel, könnte man davon ausgehen, daß das gesamte Spektrum politischer Kräfte in der Bundesrepublik nach Art einer gruppenpluralistischen Vorstellung mit seinen jeweiligen Informationsangeboten mehr oder weniger gleichen Zugang zum Mediensystem hätte. — Dem ist jedoch nicht so. Vielmehr korreliert die Chance, öffentlichkeitswirksam zu agieren, hoch positiv mit der Professionalität des Akteurs bzw. Systems. Und Professionalität heißt hier nicht nur Prominenz, sondern auch und vor allem die Fähigkeit zur permanenten Ereigniserzeugung sowie zur journalistischen Vorstrukturierung von politischen Aussagen.

### c) Der Politiker als Kommunikationsmanager

Selbstverständlich gibt es noch eine Reihe weiterer Aspekte<sup>10)</sup>, die für die Überwindung von Medienbarrieren von Relevanz sind und die zu Verzerrungseffekten in der Berichterstattung führen können. Entscheidend aber ist, daß Politikvermittlung mit informatorischer Zielrichtung zunehmend durch Kommunikationsprofis aus dem politischen Bereich selbst gesteuert wird. Den berufsmäßigen Vermittlern von Politik im Medienbereich erwächst auf diese Weise Konkurrenz vonseiten der Politiker oder beauftragter Kommunikationsmanager. Die eigentlich selbstverständlich klingende Feststellung, politische Kommunikation sei „ein Leistungsbe- reich moderner Politik“<sup>11)</sup>, bedarf dann insofern der kritischen Beachtung, als sich die Frage stellt, inwieweit die Medien zur „Durchlaufstation fremdbestimmter Informationen“<sup>12)</sup> werden. Denn wenn der politische Ak-

teur selbst zum Regisseur und Hauptdarsteller im Prozeß informatorischer Politikvermittlung wird, so reduziert sich Information auf die massenmedial inszenierte Selbstdarstellung — eine Vorstellung, die das System der „checks and balances“, zu dem nach modernem Verständnis auch die Medien gehören, ins Wanken bringt.

Zusammengefaßt könnte man sagen: Der Zugang zur politischen Berichterstattung ist exklusiv. Pluralität der Informationsangebote bedeutet hier vor allem Etabliertenproporz. Ein informatorischer Wechselbezug zwischen der politischen Führungsebene und dem Bürger findet kaum statt, allenfalls antizipatorisch: durch Berücksichtigung demoskopischer Entwicklungen im Informationsangebot oder in den seltenen Fällen von dezidiertem Meinungsjournalismus.

## 2. Politikvermittlung durch Appellation

### a) Politische Akklamation durch werbepsychologische Kalkulation?

Appellativ ausgerichtete Politikvermittlung zielt auf akklamatorische Zustimmung. Der politische Informationsgehalt des Vermittelten — so es ihn überhaupt gibt — ist auf ein Minimum reduziert. Im Verlaufe von Wahlkämpfen, vor allem Bundestagswahlkämpfen, werden immer wieder vielfältige Beispiele appellativer Politikvermittlung geboten. Das wichtigste Aktionsfeld appellativer Politikvermittlungsleistungen ist die politische Werbung, auf die im folgenden kurz eingegangen werden soll.

Hier ist zunächst festzustellen, daß es geradezu ein „Herzenseanliegen“ von Politikmanagern ist, politische Werbung vom negativen Odium kommerzieller Werbestrategie zu befreien. Sie wollen politische Werbung ausdrücklich nicht als den mit allen werbepsychologischen Wassern gewaschenen Fang von Wählerstimmen im Sinne von Markenartikelwerbung verstanden wissen. Vielmehr wird der Anspruch erhoben, politische Identifikation zu schaffen, Inhalte zu vermitteln, Images zu korrigieren, ja im Kern sogar politische Kommunikation zu initiieren<sup>13)</sup>. Nun

(1982) 4, S. 530. Zum Plädoyer für verstärkte journalistische Autonomie vgl. u. a. Manfred Rühl, *Journalismus und Gesellschaft*, Mainz 1980, S. 433; Hans Matthias Kepplinger, *Angepaßte Außenseiter*, Freiburg-München 1979; Wolfgang R. Langenbucher (Hrsg.), *Journalismus & Journalismus*, München 1980.

<sup>13)</sup> Vgl. die Beiträge von Karl-Joachim Kirey und Henning von Bosstell, in: Günther Haedrich/Günter Bartenheier/Horst Kleinert (Hrsg.), *Öffentlichkeitsarbeit. Dialog zwischen Institution und Gesellschaft*, Berlin-New York 1982, S. 353 ff. und S. 342 ff.; Peter Radunski (Anm. 11), S. 7 ff.

<sup>9)</sup> Vgl. Hans-Joachim Lang, *Pressemitteilungen im Kommunikationsfluß politischer Nachrichten*, Frankfurt-Bern-Cirencester 1980, sowie die umfassende Studie von Barbara Baerns, *Öffentlichkeit und Journalismus. Zum Einfluß im Mediensystem*, Köln 1984. Siehe auch Ulrich Sarcinelli (Anm. 5), S. 293 ff.

<sup>10)</sup> Vgl. Niklas Luhmann, *Öffentliche Meinung*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 11 (1970), S. 2—28. Zusammenfassend dazu: Michael Kunczik, *Massenkommunikation. Eine Einführung*, Köln-Wien 1979<sup>2</sup>, S. 72 ff.; Ulrich Sarcinelli (Anm. 5), S. 282 ff.

<sup>11)</sup> Peter Radunski, *Wahlkämpfe*, München-Wien 1980, S. 9 f. Siehe kritisch dazu Wolfgang R. Langenbucher/Michael Lipp, *Kontrollieren die Parteien die politische Kommunikation?*, in: Joachim Raschke (Hrsg.), *Bürger und Parteien*, Bonn 1982, S. 217—234.

<sup>12)</sup> Petra E. Dorsch, *Verlautbarungsjournalismus — eine notwendige Medienfunktion*, in: *Publizistik*, 27



dürfte unbestritten sein, daß zwischen informatorischen und appellativen Politikvermittlungsleistungen fließende Übergänge bestehen, insofern auch eine klare Trennungslinie z. B. zwischen politischer Öffentlichkeitsarbeit und politischer Werbung schwer zu ziehen ist. Dennoch ist eine Unterscheidung nicht nur analytisch sinnvoll, sondern auch aufgrund spezifischer Qualitätskriterien möglich und notwendig. Dabei erscheint es mit Blick auf das eingangs gemachte Plädoyer für ein differenziertes Politikvermittlungsangebot nicht sinnvoll, politische Werbung generell als eine nichtdemokratische Politikvermittlungsmethode zu deklarieren.

### b) Ungesicherte Wirkungsannahmen

Heidrun Abromeits Begründung zu diesem gängigen Verdikt in ihrem Buch „Das Politische in der Werbung“<sup>14)</sup> scheint auch nicht überzeugend, wenn sie von einer durch Werbung ausgelösten einseitigen Willensübertragung von „oben“ nach „unten“ spricht oder Werbung als psychologisches Steuerungsinstrument in der Hand von Eliten bezeichnet. Erstens bedarf es in einer modernen Massendemokratie kommunikativer Steuerungsimpulse, wenn Politikvermittlung stattfinden soll. Zweitens stützt sich dieses Verdikt auf Wirkungsvermutungen, die nach dem aktuellen Stand marktpsychologischer Forschung zumindest als empirisch nicht gesichert bezeichnet werden müssen. Bernd Six hat kürzlich in einem Beitrag im „Handbuch der Psychologie“ über die Effektivität der Werbung nachdrücklich darauf verwiesen, daß Werbung zwar Alltagsbewußtsein, Handlungen und Einstellungen beeinflusst, die Varianzanteile, in denen Werbung manipulierend wirkt, jedoch relativ gering zu veranschlagen sind<sup>15)</sup>. Hier ergibt sich insbesondere in Verbindung mit der Medienwirkungsforschung noch ein weites Betätigungsfeld für die Sozialwissenschaften.

### c) Unterschiede zwischen informatorischer und appellativer Politikvermittlung

Doch welche Unterscheidungskriterien zwischen informatorischer und appellativer Politikvermittlung lassen sich nennen? Vor allem drei Unterschiede müssen bedacht werden:

<sup>14)</sup> Vgl. Heidrun Abromeit, *Das Politische in der Werbung*, Opladen 1972. Siehe dagegen die Studie von Edgar Wangen, *Polit-Marketing. Das Marketing-Management der politischen Parteien*, Opladen 1983.

<sup>15)</sup> Vgl. den zusammenfassenden Überblick zum aktuellen Forschungsstand bei Bernd Six, *Effektivität der Werbung*, in: *Handbuch der Psychologie*, 12. Band: *Marktpsychologie*, 2. Handband, Göttingen-Toronto-Zürich 1983, S. 340—395.

1. Politischer Werbung geht es nicht in erster Linie um die Thematisierung von Inhalten, sondern um akklamative Resonanz. Verhaltenspsychologisch gesprochen könnte man sagen, daß Werbung auf die Umwandlung von Entscheidungsverhalten in Routineverhalten abzielt. Das „umständlich Argumentative“ soll als unbewußt Sympathisches bzw. Unsympathisches vermittelt werden. Appellative Politikvermittlung ist gleichsam die „mechanisierte Form“ des politisch-sozialen Kontaktes in der Massendemokratie, die auf Resonanz und nicht auf Reflexion ausgelegt ist.

2. Deshalb eignet sich appellative Politikvermittlung kaum als Mittel konkreter politischer Nachfragesteuerung. Auch als Reaktions- und Interpretationsmittel für kurzfristige politische Ereignisse sind politische Werbemittel ungeeignet. Eher geht es um die dauerhafte Bindung der Adressaten an Symbole auf der Basis prägnanter Begriffe oder visueller Erkennungsmerkmale. Nicht rationale Überzeugungsleistungen, sondern weitgehend unbewußt ablaufende Identifikationsprozesse sollen mit Hilfe von Begriffen, Slogans oder optischen Symbolen initiiert werden.

3. Und schließlich ist wohl spätestens seit den zahlreichen wissenschaftlichen und publizistischen Variationen zum Thema „Schweigespirale“ zur Kenntnis zu nehmen, daß Politikvermittlung via Werbemittel — und seien es nur massenhaft verbreitete Anstecknadeln, Buttons oder Autoaufkleber — vor allem auch eine mobilisierende Funktion hat. Offene Bekenntnisbereitschaft soll geweckt und politische Isolationsfurcht abgebaut, also die „Spirale des Schweigens“ durchbrochen werden<sup>16)</sup>. Insofern kann der Bereitschaft zur Akzeptanz von appellativen Politikvermittlungsofferten durchaus so etwas wie eine Barometerfunktion für politisches Klima zukommen.

Insgesamt ist wohl davon auszugehen, daß appellative Politikvermittlung, die vor allem in der politischen Werbung ihren Ausdruck findet, zwar ein politisches Kontaktmittel ist, ein Kontaktmittel allerdings, das den Bürger auf Distanz hält. Gefragt ist nicht die reflektive Auseinandersetzung, sondern das „bewußtlose“ Dabeisein. Andererseits wird man akzeptieren müssen, daß in einer komplexen Mas-

<sup>16)</sup> Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann, *Die Schweigespirale. Öffentliche Meinung — unsere soziale Haut*, München-Zürich 1980. Zur methodischen Kritik am „Schweigespirale“-Konzept vgl. u. a. Klaus Merten, *Der wahlentscheidende Einfluß des Fernsehens auf die Bundestagswahl 1976 — oder Alchimie in der empirischen Sozialforschung*, in: Heribert Schatz/Klaus Lange (Hrsg.), *Massenkommunikation und Politik*, Frankfurt 1982, S. 121—139.



sendemokratie, in der die politischen Großorganisationen kaum mehr ein persönliches Verhältnis zu ihrer Klientel entwickeln können, politische Appellationsmittel vielfach notwendige Ersatzmittel für politische Identifikation sind. Im Sinne des eingangs geforderten unterschiedlichen Anspruchsniveaus von Politikvermittlung werden über Werbung doch bestimmte Adressatengruppen erreicht und ggf. mobilisiert, die von anspruchsvollen und informationshaltigeren Politikvermittlungsangeboten nicht tangiert werden. Allerdings ist gerade in diesem Bereich der Politikvermittlung nicht nur eine weitgehende Kommerzialisierung und demzufolge auch Angleichung an die Marktwerbung festzustellen. Zu beobachten ist auch eine Entpolitisierung im Sinne einer bisweilen völligen Lösung einzelner Werbemittel und -symbole vom politischen Bezugsobjekt.

### 3. Politikvermittlung durch Partizipation

#### a) Organisatorische Differenzierung und Professionalisierung

In der eingangs getroffenen Unterscheidung von Politikvermittlungsleistungen wurde eine dritte Zielrichtung als partizipatorisch bezeichnet und betont, daß dem Bürger zahlreiche Möglichkeiten der mittelbaren oder unmittelbaren Teilhabe an Politik geboten werden. Im Gegensatz zu den beiden bisher vorgestellten Ausprägungen handelt es sich hier um eine Politikvermittlungsvariante, die primär nach innen, auf Untergliederungen oder Mitgliedschaften von Verbänden, Gewerkschaften, Parteien etc. gerichtet ist. Hier geht es vor allem darum, daß die Entwicklung politisch relevanter Subsysteme in der Bundesrepublik gekennzeichnet ist durch ein hohes Maß an innerorganisatorischer Ausdifferenzierung und Professionalisierung. So hat beispielsweise Alf Mintzel in seinen Studien über die CSU sowie in seinem jüngst publizierten Buch „Die Volkspartei“ gezeigt, daß die strukturelle Entwicklungstendenz zu hochkomplexen Massenorganisationen für alle Großparteien in der Bundesrepublik typisch ist<sup>17)</sup>. Äußerlich sichtbar wird diese je nach Mitgliedstärke, Finanzkraft, Zielsetzung etc. graduell unterschiedlich stark ausgeprägte Binnendifferenzierung und das damit

in Verbindung stehende Politikvermittlungsangebot z. B. durch flächendeckende Präsenz eines möglichst hauptamtlichen Apparats, durch weitgehende sektorale Gliederung sowie durch den Versuch, sowohl die Aktivitätsdichte insgesamt zu erhöhen als auch die Qualität der Aktivitäten zu professionalisieren.

#### b) Binnendemokratisierung durch Steigerung der Politikvermittlungskapazität?

Nun hat ja bereits Max Weber seine idealtypische Sicht, nach der Bürokratisierung und Verapparatur Voraussetzung und Garant rationaler Herrschaftsausübung sei, selbst relativiert. In betriebs- und verwaltungssoziologischen Studien ist diese Problematik immer wieder aufgegriffen worden. Ohne hier auf die organisationsstrukturellen und politischen Zusammenhänge insgesamt eingehen zu können, soll ein Aspekt herausgegriffen werden, der besonders die Politikvermittlung betrifft. So ist schon seit einer Reihe von Jahren etwa bei den Parteien eine auffällige Zunahme von informationellen Angeboten seitens der Bundesorganisationen zu beobachten — Angebote, die im Grunde die Politikvermittlungskompetenz der Untergliederungen erhöhen sollen. Das Spektrum der Vorlagen, Materialien und Hilfen umfaßt dabei etwa Fragen, wie möglichst erfolgreich Mitgliederwerbung betrieben, Pressearbeit geplant, öffentliche Kampagnen durchgeführt oder attraktive Arbeit im vorpolitischen Raum geleistet werden kann. Ja, sogar für politische Reden werden Redemuster, Argumentationshilfen oder -karteien zu allen möglichen Fragen angeboten. Hinzu kommt, daß auch das innerorganisatorische Informations- und Kommunikationssystem, insbesondere durch elektronische Textübermittlungsmöglichkeiten ständig ausgeweitet wird. Dadurch wird die Reagibilität der Untergliederungen auf politische Ereignisse gewiß erhöht — allerdings auch das Steuerungspotential übergeordneter gegenüber untergeordneten Einheiten. Berücksichtigt man gar noch die im politischen Vorfeld der organisationsnahen Stiftungen geleistete Schulungs- und Bildungsarbeit, so ergibt sich insgesamt ein vielfältiges Geflecht von binnenorganisatorischen Politikvermittlungsaktivitäten und -leistungen mit Multiplikatorenwirkung, in denen ohne Zweifel auch wichtige Teilfunktionen politischer Bildung übernommen werden.

Hier muß jedoch gesehen werden, daß bei diesen Politikvermittlungsvorgaben meist zugunsten einer pragmatisch-praktischen Orientierung auf eine theoretisch-konzeptionelle Fundierung verzichtet wird. Letztlich

<sup>17)</sup> Vgl. Alf Mintzel, *Die Volkspartei. Typus und Wirklichkeit*. Ein Lehrbuch, Opladen 1983; ders., *Die CSU. Anatomie einer konservativen Partei*, Opladen 1975. Siehe dazu auch die Analyse zur strukturellen Entwicklung des Parteiensystems, in: Bericht zur Neuordnung der Parteienfinanzierung, Vorschläge der vom Bundespräsidenten berufenen Sachverständigen-Kommission, Köln (Bundesanzeiger) 1983.



geht es immer um das zentrale Organisationsziel Stimmenmaximierung. Auch wenn deshalb das „demokratisierende“ Potential verstärkter Politikvermittlungsleistungen nicht überschätzt werden darf, so stellt sich in diesem Zusammenhang doch eine Frage von zentraler demokratietheoretischer Bedeutung: Die Frage nämlich, ob durch die Professionalisierung der Politikvermittlungskompetenz der organisationsinterne Pluralismus, der demokratische Wettbewerb innerhalb von Parteien, Verbänden, Gewerkschaften etc. nicht erhöht wird, ob also diese Politikvermittlungsleistungen nicht eine partizipative und damit doch letztlich demokratisierende Wirkung haben. Denn in dem Maße, in dem die Artikulations- und Interessenvertretungsfähigkeit der Untergliederungen steigt, in dem Maße müßte doch auch eine Belebung innerparteilicher oder innerverbandlicher Demokratie festzustellen sein. Und tatsächlich gibt es ja auch eine Reihe von Indizien dafür, daß sich die gruppeninterne Willensbildung in den letzten anderthalb Jahrzehnten verstärkt hat, wenn man etwa an die Flut von Anträgen auf Parteitag oder an die Schärfe innergewerkschaftlicher oder innerparteilicher Konflikte denkt.

### c) *Partizipationssteigerung und zentrale Steuerung*

Gleichwohl wird man die hier aufgestellte Demokratisierungsthese in zweierlei Hinsicht relativieren müssen:

Erstens muß die Erweiterung innerorganisatorischer Vermittlungskapazität und -kompetenz nicht notwendigerweise mit einer intensiveren Teilhabe an Politik einhergehen. Denn hier stellt sich ja die Frage, welche Adressaten von den beispielhaft aufgeführten Politikvermittlungsleistungen überhaupt erreicht werden. Sowohl in der empirischen Partizipationsliteratur als auch in parteisozilogischen Studien wird deutlich, daß Partizipationsausweitung die sozialstrukturellen Verzerrungen in der Teilhabe an Politik nicht beseitigt, sondern eher noch verstärkt. Verkürzt könnte man sagen, der Ausbau der organisationsinternen Vermittlungsapparate und die damit in Verbindung stehenden Kommunikationsangebote kommen vor allem denen zugute, die innerhalb der Organisation zur Interessenartikulation ohnehin schon befähigt sind<sup>18)</sup>.

<sup>18)</sup> „Zum Paradoxon“ politischer Partizipation vgl. insb. Max Kaase, Politische Beteiligung und politische Ungleichheit, in: Lothar Albertin/Werner Link (Hrsg.), Politische Parteien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie in Deutschland,

Und ein zweiter relativierender Gesichtspunkt gegenüber allzu weitgehenden basisdemokratischen Hoffnungen muß hier angeführt werden. Es ist organisationssoziologisch wohl unstrittig, daß mit zunehmender Bindendifferenzierung auch das Interesse an zentraler Steuerungs- und Konfliktregulierungskapazität steigt; dies bestätigen verwaltungssoziologische Studien. In genereller Hinsicht hat sich Karl W. Deutsch damit in einer ganzen Reihe seiner Arbeiten zur politischen Kybernetik beschäftigt<sup>19)</sup>. In diesem Zusammenhang zwei Beispiele: Die erstmals in den sechziger Jahren aufgekommene, vor einigen Jahren schon fast begrabene, aktuell aber wieder entfachte Diskussion um eine verbändegesetzliche Regelung ist ja nur zu verstehen vor dem Hintergrund des Vorwurfs, daß gesellschaftliche Großgruppen, gemeint waren allerdings vor allem die Gewerkschaften, über ein zu großes Repertoire an zentraler Steuerungskapazität verfügen, durch das innerverbandliche Demokratie erstickt wird. Das zweite Beispiel bezieht sich auf die Parteien. Hier hat man durch statuarische Regelungen den Handlungsspielraum von innerparteilichen Gruppen in den siebziger Jahren begrenzt. Der verstärkte innerparteiliche Gruppenwettbewerb, d. h. mehr Pluralität auf der horizontalen Ebene, wurde mit erhöhter Steuerungskapazität auf der vertikalen Ebene erkaufte.

Hier wird ein grundsätzliches Machtproblem sichtbar: Organisationsinterne Pluralität wird dort zum Konflikt, wo die Umsetzung nach außen, d. h. die Schlagkraft gegenüber dem politischen Konkurrenten in Frage gestellt werden könnte. Ein solcher Konflikt erklärt sich nicht zuletzt aber auch daraus, daß Geschlossenheit in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland als ein Wert an sich gilt und demzufolge dann auch innerorganisatorische Konflikte als politische Schwäche empfunden werden.

### 4. Politikvermittlung durch politische Bildung

War vorher schon die Rede davon, daß politische Bildungsarbeit nur einen schmalen Ausschnitt aus dem Gesamt der Politikvermitt-

Düsseldorf 1981, S. 363—377; Oskar Niedermayer/Hermann Schmitt, Sozialstruktur, Partizipation und politischer Status in Parteiorganisationen, in: Politische Vierteljahresschrift, 24 (1983), S. 293—310.

<sup>19)</sup> Vgl. Karl W. Deutsch, Politische Kybernetik. Modelle und Perspektiven, Freiburg i. Br. 1973<sup>3</sup>; siehe auch Frieder Naschold, Organisation und Demokratie. Untersuchung zum Demokratisierungspotential in komplexen Organisationen, Stuttgart u. a. 1972<sup>3</sup>.



lungsleistungen ausmacht, so stellt sich hier aber doch die Frage, ob nicht Politikvermittlung in diesem Bereich in geradezu idealer Weise den oben definierten normativen Anforderungen gerecht werden kann und wird. Denn wo, wenn nicht hier, kann Information aus einer Vielzahl von Quellen ermöglicht werden, kann eine Pluralität politischer Richtungstendenzen vermittelt und muß schon aus didaktischen Gründen mit Informationen unterschiedlicher Komplexitätsgrade gearbeitet werden? Und kann nicht gerade in der politischen Bildung ein demokratischer Wechselbezug initiiert werden, zumindest zwischen Lehrenden und Lernenden?

#### a) Restriktive Vermittlungsbedingungen der politischen Bildung

Ein Blick auf die Wirklichkeit politischer Bildungsarbeit muß hier jedoch ernüchtern. Zur Kenntnis zu nehmen sind nämlich zunächst einmal — geht man von der politischen Bildung in Schulen aus — die insgesamt restriktiven Bedingungen, unter denen Politik in Verbindung mit einem eigenständigen Unterrichtsfach vermittelt wird:

— So nimmt das Fach Politik, Sozialkunde oder wie immer es genannt wird, in der Prestigeskala der Fächer einen hinteren Rang ein, und zwar sowohl in der Einschätzung von Lehrenden wie Lernenden, übrigens trotz seiner generell positiv bewerteten lebenspraktischen Relevanz.

— So wurde das Zeitbudget des Unterrichtsfaches entgegen fortlaufender Beteuerung von politischer Seite, wie wichtig politische Bildung sei, rigoros zusammengestrichen.

— So werden politisch relevante Inhalte von anderen profilbildenden Fächern okkupiert (z. B. von Arbeitslehre).

— So ist der Anteil der nicht fachlich ausgebildeten Politiklehrer höher als in jedem anderen Fach. Die Negativliste ließe sich noch beliebig ergänzen<sup>20</sup>.

Nun müßte jeder Versuch, die Komplexität dieses Bereiches im Rahmen eines Teilkapitels auszuleuchten, scheitern. Die Probleme für eine adäquate Politikvermittlung, die sich in diesem Zusammenhang ergeben, sollen

<sup>20</sup> Vgl. zusammenfassend dazu meinen Beitrag: Eine Fachdidaktik ohne Unterricht? Zur Misere der Sozialkundedidaktik, in: Forum E, September 1981, S. 202—206; siehe weiter dazu Kurt Gerhard Fischer, Viel Lärm um nichts — oder: Wie ist es um die politische Bildung bestellt, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 44/1981, S. 25—30; Hartmut Wasser, Aktuelle Anmerkungen zur Misere politischer Bildung in der Bundesrepublik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 44/1982, S. 15—84.

deshalb auf drei wesentliche Aspekte verdichtet werden:

1. auf das Problem der normativen Selbstüberfrachtung der politischen Bildung,
2. auf das Problem, politisches Lernen mit politischem Verhalten gleichzusetzen und
3. auf den generell hohen politisch-instrumentellen Gebrauchswert politischer Bildung.

#### b) Fehleinschätzungen der Möglichkeiten und Grenzen der Politikvermittlung durch politische Bildung

Die politische Bildung — genauer die theoretisch-didaktische Diskussion — war lange Zeit und ist zum Teil auch heute noch normativ überfrachtet mit einem idealisierten Bürgerbild. Die Vorstellung von einem stets politisch interessierten, engagierten und allseits partizipationsbereiten Bürger erweist sich nicht nur angesichts der empirischen Befunde in der Partizipationsliteratur als illusionär. — Woran im übrigen der Boom an Literatur zur Wertewandel-Problematik prinzipiell nichts ändert. — Sie ist auch weder unter demokratietheoretischen Gesichtspunkten noch vor dem Hintergrund divergierender politischer Richtungstendenzen konsensfähig. Insofern kann es auch nicht verwundern, daß es nicht einmal über die generellen Zielsetzungen politischer Bildungsarbeit einen Minimalkonsens gibt<sup>21</sup>.

Zum zweiten Punkt: Mit dem Kurzschluß von schulischer Politikvermittlung und dadurch ausgelösten unterrichtlichen Lernprozessen auf politisches Verhalten bewegte man sich gerade in der Phase der vielfältigen curricularen Revisionen auf bildungstechnokratischen Irrwegen, und dies in dreifacher Hinsicht. Zum einen aufgrund eines Operationalisierungsfetischismus, den Dieter Grosser überspitzt aber treffend etwa so charakterisiert hat: Die Komplexität politischer Realität werde auf die Flaschen von Zielkatalogen und Taxonomien gezogen, als ob dem Schüler

<sup>21</sup> Vgl. Jürgen Wilbert, Politikbegriffe und Erziehungsziele im politischen Unterricht, Weinheim-Basel 1978. Siehe auch die vergleichende Analyse von Politikdidaktikkonzeptionen bei Walter Gagel, Politik — Didaktik — Unterricht. Eine Einführung in didaktische Konzeptionen, Stuttgart u. a. 1979; Zur Situation der politischen Bildung in der Schule, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung (Bd. 185 der Schriftenreihe), Bonn 1982 (hier insb. die Beiträge von Dieter Grosser und Wolfgang Hilligen); Politische Bildung in den achtziger Jahren. Erster Bundeskongreß für politische Bildung — Gießen 1982, hrsg. von der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung e. V., Stuttgart 1983, insb. S. 7—35.



Politik nach Pawlowschen Methoden vermittelt werden könnte<sup>22</sup>). Der bildungstechnokratische Irrtum bestand und besteht vor allem aber in der Auffassung, daß unterrichtliche Lernprozesse, die sich weithin auf der Ebene sprachlicher Kommunikation bewegen, handlungsrelevante Erfahrungs- und Lernpotentiale aufbauen oder gar das Verhaltensrepertoire dauerhaft beeinflussen können. Und schließlich hat gerade die politische Sozialisationsforschung deutlich gemacht, daß die Bildungszusammenhänge politisch-sozialen Lernens sehr viel komplexer sind. Es ist bisher kaum gelungen, die spezifischen politischen Sozialisationsleistungen der Schule von der anderer Sozialisationsinstanzen zu isolieren und empirisch nachzuweisen<sup>23</sup>). Insgesamt dürfte der dauerhafte Einfluß schulischer Politikvermittlung sehr viel geringer sein, als bisher angenommen. Folgt man Erkenntnissen der Forschungsgruppe um Helmut Fend zur schulischen Sozialisation, so ist davon auszugehen, daß der Einfluß latenter Sozialisationsprozesse für den Aufbau eines politisch relevanten Einstellungs- und Verhaltensrepertoires letztlich bedeutsamer ist als die unterrichtlich organisierte Vermittlung von Zielen und Inhalten der Politik<sup>24</sup>).

Zieht man zwischen den beiden skizzierten Aspekten eine Verbindungslinie, so wird die Fehleinschätzung der tatsächlichen Möglichkeiten in diesem Politikvermittlungsfeld evi-

dent; eine Fehleinschätzung im übrigen, die eine politische Instrumentalisierung der politischen Bildung geradezu begünstigt. Damit ist der dritte Aspekt angesprochen: Schulische Politikvermittlung oder — enger gefaßt — unterrichtlich organisierte politische Bildung wird nicht nur in bemerkenswerter Regelmäßigkeit für alle möglichen politisch-gesellschaftlichen Konfliktlagen verantwortlich gemacht, gleichsam als Feuerwehr im Einsatz gegen brennende gesellschaftliche Probleme. Zielsetzungen und Aufgabenstellung politischer Bildungsarbeit sind auch regelmäßig Gegenstand des politischen Richtungsstreits. Dies ist nicht weiter verwunderlich, wenn man bedenkt, daß Schule zwar nicht der Ort des Austrags politischer Auseinandersetzungen ist, aber eben doch ein Ort, an dem auch thematisiert werden muß, was politisch umstritten ist. Problematisch erscheint die politische Instrumentalisierungstendenz in anderer Hinsicht — insofern nämlich, als versucht wird, schulische Politikvermittlung bis in die Behandlung spezieller Themen hinein nach den jeweiligen aktuellen parteipolitischen Interpretationen zu beeinflussen<sup>25</sup>).

Es drängt sich der Eindruck auf, daß die Diskrepanz zwischen normativen Aussprüchen und faktischer Politikvermittlungsleistung gerade in diesem Bereich außerordentlich hoch ist und eine Neubesinnung im Sinne einer „realistischen Einschätzung“ der Möglichkeiten nottut.

## V. Konsequenzen für eine Verbesserung der Politikvermittlung

Eingangs wurde die Frage aufgeworfen, ob dem Bürger durch die Politikvermittlung in der Bundesrepublik Deutschland eine hinreichende Informationsgrundlage zur Gewährleistung einer möglichst eigenständigen Urteils- und Entscheidungskompetenz verschafft und inwieweit er in den Politikvermittlungsprozeß einbezogen werde. Aus der exemplarischen Darstellung dürfte deutlich geworden sein, daß die Leistungsfähigkeit der

vier unterschiedenen Ausprägungen von Politikvermittlung sehr unterschiedlich zu beurteilen ist. Bezogen auf die einzelnen Politikvermittlungsvarianten ergeben sich dabei — vor dem Hintergrund des eingangs entwickelten normativen Bezugsrahmens — folgende Forderungen:

<sup>22</sup>) Vgl. Dieter Grosser, Politische Bildung, München 1977, S. 41.

<sup>23</sup>) Vgl. Günter C. Behrmann (Hrsg.) Politische Sozialisation in entwickelten Industriegesellschaften (Bd. 132 der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung), Bonn 1979; Bernhard Claußen/Klaus Wasmund (Hrsg.), Handbuch der politischen Sozialisation, Braunschweig 1982.

<sup>24</sup>) Vgl. insb. Helmut Fend, Schulklima. Soziale Einflußprozesse in der Schule, Soziologie der Schule III, Weinheim-Basel 1977; ders., Sozialisationseffekte der Schule, Soziologie der Schule II, Weinheim-Basel 1976.

<sup>25</sup>) Als Beispiel für diese Instrumentalisierungstendenz vgl. die bildungspolitische Kontroverse um die Behandlung des Themenkomplexes Frieden — Sicherheit — Bundeswehr in der Schule. Siehe dazu die Dokumentation in: Bildungspolitische Informationen, hrsg. vom Hessischen Kultusminister, Nr. 1/1983, S. 3—11. Ein weiteres Beispiel ist die zwischenparteiliche Kontroverse um Schulbücher für den Politikunterricht. Siehe dazu die umfassende Aufarbeitung in: Franz-Josef Witsch-Rothmund, Politische Parteien und Schulbuch — Eine inhaltsanalytische Studie unter Berücksichtigung des Spannungsverhältnisses zwischen sozialisationstheoretischer Forschung und öffentlicher Schulbuchdiskussion, Dissertation, Koblenz 1984, insb. S. 135 ff.



1. Politikvermittlung mit *informatorischer* Ausprägung sollte sich weniger darauf kaprizieren, politische Ereignisse vor allem um der Medieneffekte willen zu schaffen. Dabei ist es besonders eine Forderung an das Mediensystem selbst, die Medienbarrieren zu senken, d. h. den Zugang von Anbietern zu pluralisieren. Da Politikvermittlungsleistungen vielfach zwar spektakulär, aber nicht informativ sind, müssen die Medien mehr als bisher den Anteil journalistischer Eigenleistung erhöhen, d. h. Informationsvermittlung als kompensatorische Aufgabe ernst nehmen.

2. *Appellativ* ausgerichtete Politikvermittlung sollte in stärkerem Maße einen Bezug auf politische Sachfragen erhalten. Daß dies möglich ist, zeigt die bisweilen durchaus originelle Werbung politischer Alternativgruppen. Wo Begriffe besetzt und optische Signale gesetzt werden, sollten sie Anstöße zur politischen Auseinandersetzung sein und nicht bloß Sympathie- oder Antipathieappelle.

3. In *partizipatorischer* Hinsicht sollten die Spielräume organisationsinterner Konflikt austragung durch Politikvermittlung erweitert werden. Dieses — eigentlich selbstverständliche — Demokratisierungspostulat kann jedoch nur in der Praxis umgesetzt werden, wenn auch in der Öffentlichkeit das Verständnis dafür wächst, daß Pluralität und Konfliktaustragung nicht notwendigerweise ein Zeichen politischer Schwäche sind. Dabei muß vor allem die Einsicht vermittelt werden,

daß mit der Vorverlagerung des Postulats der Geschlossenheit in den Diskussionsprozeß einer Politik Vorschub geleistet wird, in der Politikvermittlung sich auf bloße Entscheidungsmitteilung reduziert. Gleichzeitig muß auch gesehen werden: Je enger das Spektrum an politischer Pluralität und je geringer die organisationsinterne Chance des Konfliktaustrags, um so stärker wird der Druck am Rande des politischen Spektrums.

4. In *pädagogisch-didaktischer* Hinsicht muß es darum gehen, daß Politikvermittlung auf der Basis gemeinsamer Grundüberzeugungen in einem möglichst sanktionsfreien Raum erfolgen kann. Sanktionsfrei heißt dabei: pädagogische Handlungsfreiheit im Rahmen des gesetzlichen Auftrags, heißt vor allem aber Abwehr von parteipolitisch motivierten Zugriffen auf die inhaltliche Gestaltung von Unterricht. Schließlich wird schulische Politikvermittlung über den in jeder Beziehung engen Rahmen des Unterrichtsfaches hinaus mehr als bisher berücksichtigen müssen, daß Schule insgesamt als Sozialisationsfeld für politisches Lernen von großer Bedeutung ist.

Diese Forderungen haben jedoch nur dann eine Realisierungschance, wenn sich die Bürger selbst in den Politikvermittlungsprozeß einschalten. Politikvermittlung ist somit nicht nur eine „Aufgabe“ für Politiker und Kommunikationsfachleute. Sie muß auch ständige Aufgabe einer kritischen Öffentlichkeit sein, die mehr sein will als nur der Adressat kommunikationsstrategischer Kalküle.



# Systemeinverständnis und gesellschaftliche Leitbilder von Jugendlichen

Das Einverständnis von Jugendlichen mit dem politischen System ist in der Bundesrepublik Deutschland seit ihrer Gründung immer ein vieldiskutiertes Thema gewesen. Allerdings haben sich die Schwerpunkte verschoben. Galten in der Gründungsphase der Republik und für die folgenden anderthalb Jahrzehnte die Akzeptanz der parlamentarischen Demokratie und die Aufklärung über den Nationalsozialismus als die vordringlichen Aufgaben politischer Bildung, so ist

heute die Anerkennung der parlamentarischen Demokratie gegenüber fundamentaldemokratischen (und/oder „antidemokratischen“) Vorstellungen gerade in der jüngeren Generation ein Schwerpunkt. — In einem normativ so stark besetzten Bereich ist es hilfreich, sich des empirischen Sachverhalts genauer zu versichern. Umfragen unter Jugendlichen sind dazu ein heute weithin akzeptiertes Mittel.

## I. Umfragen als Erkenntnisquelle

Die methodischen Standards, die Voraussetzung der Gültigkeit von auf Umfragen beruhenden Aussagen über das Bewußtsein der Bevölkerung oder von Teilgruppen wie Jugendlichen, sind allerdings bis heute kaum in das Bewußtsein der Öffentlichkeit eingedrungen. Immer wieder ist es daher möglich, mit grotesken Zahlen und abenteuerlichen „Stichproben“ Entwicklungen zu dramatisieren, die es nicht gibt, und Befürchtungen zu wecken, die unbegründet sind. So kam es aufgrund einer höchst merkwürdigen „Umfrage“ unter Schülern in den letzten Jahren zu einer öffentlichen Diskussion über den Neonazismus unter der Jugend; nur kurz zuvor wurde aufgrund kaum weniger eigentümlicher „Daten“ erörtert, ob tatsächlich die Mehrheit der westdeutschen Studenten dem Kommunismus sowjetischer Prägung zuneige. Dies sind nur Andeutungen bekannter Beispiele. Sie machen verständlich, daß heute vielfach *allen* Umfrageergebnissen mit pauschalen Zweifeln begegnet wird. Leicht wird so das Instrument Umfrage verworfen, bloß weil es auch hier Scharlatane gibt. Für das Thema Systemeinverständnis und gesellschaftliche Leitbilder

kann man jedoch ohne zuverlässige Daten aus Umfragen keine gültigen Aussagen machen. Deswegen müssen hier einige Bemerkungen zu dem wichtigsten der methodischen Probleme gemacht werden.

An dieser Stelle soll nur die Spitze des Problem-Eisbergs genauer beleuchtet werden, nämlich die Deutung von Frageformulierung und zugehörigen Prozentzahlen. In dem halben Jahrhundert, seit das Mittel Umfrage verfügbar ist, hat die empirische Sozialforschung enorme Fortschritte gemacht: in der Stichprobentheorie, in der Datenanalyse, mit der Verwendung der Computertechnologie und auf etlichen anderen Teilgebieten. Trotz allen Fortschritts der Forschung ist ein letztes Rätsel geblieben: Was verstehen die Befragten unter den Fragen, die ihnen die Interviewer stellen? Das gilt nicht nur für technisch unbrauchbare Fragen (also Fragen, die für den Befragten oft nicht verständliche Begriffe, hochkomplexe Wortkonstruktionen oder mehrfache Verneinungen enthalten — solche Fragen gibt es leider häufig, etwa wenn Vorstellungen aus akademischen Demokratietheorien unmittelbar, d. h. unübersetzt, in Fragebogen übernommen werden), sondern auch für technisch einwandfreie Fragen. Unverdrossen wird jedoch häufig in Unkenntnis des von den Befragten verstandenen Sinns den reinen Prozentzahlen eine Bedeutung unterlegt, anschließend wird sofort erwogen bzw. beklagt, daß dies viel sei, vielleicht gar zu viel oder eben zu wenig. Dagegen verwenden Fachleute selten isolierte Prozentsätze von Antworten auf Einzelfragen, sondern konzen-

---

*Dieser Beitrag faßt ausgewählte Ergebnisse des Projekts „Integrationsbereitschaft der Jugend im sozialen Wandel“, das von der Stiftung Volkswagenwerk gefördert wird, zusammen. Eine themenübergreifende Gesamtdarstellung wird im April nächsten Jahres unter dem Titel Klaus R. Allerbeck/Wendy J. Hoag, Jugend ohne Zukunft?, München 1985, erscheinen.*



trieren ihre Aufmerksamkeit auf Muster, die in den Antworten deutlich werden, und auf Vergleiche — zwischen Teilgruppen, zwischen Zeitpunkten usw. — hinsichtlich von Fragen. (Übrigens ist dies genau das Verhalten, das wir im Alltag zeigen. Wenn wir uns beispielsweise über das Wetter unterhalten, sagen wir vielleicht „das Barometer steigt“, und jeder weiß, was damit gemeint ist. Mit Millibar-Zahlen können dagegen die wenigsten etwas anfangen, und deswegen werden diese kaum isoliert mitgeteilt — jedenfalls nicht den Wetter-Laien. Mit Prozentzahlen der Umfrageforschung sollte auch die Öffentlichkeit genauso umgehen: statt einzelne Prozentzahlen absolut zu setzen, sollte sie mehr auf Vergleiche achten.)

So sagt die einzelne Prozentzahl — wieviel Jugendliche auf eine bestimmte Frage hin „gute Seiten am Nationalsozialismus“ finden — für sich fast nichts aus. Nimmt dagegen dieser Anteil auf identische Fragen hin im Lauf von zwei Jahrzehnten ab, dann weist dies eine Entwicklung auf, die in eindeutigen Widerspruch beispielsweise zu Aussagen von Schriftstellern steht, die heute von einem zunehmenden Neonazismus unter der deutschen Jugend sprechen.

Im folgenden sollen nun Daten zu den gesellschaftlichen Leitbildern von Jugendlichen und zu ihrem Einverständnis mit dem politischen System dargestellt und miteinander verglichen werden, die im Abstand von mehr als 20 Jahren erhoben wurden<sup>1)</sup>. Dabei war die jetzige Erhebung darauf angelegt, daß ihre Ergebnisse mit denen der Vorgängeruntersuchung von 1962, die von Ludwig von Friedeburg geleitet wurde, vergleichbar waren. Die Fragen wurden exakt reproduziert; jedwede „Verbesserung“, „Anpassung“ oder Änderung

von Frageformulierungen und Antwortkategorien unterblieben. Fragen, die ohne eine „Anpassung“ nicht hätten verwendet werden können, wurden dementsprechend aus dem Erhebungsprogramm gestrichen. Da die Zielgruppe 1962 mittels einer Wahrscheinlichkeitsstichprobe aus Einwohnermelderegistern ermittelt wurde (also dem einzigen wissenschaftlich vertretbaren Vorgehen bei Jugenduntersuchungen zu solchen Themen), ging unsere Wiederholungsuntersuchung ebenso vor<sup>2)</sup>. Hierdurch sind die methodischen Voraussetzungen für einen *Zeitvergleich* gegeben; die Unterschiede, die gefunden werden, können folglich nicht durch methodische Differenzen wegerklärt werden, sondern sind ausschließlich als Unterschied zwischen den Zeitpunkten zu deuten<sup>3)</sup>.

<sup>2)</sup> Unsere Jugendstudie beruht auf einer repräsentativen Stichprobe von Jugendlichen. Das Vorgehen bei einer solchen Stichprobenziehung stellt einen radikalen Gegensatz zu dem in der Jugendforschung meistens üblichen Verfahren der Quotenauswahlen dar, bei dem es ins Belieben der Interviewer gestellt wird, Personen zu finden, welche die vorgegebenen Quoten erfüllen. Bei unserer Untersuchung hatten die eingesetzten Interviewer keinerlei Spielraum, die Befragten zu bestimmen; sie waren ihnen fest vorgegeben. Die Stichprobe der Untersuchung ist eine Random-Auswahl aus den Einwohnermelderegistern einer ebenfalls mittels einer Random-Auswahl gewählten Stichprobe von Gemeinden im Bundesgebiet; diese ist für die Gesamtbevölkerung nach statistischen Kriterien repräsentativ. Ausgewählt wurden die Angehörigen der Geburtsjahrgänge 1964—1967. Kamen Interviews mit ausgewählten Jugendlichen aus irgendeinem Grunde nicht zustande, wurden diese Ausfälle sorgfältig in jeder möglichen Hinsicht überprüft, um keinen Anhaltspunkt für eine mögliche Verzerrung der realisierten Stichprobe zu übersehen.

Die Feldarbeit der Untersuchung 1983 lag in den Händen der Interviewer-Organisation von Infratest. Die meisten der 2066 Interviews (84%) fanden im Februar 1983 statt. An die mündliche Erhebung schloß sich eine postalische Befragung der Eltern der „Ausfälle“ und eine Stichprobe bei den Eltern der Befragten an, welche von Mitte Mai bis Mitte Juli 1983 stattfand. Die im Frühjahr mündlich befragten Jugendlichen wurden im September nochmals postalisch befragt; an dieser Nachbefragung ist die hohe Rücklaufquote (72%) bemerkenswert.

<sup>3)</sup> Zur Strategie der Replikation siehe Klaus R. Allerbeck/Wendy J. Hoag, Umfragereplikation als Messung sozialen Wandels, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, (1984) 4 (im Druck).

<sup>1)</sup> Ein wesentlicher Unterschied zu damals besteht darin, daß heute ausländische Jugendliche in der Bundesrepublik nicht ignoriert werden können. Aus methodischen Gründen fand eine getrennte Erhebung bei türkischen und italienischen Jugendlichen statt. Erste Ergebnisse der Analysen dieser Daten finden sich bei: Klaus R. Allerbeck/Wendy J. Hoag, Integration von Gastarbeitern: Was deutsche und ausländische Jugendliche meinen, in: Forschung Frankfurt (Wissenschaftsmagazin der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität), (1984) 2, S. 6—9.



## II. Zustimmung zum politischen System

Wie hat sich also unter Jugendlichen die Zustimmung zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland entwickelt? Nimmt man als Maßstab Fragen, die sich auf den Nationalsozialismus und die deutsche Vergangenheit beziehen, oder Fragen der Akzeptanz demokratischer Normen, Bereitschaft zu oder Hinnehmen von Diskussionen, Bereitschaft zur Äußerung politischer Ansichten usw., dann hat die Zustimmung zur demokratischen Ordnung unter Jugendlichen in der Bundesrepublik Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten zugenommen.

Bevor allerdings die einzelnen Fragen vergleichend betrachtet werden, stellt sich natürlich die Frage, warum wir nicht *eine* umfassende Frage zum Systemeverständnis verwenden. Nicht selten wird ja in der deutschen Umfrageforschung z. B. einfach nach Zufriedenheit „mit dem politischen System“ gefragt, wobei die Befragten die Möglichkeit haben, eine von drei vorgesehenen Antwortmöglichkeiten zu wählen. Sämtliche Schwierigkeiten, die sich ergeben, will man Systemeverständnis als komplexes Phänomen mit einer einzigen simplen Frage messen, können an dieser Stelle nicht erörtert werden. Hier kann nur auf die Verschärfung des Problems beim Zeitvergleich hingewiesen werden, am besten am Beispiel eines früheren Versuchs der Messung des Einverständnisses mit einer einzigen Frage in der Studie 1962. Diese Frage erlaubte den Befragten die Wahl zwischen den folgenden vier Möglichkeiten:

1. Es gibt manches in der Bundesrepublik, das ich nicht gut finde, aber an diesen Dingen kann niemand etwas ändern.
2. Einige Dinge finde ich in der Bundesrepublik nicht gut; vielleicht könnte aber eine andere Regierung etwas daran verbessern.
3. Es gibt vieles in der Bundesrepublik, das ich nicht gut finde; eine andere Regierung könnte bestimmt sehr viel verbessern.
4. In der Bundesrepublik ist schon alles gut so; man braucht nicht mehr viel zu verändern.

Dies mag 1962 eine akzeptable Formulierung der Alternativen gewesen sein. Aus heutiger Sicht aber ist es nicht akzeptabel, will man Systemeverständnis gültig messen, daß sich durch sämtliche Antwortvorgaben die Prämisse hindurchzieht: *nur durch die Regierung* könnten die erwünschten Veränderungen bewirkt werden. Da vielmehr heute gerade unter Jugendlichen Gruppen vermutet werden, die zur Veränderung der Realität alle mögli-

chen Mittel und Wege ersinnen, sich jedoch von einem Regierungswechsel wenig versprechen, ist dies infolgedessen eine Vorstellung, die nicht mehr selbstverständlich ist. Ein anderer Aspekt desselben Sachverhalts ist die heimliche Erfassung der Parteipräferenz durch jene Frage in der damaligen Formulierung.

Da mit dieser Frage das Einverständnis heutiger Jugendlicher mit dem politischen System nicht gemessen werden kann, weil sie die heutigen Formen und Begründungen der Ablehnung des politischen Systems nicht angemessen erfaßt, und eine Wiederholung einer solchen pauschalen Frage folglich wertlos wäre, wurde 1983 darauf verzichtet.

Schon dieses eine Beispiel zeigt, daß zur Messung wie zum Verständnis des Einverständnisses mit dem politischen System die Kenntnis der — expliziten oder impliziten — *Alternative* erforderlich ist, die jeweils zum je gegenwärtigen politischen System gedacht wird, denn eine denkbare „absolute“ Stellungnahme zum politischen System ist empirisch nicht realistisch. Für den Umfrageforscher besteht hier das Problem darin, nicht zu wissen, welcher der Vergleichsmaßstab ist, an den die Befragten dachten. Die Frage „Wie zufrieden sind Sie mit der Demokratie in der Bundesrepublik?“ läßt die Befragten möglicherweise an die DDR oder an das Dritte Reich als Vergleichsmaßstab denken, aber es mögen ihnen auch abstrakte Konzeptionen der Demokratietheorie in den Sinn kommen. Daß die Frageformulierung keinen Vergleich einführt, heißt jedoch nicht, daß die Befragten nicht vergleichen. Es ließe sich daher vielleicht auch begründet ausführen, daß sich die Alternativen zum Bestehenden, an die jeweils gedacht wurde, im Laufe der Jahrzehnte ver gleichsweise stark verändert haben, während sich das politische System nur wenig wandelte; denn auch die Benennung der Alternativen ist anders geworden. Im folgenden wird deswegen vergleichend von den Ergebnissen von Einzelfragen berichtet, deren Summe Schlüsse auf die Entwicklung des Systemeverständnisses zuläßt.

Der Nationalsozialismus hat in den vergangenen 20 Jahren an Unterstützung verloren. War schon 1962 die Zustimmung zum NS-System, die Wahrnehmung von guten Seiten oder Schuldzuschreibung an die Opfer nur bei einer Minderheit der Jugendlichen vorhanden, so zeigt Tab. 1, daß diese Meinungen unter Jugendlichen heute noch seltener gewor-



den sind<sup>4)</sup>. Von zunehmenden Tendenzen zum Neonazismus unter Jugendlichen kann also überhaupt nicht die Rede sein. Obwohl mit dieser Methode die Ursachen des Rückgangs natürlich nicht bestimmt werden können und man nicht exakt quantifizieren kann, welches genaue Verdienst im einzelnen dabei Maßnahmen der politischen Bildungsarbeit zukommt, kann aber unstreitig festgestellt werden, daß die hier nachgewiesene Tendenz sehr im Sinne und zugleich eine Bestätigung politischer Bildungsarbeit ist.

Tabelle 1:

Wenn Sie heute an die Zeit des Dritten Reiches denken, was würden Sie sagen:

Hatte der Nationalsozialismus im ganzen gesehen mehr schlechte oder mehr gute Seiten?

	1962	1983
N	637	1 422
Prozent		
Gesamt = 100 %	100,0	100,0
Nur schlechte	4,9	17,7
Mehr schlechte	57,8	66,5
gute wie schlechte	30,0	12,3
mehr gute	7,4	3,4

Glauben Sie, daß die Juden es sich teilweise selbst zuzuschreiben haben, was ihnen während des Dritten Reiches geschehen ist, oder glauben Sie das nicht?

	1962	1983
N	638	1 424
Prozent		
Gesamt = 100 %	100,0	100,0
Selbst zuzuschreiben	16,0	5,1
Juden nicht selbst schuld	84,0	94,9

Im Hinblick auf Veränderungen verdient auch der Wandel des Sprachgebrauchs Berücksichtigung, wobei hier nicht allein an neue Vokabeln („Jugendsprache“) zu denken ist. So konnte beispielsweise der 1962 jedem Befragten zur Stellungnahme vorgelegte Satz „Deutschland ist und bleibt das Bollwerk gegen den Bolschewismus“ nach den Ergebnissen von Vortests für die heutige Jugend nicht übernommen werden — obwohl es großes Interesse gab, diesen Indikator für Antikommunismus zu wiederholen —, da ein zu großer Teil der heutigen Jugendlichen nicht weiß, was mit dem Wort „Bolschewismus“ gemeint ist.

### III. Haben Jugendliche eigene Meinungen?

Ein vergleichbar schwieriges Problem, herauszufinden, ob Jugendliche eigene Meinungen haben, ergibt sich aus der Literatur zum Thema Umfrageforschung: Dürfen wir überhaupt voraussetzen, daß junge Menschen Einstellungen zum politischen System, zu gesellschaftlichen Leitbildern, kurz: zu politischen Themen haben? Ein Zitat mag das Problem verdeutlichen: „Eine der Grundeinsichten jeder politischen Meinungsforschung unter Jugendlichen muß wohl die sein, daß das Maß an Verständnis der Jugend für abstrakt rationale Regierungsformen sehr beschränkt ist“ — so leitete Helmut Schelsky den Ab-

schnitt „Die Einstellung der Jugend zur Politik und zum Staat“ in seiner berühmten Untersuchung über „Die skeptische Generation“ (1957<sup>5)</sup>) ein. In diesem recht kurzen Abschnitt seines umfangreichen Werks betont er vor allem, daß die Jugend *unpolitisch* sei, und zwar nicht nur diese „skeptische“ Generation, sondern Jugend überhaupt: „Das Entscheidende scheint mir zu sein, daß gegenüber der Fremdheit und Kompliziertheit der modernen Politik und Öffentlichkeit in der Jugend zunächst eine Reaktion der Abwehr und des Ausweichens vor diesem Lebensgebiet entsteht, die als ein aus der jugendlichen Handlungssituation natürlich entstehendes Grundanliegen in Rechnung gestellt werden muß.“<sup>6)</sup> Dieses Zitat aus Helmut Schelsky's 1957 er-

<sup>4)</sup> In dieser Tabelle sind „Weiß-nicht“-Antworten u. ä. nicht berücksichtigt: die Weiß-nicht-Antworten haben, vor allem bei Mädchen, erheblich abgenommen: die Ablehnung des Nationalsozialismus hatte also, wenn man diesen Rückgang inhaltlich interpretieren will, noch mehr zugenommen, als aus Tabelle 1 unmittelbar ersichtlich wird.

<sup>5)</sup> Helmut Schelsky, Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend, Düsseldorf 1963<sup>2</sup>, S. 351.

<sup>6)</sup> Ebd., S. 354.



schienenem Buch „Die skeptische Generation“ weist vor allem auf eines hin: Es ist nicht selbstverständlich, wenn man über politische Einstellungen Jugendlicher schreibt, daß es

überhaupt solche politischen Einstellungen gibt. Dies berücksichtigend, muß man daher auch den Nachweis antreten, daß man nicht durch Befragung erst Meinungen erzeugt.

#### IV. Die sich wandelnde Altersabhängigkeit politischer Orientierungen

Das Verhältnis von Lebensalter und politischen Orientierungen hat sich in den vergangenen Jahrzehnten erheblich verändert. Heute ist der hier zuerst auffallende Sachverhalt die Existenz einer eigenen Jugendpartei. Die GRÜNEN werden überwiegend von jungen Wählern in die Parlamente gewählt. Obwohl ihnen oft vorhergesagt wurde, sie seien nur eine Eintagsfliege im politischen Geschehen, hat diese Partei im Landtags- und seit 1983 Bundestagswahlen beträchtliche Wahlerfolge erzielt und ist auf allen unmittelbaren Volkswahlen zugänglichen politischen Ebenen vertreten: vom Bund über die Länder bis hin zu vielen Kommunen.

„Alter“ aber hat für politisches Verhalten in Deutschland nicht erst eine Rolle gespielt, als die GRÜNEN die politische Bühne betraten. Erstmals spielte Alter für das Wahlverhalten 1969 eine Rolle, und diese Tendenz setzte sich verstärkt fort bis in die zweite Hälfte der siebziger Jahre. Bei Wahlen drückte sich dies so aus, daß Jungwähler verstärkt SPD wählten, und es der CDU an Wählern unter den Jüngeren fehlte. Bei den politischen Streitfragen, nach denen Umfragen sich erkundigten, waren junge Befragte seit etwa Anfang der siebziger Jahre „progressiver“ als ältere. 1978 beginnt zunächst bei Landtagswahlen die Tendenz, daß junge Wähler die GRÜNEN wählen<sup>7)</sup>.

Vor 1969 läßt sich aus allen in dieser Hinsicht analysierten Umfragedaten dagegen irgendein Alterseinfluß auf politische Einstellungen nicht erkennen. Erst nach dem Aufkommen der Studentenbewegung wurde Alter zu einer Art politischer Trennungslinie; diese Entwicklung ist bereits gut dokumentiert<sup>8)</sup>. Daß Alter wichtig geworden ist für politische Einstellungen, ist der erste gewichtige Hinweis auf die Entwicklungstendenzen: 1960 wäre es nicht sinnvoll gewesen, separat nach dem Systemeverständnis Jugendlicher zu fragen.

Der Zeitvergleich einzelner Fragen eröffnet aber nicht nur durch den Vergleich der Antwortverteilungen neue Perspektiven, er macht auch gerade durch die Formulierungen der damaligen Fragen deutlich, was zumindest in den Führungsgruppen der Gesellschaft damals als wesentliches Problem gesehen wurde. Dies gilt besonders für die Fragen, deren Formulierung uns heute fremd klingt. Wenn sich dieses damalige Problemverständnis auf einen Begriff bringen läßt, so sind es die Ferne der Jugendlichen zur Politik und die Unkenntnis der Spielregeln der Demokratie, welche damals als potentielle Bedrohung der Demokratie gesehen wurden.

#### V. Mehr Zustimmung zu den Normen der Demokratie

Aus dem alten Fragebogen und seinen Formulierungen ist ersichtlich, daß damals Politik vielfach noch als ein tabuierter Bereich, als ein „schmutziges Geschäft“ angesehen wurde. Daß Politik in Deutschland oft als ein vermeintlich „schmutziges Geschäft“ galt, ist bekannt. Dieses antipolitische Vorurteil trifft die damalige Erhebung mit dem Satz „Politik

verdirbt den Charakter, ein anständiger Mensch hält sich draußen“. Heute hat die Zustimmung zu dieser Aussage abgenommen. Lehnten 1962 diesen Satz 68% mehr oder weniger stark ab, so sind es 1983 inzwischen 78% der 16- bis 18jährigen (siehe Tab. 2).

<sup>7)</sup> Bundesweit erfolgte der Zusammenschluß der GRÜNEN vor der Europawahl 1979 als „Sonstige Politische Vereinigung (SPV) DIE GRÜNEN“, eine sie sich 1980 als Partei auf Bundesebene konstituierten.

<sup>8)</sup> Vgl. Klaus R. Allerbeck, *Demokratisierung und sozialer Wandel in der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen 1976. Neuerdings dazu: Joachim Holmann-Göttig, *Die jungen Wähler. Zur Interpretation der Jungwählerdaten der „Repräsentativen Wahlinstatistik“ für Bundestag, Landtage und Europaparlament 1953—1984*, Frankfurt 1984.



Tabelle 2:

Politik verdirbt den Charakter, ein anständiger Mensch hält sich draußen

	1962	1983
N	872	1 531
Prozent		
Gesamt = 100 %	100,0	100,0
starke Ablehnung	32,2	39,8
mittlere Ablehnung	16,6	23,3
schwache Ablehnung	18,7	14,8
schwache Zustimmung	13,9	10,8
mittlere Zustimmung	10,9	8,6
starke Zustimmung	4,9	2,1
Skala von -3 bis +3		
Mittelwert	-1,01	-1,44

Tabelle 3:

Es wird bei uns zuviel geredet und diskutiert, damit kommt man nicht weiter

	1962	1983
N	872	1 531
Prozent		
Gesamt = 100 %	100,0	100,0
starke Ablehnung	8,6	20,8
mittlere Ablehnung	11,9	19,9
schwache Ablehnung	15,6	14,4
schwache Zustimmung	23,3	19,9
mittlere Zustimmung	19,6	16,4
starke Zustimmung	18,6	7,9
Skala von -3 bis +3		
Mittelwert	0,54	-0,37

Mit dem Satz „Es wird bei uns zuviel geredet und diskutiert, damit kommt man nicht weiter“ wurde das gegen die demokratischen Spielregeln von Diskussion und Kompromiß gerichtete Argument, das auf eine Verhöhn-

nung des Parlaments als „Schwatzbude“ hinauslief, eingefangen. Wurde diesem Satz 1962 noch eher zugestimmt (Mittelwert 0,54), so überwiegt 1983 die Ablehnung (-0,37) — obwohl die Diskussionen in der Zwischenzeit kräftig zugenommen haben.

In der Familie scheint Politik heute weniger tabu zu sein als 1962; während damals noch 22,9 % der 16- bis 18jährigen zuhause „nie“ über Politik sprachen, geben dies 1983 nur noch 13,2 % an: Der traditionelle Geschlechtsunterschied ist hier fast verschwunden.

Ein schlagender, wenn auch indirekter Hinweis, daß der Tabu Charakter der Politik abgenommen hat, ist das Ausmaß der Kenntnis bzw. Unkenntnis der Parteipräferenz des Vaters. Während 1962 die Hälfte die Frage nach der Parteipräferenz des Vaters beantworten konnte, sind es 1983 fast zwei Drittel (ein wenig mag jedoch mitspielen, daß die Studie 1983 kurz vor einer Bundestagswahl stattfand, 1962 hingegen ein Jahr nach einer Bundestagswahl).

Die Bereitschaft, einer Partei beizutreten, zeigt hingegen insgesamt wenig Veränderung; nur die relativen Positionen der Geschlechter haben sich hier etwas verändert. Auch 1983 ist Parteimitgliedschaft etwas für die meisten Jugendlichen nicht recht vorstellbares; die Analyse nach Parteipräferenz erbringt keine Hinweise auf eine spezifische „neue“ oder „alternative“ Ablehnung.

Auf die Frage nach dem eigenen politischen Interesse ergibt sich heute beim ersten Anschein eine leichte Zunahme; bei genauerer Betrachtung handelt es sich hier aber vor allem um eine Wirkung der Bildungsexpansion: 1983 gibt es mehr Schüler, und Schüler bekunden heute wie früher ein größeres Interesse an Politik als Lehrlinge. Innerhalb der Statusgruppen hat sich weniger verändert: allein die „gar nicht interessiert“-Kategorie hat überall etwas abgenommen.

Zusammenfassend kann von einem gewissen Rückgang der Tabuschränken gegenüber dem politischen Bereich, aber nicht von einer massiven Politisierung gesprochen werden.

## VI. Richtungen politischer Orientierung

1962 lassen sich keinerlei Vorboten oder Anzeichen einer bevorstehenden Jugendrebellion erkennen. Nimmt man die Parteipräferenz als Maßstab, so sind die Jugendlichen damals eher konservativer als ihre Väter. Nun lassen sich auch Parteipräferenzvertei-

lungen über zwei Jahrzehnte nicht einfach vergleichen: Einige der damaligen Parteien gibt es heute nicht mehr, und manche heutige Partei gab es damals noch nicht. Daß es heute im Vergleich zu damals anscheinend eine eigene Jugendpartei gibt, ist gewiß für sich



schon ein Hinweis auf qualitative Veränderungen, aber hierdurch werden quantitative Vergleiche, die nicht weniger wichtig sind, erschwert.

Sind DIE GRÜNEN als stellvertretend für die Jugendlichen insgesamt anzusehen? Ist ihr Anteil unter den Jugendlichen ein Hinweis auf den Prozentsatz derer, die mit dem politischen System der Bundesrepublik Deutschland nicht einverstanden sind?

Nach den Daten dieser Untersuchung bevorzugen von den Jugendlichen mit Parteipräferenz-Äußerung 12% DIE GRÜNEN, 36,5% CDU oder CSU — der Anteil der Unionsparteien ist also dreimal so hoch wie der Anteil der GRÜNEN — und 33,2% SPD.

Diese Daten beziehen sich auf 15- bis 19jährige; die meisten sind also zum Zeitpunkt der Untersuchung nicht wahlberechtigt gewesen. Dennoch ist es sinnvoll, zum Vergleich die Daten der repräsentativen Wahlstatistik<sup>9)</sup> heranzuziehen; hierbei werden unter anderem die Stimmen der 18- bis 25jährigen Wähler in einer repräsentativen Stichprobe von Stimmbezirken getrennt ausgezählt. Danach wählten von den 18- bis 25jährigen bei der letzten Bundestagswahl mit ihrer Zweitstimme 41,2% CDU/CSU, 13,9% DIE GRÜNEN.

Selten wirken schon Größenordnungen so überraschend. Die Vermutung, die Jungwähler wählten in großen Zahlen *grün* und eben nicht die Union, ist weitverbreitet. Ein Ursprung dieser irr tümlichen Vermutung ist die bekannte Shell-Studie „JUGEND '81“, nach der die GRÜNEN unter den Jugendlichen größere Anteile erreichen als die CDU/CSU (20% gegenüber 18%)<sup>10)</sup>. In der Realität gibt es keinen Anhaltspunkt, daß die Größenordnungen der Parteiorientierungen in der Shell-Studie zumindest zum Erhebungszeitpunkt zutrafen. Wer behaupten würde, im Feldzeitraum dieser Studie seien die Größenordnungen so gewesen, würde damit sagen, die GRÜNEN hätten zwischen 1981 und 1983 eine absteigende Tendenz gehabt — plausibel wäre das nicht; auch die separate Auswertung der repräsentativen Wahlstatistiken der Landtagswahlen gibt keinen Hinweis darauf, daß dieses „Ergebnis“ je der Realität entsprochen hat; die Analyse der Daten jener Erhebung erbringt auch keinen Hinweis darauf, daß zwischen den wahlberechtigten und nicht-wahlberechtigten Jugendlichen ein Unterschied besteht,

welcher ausreichen könnte, um die Diskrepanz zwischen der Shell-Studie und dem faktischen Wahlverhalten der Jungwähler plausibel zu machen.

Dies ist nicht der Ort, um die Ursachen der Abweichung der Shell-Studie von der politischen Realität zu untersuchen. Die von ihren Autoren berichteten Größenordnungen der Leserschaften verschiedener Zeitschriften und Zeitungen (die TAZ hat mehr [9%] Leser als BILD [7%]) und an Parametern überprüfbarer Verhaltensweisen (34 Wehrdienstverweigerer gegenüber 16 Wehrdienstleistenden) in der Vorstudie<sup>11)</sup> könnten Hinweise auf den Charakter der Verzerrungen in der Hauptstudie sein (die Interviewer hatten die Möglichkeit, Befragte nach Gutdünken innerhalb von Quoten auszuwählen). Wir begnügen uns hier damit, diese Verzerrung festzustellen und die Shell-Studie '81 für die Charakterisierung der politischen Orientierung der Jugendlichen der Gegenwart nicht weiter zu berücksichtigen.

In einer Hinsicht aber ist natürlich ein Vergleich möglich: Wir können die Anteile der zu beiden Zeitpunkten bestehenden Parteien miteinander vergleichen. So ist 1962 die CDU/CSU die bei den Jugendlichen bei weitem führende Partei, während sie 1983 vergleichsweise nachgelassen hat (auch 1983 ist die Union bei den Jugendlichen ja stärkste Partei).

Nicht weniger interessant als der Vergleich der Anteile der einzelnen Parteien ist der Vergleich im Hinblick auf eine andere Frage: Haben die Jugendlichen überhaupt Parteipräferenzen, und wenn ja, in welchem Umfang?<sup>12)</sup> Bei dem verbreiteten Interesse an globalen Fragestellungen, beispielsweise danach, wie einverstanden die Jugendlichen mit dem politischen System sind, könnte es naheliegend erscheinen, die Anteile der in das politische System integrierten Parteien zu addieren und diese Summe als Ausmaß des Einverständnisses mit dem System zu konstruieren. Dergleichen wird verschiedentlich unternommen, wenn es auch bei einer näheren Betrachtung der Daten als unsinnig erscheint. Ein großes

<sup>11)</sup> Ebd., Bd. 2, S. 300.

<sup>12)</sup> Die Beantwortung dieser Frage wird jedoch dadurch erschwert, daß die Erhebung von Nicht-Meinungen in hohem Maß Teil der „Handschrift“ eines Instituts ist; so scheint methodisch jeder Vergleich hier problematisch. Ganz ausdrücklich wurde die Kategorie „keine gefällt“ zu beiden Zeitpunkten in den Fragebogen aufgenommen, es ist jedoch nicht ganz klar, wie dies im Feldeinsatz tatsächlich behandelt wurde und inwieweit die Kategorie „keine Partei gefällt“ de facto eine andere Form von „weiß nicht“ darstellt.

<sup>9)</sup> Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1984, Stuttgart 1984, Tab. 4.3.2.

<sup>10)</sup> JUGEND '81. Lebensentwürfe, Alltagskulturen, Zukunftsbilder, Hamburg (Jugendwerk der Deutschen Shell) 1981, Bd. 1, S. 16.



Problem bei diesem Vorgehen ist die Vermischung von politischer Ablehnung des politischen Systems mit unpolitischem Desinteresse an diesem; beides ist jedoch tunlichst zu scheiden. Auch ist nicht offenkundig, wie bei einem solchen Vorgehen die Wahl der GRÜNEN zu bewerten ist. Ist dies als Systemablehnung mit Verweigerern und „Weiß-Nicht“-Angaben zusammenzuzählen? Die Antwort scheint beliebig, was dieses Verfahren als wenig sinnvoll erscheinen läßt.

Vor einem Mißverständnis muß allerdings mit Nachdruck gewarnt werden. Daß der Anteil der GRÜNEN als Partei unter Jugendlichen vergleichsweise erheblich niedriger ist, bedeutet keineswegs, daß die Ansichten, die im Parlament von den GRÜNEN artikuliert werden, unter Jugendlichen eine vergleichbar niedrige Unterstützung haben. Im Gegenteil: Viele Positionen, die der Politik der bis 1983 im Bundestag allein vertretenen Parteien entschieden widersprechen, werden stets von klaren, manchmal sogar überwältigenden Mehrheiten der Jugendlichen unterstützt.

Während der Anteil der GRÜNEN in unserer Untersuchung je nach Behandlung der fehlenden Werte etwas über 10 % liegt, ist der Anteil „grüner Meinungen“ sehr viel größer. Eine Mehrheit der von uns befragten Jugendlichen spricht sich in der mündlichen Befragung wie in der schriftlichen Nachbefragung gegen den Ausbau der Kernenergie aus (für den Bau neuer Kernkraftwerke 34 %, gegen Neubauten 53 %, für Stilllegung 10 %). In der schriftlichen Nachbefragung wurde nach der Stationierung von Mittelstreckenraketen bei einem zwischenzeitlich ja erfolgten Scheitern der Genfer Verhandlungen gefragt. Eine große Mehrheit der Jugendlichen äußerte sich gegen die Stationierung (57 % gegen, 24 % für Stationierung). Auch hinsichtlich einer ganzen Reihe anderer Fragen ergeben sich Mehrheiten für „grüne Meinungen“ oder doch erheblich größere Minderheiten, als dies aus der Parteipräferenz für die GRÜNEN hervorgeht.

Zwischen einer Bevorzugung der GRÜNEN als Partei und entsprechenden Meinungsäußerungen ist also zu trennen, wie die Daten unterstreichen. Umgekehrt ist das Ausmaß der Zustimmung zur Union größer als die Unterstützung ihrer Politik in zentralen Bereichen wie Sicherheits- und Energiepolitik. Zwischen Parteipräferenz und Meinungsäußerung besteht natürlich ein Zusammenhang, aber es ist durchaus keine Identität zwischen Programmatik der bevorzugten Partei und eigener Meinung gegeben.

Unmittelbar handlungsrelevant ist die natürlich nur an männliche Jugendliche gestellte Frage nach den Absichten hinsichtlich des Wehrdienstes. Der Anteil, der den Wehrdienst verweigern will (17 %), stellt eine nicht zu übersehende, jedoch klare Minderheit unter den männlichen Jugendlichen dar; die Zahl derer, die ihren Wehrdienst ableisten (59 %) oder sich freiwillig zur Bundeswehr melden wollen (17 %), ist wesentlich größer. Die Einzelfragen ließen sich fortsetzen; aber eine Aufreihung von weiteren Themen ist nicht sinnvoll.

Wahrscheinlich ist es irreführend, die eine oder die andere Frage herauszugreifen, um damit die politischen Orientierungen der Jugendlichen zu charakterisieren. Auch schien es uns falsch, in der Befürwortung des Wehrdienstes und der Ablehnung der Nachrüstung etwa einen großen Widerspruch zu sehen. Anscheinend stellen die beiden Positionen für viele Jugendliche eben keinen Widerspruch dar; das ist der eigentlich zu berücksichtigende Sachverhalt.

Bevor wir zu weitreichende Schlüsse aus den scheinbaren Widersprüchen in den Antworten der Jugendlichen ziehen, sollten wir eine Gegenprobe unternehmen, die dem Argument Rechnung trägt, daß die GRÜNEN wegen ihrer parlamentarischen Orientierung eben doch Parteicharakter hätten, weswegen sie nicht hinreichend repräsentativ seien für diejenigen, die das ganze System ablehnten. Eine Berücksichtigung dieses Einwands ist möglich, obwohl sich radikale Systemkritik oder radikale Systemablehnung selten in einer solchen Form darstellt, daß in Umfragen nach eindeutigen Symbolen oder Vertretern gefragt werden kann. Für Umfragen ist nämlich ein hohes Maß allgemeiner Bekanntheit der Positionen, zu denen Meinungen erhoben werden sollen, Voraussetzung. Diese Voraussetzung erfüllt (oder erfüllte) eine Bewegung: die der Hausbesetzer, die im Frühjahr 1981 in Deutschland allgemeine Publizität hatte und zeitweise im Zentrum politischer Diskussionen stand. Erfreulicherweise gibt es drei Umfragen unter Jugendlichen, die unter anderem nach Hausbesetzern fragten: die Shell-Studie JUGEND '81, die Sinus-Untersuchung<sup>13)</sup> für

<sup>13)</sup> SINUS, Die verunsicherte Generation. Jugend und Wertewandel, Opladen 1983. Um die vergleichende Analyse auf identische Altersgruppen (15—19 Jahre) zu beschränken, waren zusätzliche Auswertungen erforderlich. Für die Erstellung entsprechender Tabellen danke ich dem SINUS-Institut, für die Überlassung der Daten dem psydata-Institut. Die Tabelle 4 beruht auf diesen Angaben; die im Text genannten Zahlen gehen auf diese bereits veröffentlichten Daten zurück.



das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit sowie diese Untersuchung. Alle drei Studien beantworten die Frage nach dem Ausmaß der sich in Hausbesetzungen ausdrückenden radikalen Systemkritik in einer sehr überraschenden Weise.

Auf den ersten Blick beeindruckt eher die Uneinheitlichkeit der Befunde: Während die Shell-Studie JUGEND '81 bei 47% der Befragten Sympathie zu den Hausbesetzern ermittelte, findet Sinus nur 14% Sympathisanten in der gleichen Altersgruppe. Dieser Unterschied der beiden Studien erweist sich jedoch als inhaltlich interessant: Der Vergleich beider Fragebogen zeigt nämlich einen kleinen Unterschied. Während die Shell-Studie nach „Hausbesetzern/Instandbesetzern“ fragte, lautete die entsprechende Vorgabe bei Sinus „Hausbesetzer“ (also ohne den Zusatz „Instandbesetzer“). Der in Tabelle 4 zusammengestellte Vergleich der drei Studien (nur 15- bis 19jährige) zeigt, daß es dieser Unterschied der Vorgabe ist, der einen erheblichen Teil der Abweichung erklärt (unsere Erhebung nahm die genaue Shell-Formulierung wieder auf).

Wenn aber die Prozentsätze der Antwortverteilungen von den Einzelheiten der Formulierung im Fragebogen so stark abhängig sind, weist dies überdeutlich darauf hin, daß die Meinungen der Jugendlichen zu diesem Thema *nicht festgefügt* sind. Tatsächlich vorhandene, nicht erst im Prozeß des Interviews entstehende Meinungen wären von der Präsentation der Alternativen nicht so abhängig. Hier aber läßt die „attraktive“ Präsentation „Instandbesetzer“ fast die Hälfte zustimmen, während die weniger anziehende Vorgabe

Tabelle 4:

Haltung zu den Hausbesetzern

	Shell	Sinus	Projekt
Gehöre dazu, lebe ähnlich	2,5	0,3	0,2
Finde gut, keine Zugehörigkeit	41,8	11,7	29,2
Toleriere ich, mir egal	28,9	17,6	20,0
Lehne ich ab	20,7	51,6	38,7
Sind Gegner von mir	4,4	17,2	8,5
Noch nie davon gehört	1,7	1,5	3,5
Prozent	100,0	100,0	100,0
N	589	711	1 984

„Hausbesetzer“ die Zustimmung sehr drastisch reduziert (dieser Befund ist durchaus damit vereinbar, daß es eine zugrundeliegende, latente Dimension geben mag, welche diese Meinungsäußerungen, so sehr diese ihre konkrete Form erst im Laufe des Interviews finden, „erklären“ kann).

Gerade die Formulierungsabhängigkeit dieses Ergebnisses unterstreicht die Aussagen zu der scheinbaren Widersprüchlichkeit der Ansichten der Jugendlichen: Ihre politischen Positionen lassen sich in den heute dominierenden Kategorien nur schlecht oder gar nicht ordnen.

## VII. Einstellungsstrukturen

Dimensionale Analysen von Daten können es erlauben, die latenten Dimensionen zu bestimmen, die Einstellungen und Meinungsäußerungen der Befragten zugrunde liegen. Gerade für die Betrachtung neuerer Jugendbewegungen kann dies sehr nützlich sein, denn unsere Wahrnehmungen werden durch die Gesetzmäßigkeiten der Medien sozusagen serialisiert: als es die Hausbesetzer gab, schienen die Kernkraftgegner verschwunden, und die Sichtbarkeit der Friedensbewegung ließ die Hausbesetzer aus dem Blickfeld verschwinden. Aber handelt es sich, um nur diese drei Gruppen zu nehmen, um voneinander getrennte, personell ganz verschiedene Bewegungen?

Auch Faktorenanalysen können selbstverständlich nicht in magischer Weise Daten erzeugen, die nicht aus den Antworten der Befragten auf in dem Fragebogen enthaltene Fragen hervorgegangen sind. Aber sie können die Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Antworten sinnvoll ordnen. (Die Begrenzung der Streitfragen und sonstiger Stimuli im Fragebogen begrenzt also auch die möglichen Ergebnisse von Faktorenanalysen.)

Die Analysen erweisen, daß den Einstellungen zu Hausbesetzern, Kernkraftgegnern, Alternativen, zum Wehrdienst etc. ein Faktor zugrunde liegt. Dieser Faktor scheint mit dem



Parteienspektrum zu korrelieren: Die Enden des durch diese Fragen definierten Parteienkontinuums werden durch die CSU am rechten und die GRÜNEN am linken Ende bestimmt. Wenn von wechselnden Bewegungen die Rede war, so ist dies nur in dem Sinne richtig, daß sich die sichtbar werdenden Themen abwechselten. Ob es nützlich ist, die Links-Rechts-Dimension zur Benennung zu verwenden, sei angesichts der neuen Themen dahingestellt; wichtig ist hier der Hinweis, daß es sich um *eine einzige Grundströmung* oder Grundstimmung handelt. Hierdurch werden Handlungen und Einstellungen gebündelt. Fraglos hat dies Bewegungscharak-

ter; daraus folgt, daß scharfe Grenzziehungen zwischen verschiedenen Stufen von Unterstützung bzw. Ablehnung der Alternativbewegung, die sich auf die Realität beziehen sollen, weder sinnvoll noch möglich sind. In diesem Hinweis kann gerade ein Nutzen der dimensional-analytischen Analyse liegen; sie verweist nicht nur auf das, was nicht geht, sondern macht, indem sie die Bündelung der verschiedenen Themen erkennen läßt, darauf aufmerksam, daß es getrennter Erklärungsmodelle für die verschiedenen Themen nicht bedarf und an Antwortverteilungen orientierte Vergleiche (ist die Friedensbewegung populärer als die Hausbesetzer?) überflüssig sind.

## VIII. Die Stabilität von Einstellungen

Die Stabilität der Meinungen Jugendlicher ist in der Vergangenheit verschiedentlich angezweifelt worden; Grundlage hierfür waren nicht selten Daten aus Umfragen. Heute steht uns zu diesem Thema eine einzigartige Datenquelle zur Verfügung: Neben den persönlichen mündlichen Interviews im Frühjahr 1983 verfügen wir über die schriftliche Nachbefragung derselben Personen im Herbst 1983, wobei bei letzteren ein Einfluß durch Interviews ausgeschlossen werden kann. Denn es ist offensichtlich, daß die unterschiedliche Erhebungsform zu etwas anderen Ergebnissen führen kann. Vielfach sind die fehlenden Werte in der schriftlichen Nachbefragung größer als in der mündlichen Befragung — ein nachdrücklicher Hinweis darauf, daß es den Interviewern vielfach gelingt, Befragte zur Äußerung von Meinungen zu bewegen. Ohne diesen Einfluß des Interviewers

äußern die Befragten weniger häufig „Meinungen“.

Dies ist zu berücksichtigen, wenn man die Stabilität der Meinungen betrachtet, denn der Einfluß von Interviewern wirkt sich gewöhnlich dahingehend aus, daß weniger Befragte „dieselbe“ Antwort geben. Beim ersten Überblick scheint es so zu sein, daß der Wechsel bei den meisten Themen ein Wechsel zwischen einer bestimmten Meinungsäußerung und „keine Meinung“ ist. Dies erfolgt in beiden Richtungen, wobei der eine Strom naturgemäß größer ist. Sieht man hiervon ab, so stellt man ein sehr hohes Maß an Stabilität der Meinungen der Jugendlichen zwischen den zwei Zeitpunkten fest. Dies wird in Tabelle 5 deutlich, die die Gamma-Werte für die politischen Fragen wiedergibt, die zu beiden Zeitpunkten erhoben wurden.

Tabelle 5:

Assoziation zwischen Meinungen in mündlicher Befragung 1983 und in schriftlicher Befragung Herbst 1983 (Gamma)

1. Interesse an Politik	0,78
2. Persönliche Zukunft (Optimismus/ Pessimismus)	0,84
3. Zukunft Deutschlands (düster/hoffnungsvoll)	0,52
4. Bau neuer Kernkraftwerke	0,89
5. Wehrpflicht/-dienst	0,79
6. Wirtschaftliche Zukunft	0,55



## IX. Die Stimmigkeit von Einstellungen

Ein wichtiger neuer Aspekt ist der Zusammenhang der politischen Einstellungen untereinander — ihre Bündelung also (dies ist natürlich eine Fragestellung, die auf die klassischen Arbeiten von Converse zurückgeht)<sup>14</sup>. Hier zeigt sich, daß die Zusammenhänge um so stärker sind, je höher die Bildung ist. Betrachten wir den Zusammenhang zwischen Parteiorientierung und politischen Inhalten, so zeigt sich, daß diese Zusammenhänge im erwarteten Sinn jeweils unter denen mit der relativ höchsten Bildung am stärksten sind; sie sind unter den Befragten mit geringerer Schulbildung wesentlich schwächer. Wir hatten diesen Zusammenhang an anderer Stelle am Beispiel der Einstellung zu Gastarbeitern und Türken gezeigt<sup>15</sup>; er gilt aber auch für alle anderen von uns untersuchten politischen Fragen. Ob der Grad der Bündelung politischer Orientierungen innerhalb der ver-

schiedenen Bildungsstufen sich verändert hat, ist sehr schwer zu untersuchen. Die früher geringen Fallzahlen in den Gruppen mit höherer Bildung sind das Haupthindernis. Dennoch ist in der Tendenz auch 1962 feststellbar, daß die Bündelung politischer Einstellungen mit zunehmender Bildung zunimmt.

Im Sinne von Converse ist diese Feststellung natürlich keineswegs überraschend. Sie verweist aber auf einen Aspekt der politischen Entwicklung in der Bundesrepublik, der bisher so nicht wahrgenommen wurde: Zwar wurde bereits darauf hingewiesen, daß mit der Bildungsexpansion die Träger linker politischer Überzeugungen strukturell zugenommen haben, möglicherweise ist aber wichtiger, daß als Folge der Bildungsexpansion der Anteil derjenigen zugenommen hat, deren ideologisches Bündel fest geschnürt ist.

## X. Politische Sozialisation

Bei Fragestellungen nach der politischen Sozialisation erscheint ein Zeitvergleich besonders interessant, wenn auch bisher entsprechende Arbeiten selten sind. Dabei folgen wir hier dem Brauch, eine einzige, eher magere Variable als Gradmesser politischer Sozialisation anzusehen: die Parteipräferenz von Vater und Kind. Diese können wir in üblicher Weise tabellieren. Das Neue und Interessante hierbei ist, daß wir zwei Zeitpunkte miteinander vergleichen, die beträchtlich voneinander entfernt sind, und die Daten tatsächlich vergleichbar sind (soweit dies überhaupt möglich ist). Tabelle 6 zeigt die Parteipräferenzen der Jugendlichen, geordnet nach der Parteipräferenz des Vaters, zu beiden Zeitpunkten. Beide Teil-Tabellen wirken nun recht ähnlich: Die Unterschiede in den Anteilen in der Diagonale (also übereinstimmende Parteipräferenz von Vater und Kind) scheinen weitgehend erklärt durch die unterschiedlichen Randverteilungen. Wenn die CDU unter den Jugendlichen größere Anteile hat, wie z. B. 1962, ist dementsprechend die Haltequote der CDU-Väter größer — dies hat aber nichts mit der Überzeugung oder Anhänglichkeit von CDU-Vätern zu tun, sondern eben nur damit, daß die CDU generell zu diesem Zeitpunkt so populär ist. Fortgeschrittene statistische Analy-

severfahren, welche die analytisch klare Unterscheidung zwischen Parteipopularität in einer Generation und der Beziehung zwischen den Parteipräferenzen von Vater und Kind ermöglichen, bestätigen diesen ersten Eindruck.

Der Befund ist demnach eindeutig: Die Existenz der Partei DIE GRÜNEN ist nicht darauf zurückzuführen, weil die familialen Mechanismen politischer Sozialisation versagten. Mit Veränderungen der Mechanismen politischer Sozialisation in der Familie kann gerade nicht erklärt werden, wie es zur Unterstützung der Partei DIE GRÜNEN durch viele junge Leute kommt! Die Aussage, „in dieser Kluft zwischen den Generationen liegt der Grund, warum sich in Deutschland ... eine eigene Jugendpartei“ entwickelt hat<sup>16</sup>, wird durch diese Daten nicht gestützt. Ein Generationskonflikt innerhalb von Familien erklärt den aus vielen neueren deutschen Daten erkennbaren politischen Unterschied zwischen den Generationen oder Altersgruppen gerade nicht.

Die Daten legen das genaue Gegenteil dieser Aussage als Interpretation nahe: Für das Generationsbewußtsein der heutigen Jugend sind zentrale Positionen der GRÜNEN keineswegs atypisch — Ablehnung der Kernkraftentwicklung, der Nachrüstung usw. sind nur die Themen, die Signalbedeutung haben.

<sup>14</sup> Philip C. Converse, *The Nature of Belief Systems in Mass Public*, in: D. Apter (Ed.), *Ideology and Discontent*, New York 1964.

<sup>15</sup> Siehe Klaus R. Allerbeck/Wendy J. Hoag (Anm. 1), S. 7.

<sup>16</sup> Elisabeth Noelle-Neumann, *Der Zweifel am Verstand*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 24. 7. 1984, S. 9.



Tabelle 6:

Jahr = 1962

Alter = 16 bis 18 Jahre

Parteipräferenz  
des KindesParteipräferenz  
des Vaters

	SPD	CDU-CSU	Andere Partei	Keine gefällt	Prozent
SPD	65,6	4,9	9,8	5,9	26,8
CDU-CSU	17,2	82,7	17,1	32,4	50,1
Andere Partei	1,8	3,1	65,9	5,9	8,4
Keine	15,3	9,3	7,3	55,9	14,7
Prozent	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
N	163	225	41	34	463

Jahr = 1983

Alter = 16 bis 18 Jahre

Parteipräferenz  
des KindesParteipräferenz  
des Vaters

	SPD	CDU-CSU	Andere Partei	Keine gefällt	Prozent
SPD	68,3	9,0	29,6	0,0	33,1
CDU-CSU	7,9	66,3	7,4	15,0	39,9
Andere Partei	14,5	12,8	44,4	30,0	14,9
Keine	9,4	11,9	18,5	55,0	12,1
Prozent	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
N	331	454	27	20	832

Wenn nur die Inhalte politischer Meinungen für die Parteipräferenz entscheidend wären, dann wäre der Anteil der GRÜNEN unter den Jugendlichen viel höher.

Die politische Sozialisation im Elternhaus versagt nicht nur nicht, sondern sie reduziert

sogar den Anteil der GRÜNEN an den Jugendlichen erheblich unter das Maß, das zu erwarten wäre, wenn die Jugendlichen die Parteien nur aufgrund ihrer Orientierung an politischen Streitfragen wählen würden.

## XI. Der Überfluß von Leitbildern

Die Voraussetzungen, welche die junge Generation für eine Beteiligung an demokratischer Politik mitbringt, sind heute fraglos erheblich besser als die der Jugendlichen zwei Jahrzehnte zuvor. Dazu zählen z. B. eine weiter verbreitete Ablehnung des Nationalsozialis-

mus, mehr Akzeptanz der Normen demokratischen Verhaltens, mehr Bereitschaft zur politischen Teilnahme usw.

Man mag darin einen eindrucksvollen Beweis der Wirksamkeit politischer Bildung im wei-



testen Sinne sehen. Allerdings gehen die Inhalte der politischen Orientierungen und Verhaltensweisen oft nicht mit der staatlichen Politik konform. Die Ansichten der Jugendlichen unterscheiden sich natürlich erheblich voneinander, und jede Beschreibung der heutigen Jugend muß deren Heterogenität berücksichtigen. In politischer Hinsicht gibt es keine einheitliche und zutreffende einfache Charakterisierung der heutigen jungen Generation in Deutschland; diese folgt nicht einem definierten gesellschaftlichen Leitbild. Das bedeutet jedoch nicht, daß es an Leitbildern fehlte. Im Gegenteil ließe sich argumentieren, daß wir gerade heute einen schier inflationären Überfluß an „Leitbildern“ haben. Den heutigen Jugendlichen sind mehr Optionen bekannt, natürlich auch dank der Medien, als irgendeiner Jugendgeneration vor ihnen; doch nur wenige machen von diesen Optionen Gebrauch. Wenn etwas — auch als Korrektiv der Wahrnehmungen — heute Betonung verdient, so ist dies ein neuer Traditionalismus. Die alten Trennungslinien der Gesellschaft — Schicht, Konfession, Region, Stadt/Land — sind, wie eine Vielzahl von Analysen belegt, ebenso lebendig wie gegebene Milieus. Die Daten zur politischen Sozialisation müssen in diesem Zusammenhang gesehen werden.

Bei aller Heterogenität gibt es Fragen, in denen sich die Jugendlichen weitgehend einig sind; Fragen des Umweltschutzes sind ein

Beispiel. Themen, die als „Überlebensfragen“ bezeichnet werden können, sind geeignet, die junge Generation weitgehend zu vereinen. Die scheinbare Widersprüchlichkeit oder Unstimmigkeit von den genannten politischen Positionen von Jugendlichen dürfen jedoch nicht zu dem Trugschluß verleiten, die Jugendlichen hätten gar keine feststehenden Meinungen. Die hohe Übereinstimmung der Meinungen, die im Abstand eines halben Jahres geäußert wurden, verbietet die Vermutung, die Widersprüche ergäben sich eben aus Zufallsantworten. Vielmehr spricht alles dafür, daß sich hier ein neues Generationsbewußtsein zeigt.

Wie dieses Generationsbewußtsein das Systemverständnis dieser Generation weiterhin beeinflussen wird, ist eine spekulative Frage. Man sollte nicht versuchen, derartige schwierige Fragen mit übervereinfachten demoskopischen Prozentzahlen, definitiv klingend zu beantworten, denn aus Antworten, die die Befragten jetzt geben, kann sich Unvorhersehbares nicht erschließen. Vielmehr muß man berücksichtigen, daß für das Systemverständnis der Jugendlichen nicht nur deren eigene Antworten eine Rolle spielen, sondern vor allem auch die Darstellung des politischen Systems selbst und seiner Lösungsmöglichkeiten von Problemen, die viele Jugendliche als Überlebensfragen ansehen, von überragender Bedeutung sein werden.



# Systemaversionen bei linksorientierten Jugendlichen

## Sozialisationschwächen der deutschen Demokratie

In der Öffentlichkeit der Bundesrepublik besteht teilweise eine Scheu, antidemokratische Einstellungen bei linksorientierten Jugendlichen festzustellen. Etwa auf sowjetkommunistische Einflüsse in bestimmten Hochschulen, Jugendorganisationen, Gewerkschaftsbereichen und politischen Bewegungen hinzuwei-

sen, gilt großen Teilen der Linken als „Bruch eines Tabus“<sup>1)</sup>, auf den man mit heftiger Abwehr sowie „Mechanismen eines Unter-den-Teppich-Kehrens“ reagiert<sup>2)</sup>. So stellt sich zunächst die Frage: Gibt es überhaupt in nennenswertem Umfang antidemokratische Einstellungen bei linksorientierten Jugendlichen?

### I. Die Breite der Demokratieaversion — Probleme des Zugriffs

Eine Antwort stößt tatsächlich auf Schwierigkeiten des Zugriffs. Diese beginnen bereits bei der unglücklicherweise eingebürgerten Begrifflichkeit, von „Linksextremisten“ oder „Linksradikalen“ zu sprechen, wenn man linksorientierte Verächter westlicher Demokratie meint. Vermischt wird damit das Vertreten extremer gesellschaftspolitischer Auffassungen (etwa das Ziel einer sozialistischen Wirtschaftsordnung) mit der Ablehnung des politischen Systems; auch wenn beide Positionen zahlenmäßig deutlich miteinander korrelieren<sup>3)</sup>, müssen sie doch nicht notwendigerweise zusammenfallen.

Größere Probleme noch bereitet der empirische Zugriff. Betrachtet man Bindungen zu antidemokratischen Organisationen als Indikator, so zeigt sich, daß über 30% der etwa 40 000 DKP-Mitglieder jünger als dreißig Jahre alt sein dürften, die Zahl der SDAJ-Aktiven bei rund 15 000, die der MSB- und

SHB-Mitglieder bei rund 8 000 liegt; darüber hinaus zählen die Organisationen der Neuen Linken weitere 9 300 (nicht nur jüngere) Mitglieder, undogmatische Linksextreme und „Autonome“ mehrere tausend überwiegend jugendliche Aktive<sup>4)</sup>. Damit ist aber nur ein Teil des Potentials erfaßt, denn man muß davon ausgehen, daß viele ihm zuzuzählende Jugendliche anderswo oder überhaupt nicht politisch organisiert sind.

Auch per Umfrage lassen sich antidemokratische Einstellungen nur schwer bestimmen. Da die direkte Frage nach der Einstellung zur Demokratie nach aller Erfahrung stark verfälscht im Sinne der sozial erwarteten positiven Einstellung beantwortet würde — besten Gewissens positiv (bei anderem Bedeutungsgehalt von „Demokratie“), übrigens auch von jedem DKP-Aktivisten —, bleibt nur die weniger verfängliche Frage nach der Einstellung zum politischen System der Bundesrepublik. In deren Beantwortung gehen jedoch Bewertungen der Verfassungswirklichkeit und der jeweiligen Regierung mit ein. Immerhin scheint auch unterschieden zu werden mit dem Ergebnis, daß 1980 zwar bei vorgegebener Fünfer-Skala 14% der 16—35jährigen die Verfassungswirklichkeit extrem negativ einschätzten, zugleich aber nur 8% der „politischen Ordnung“ recht negativ (vier negativste von elf möglichen Einstufungen) gegenüberstanden<sup>5)</sup>; indem hier freilich nicht nach

<sup>1)</sup> H. J. Horchem, Bruch eines Tabus, in: DIE ZEIT vom 6. 2. 1981.

<sup>2)</sup> Vgl. F. Vilmar/W. Rudzio, Politische Apathie und Kaderpolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46/1981, S. 13 ff., hier S. 32 ff.

<sup>3)</sup> Siehe z. B. E. Müller/Th. O. Jukam, On the Meaning of Political Support, in: American Political Science Review 1977, S. 1561 ff., hier S. 1573; G. Schmidtchen, Jugend und Staat, in: U. Matz/G. Schmidtchen, Gewalt und Legitimität, Opladen 1983, S. 105 ff., hier S. 144.

*Überarbeitete und ergänzte Fassung eines Vortrages für den 2. Bundeskongreß für politische Bildung der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung in Berlin vom 23. bis 25. Februar 1984.*

<sup>4)</sup> Der Bundesminister des Innern (Hrsg.), betrifft: Verfassungsschutz 1982, Bonn 1983, S. 34, 88; ders. (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 1983, Bonn 1984, S. 20, 35, 41 f., 52.

<sup>5)</sup> G. Schmidtchen (Anm. 3), S. 278, 282.



Links und Rechts ausgezählt worden ist, dürfte ein Teil dieser Einstellungen nicht mit linken Orientierungen einhergehen.

Ein dritter Zugriff besteht schließlich darin, in Übernahme der von Kaase entwickelten Skala „unkonventionellen politischen Verhaltens“ nach der Bejahung bzw. eigenen Praktizierung politischer Handlungsformen bis hin zu illegalen (wie wildem Streik, Besetzung von Fabriken, Ämtern und Gebäuden, Eigentumsbeschädigung sowie Gewalt gegen Personen) zu fragen. Diejenigen, die auch derartige illegale Vorgehensweisen bejahen, werden dann als „Protestpotential“ bezeichnet. Dessen Bereitschaft zum Rechtsbruch deutet auf eine geringere Akzeptanz des politischen Systems. In diesem Sinne erwiesen sich 1976 nach einer Infratest-Untersuchung insgesamt 8,3% der 16—50jährigen Bürger als „Protestpotential“. Nach politischer Orientierung sind dabei 1,7% als rechtes, 4,4% als linkes Protestpotential einzuordnen — der Rest (man denke etwa an die Bauern von Wühl) zählt sich zur Mitte<sup>6)</sup>. Wie zu erwarten, ist dabei der Protestpotentialanteil unter Jüngeren größer — eine Bereitschaft zu illegalen Vorgehensweisen fand sich 1980 bei 13% der 16 bis 35jährigen —, bei Linksorientierten mit 18% noch höher<sup>7)</sup>. Kombiniert man schließlich die Merkmale „jugendlich“ und „links“, dürfte dann der Anteil auf deutlich über 20% ansteigen. Da aber Bereitschaft zum Regelbruch nicht unbedingt mit Systemablehnung einhergehen, andererseits sich nicht jeder Systemgegner zu illegalen Mitteln bekennen muß („legale Revolution“), hat man allerdings auch mit „Protestpotential“ nur einen groben Indikator in der Hand.

Angesichts dieser Schwierigkeiten ist neuerdings das Institut für Demoskopie Allensbach in einer vierten Art des Zugriffs so verfahren, daß es von als links- bzw. rechtsextremistisch eingeschätzten Personen ausging und aus deren Einstellungsdifferenzen zu als links- bzw. rechtsdemokratisch betrachteten Personen diskriminierende Links- bzw. Rechtsextremismus-Skalen ableitete. Daß man aber auch bei deren Einsatz dann nur unscharf demokratisch und nicht-demokratisch Orientierte voneinander trennen konnte, wird eingestanden und liegt auch angesichts einiger Items der Linksextremismus-Skala (etwa Punkt 9: Verstaatlichung von Schlüsselzweigen der Wirtschaft) nahe. Bei „fließenden Übergängen“ kommt man so für 1984 unter den 16—25jäh-

rigen Deutschen der Bundesrepublik auf einen Anteil von 3% passiven und 9,4% aktiven „Linksextremisten“<sup>8)</sup>.

Immerhin — in Umrissen zumindest wird mit Hilfe der vier skizzierten Vorgehensweisen ein demokratie-abgewandtes Potential unter linksorientierten Jüngeren sichtbar. Diese Feststellung und alle bisher vorgestellten Daten scheinen aber durch einige Umfrageergebnisse in Frage gestellt, die mit Hilfe eines weiteren, auf den ersten Blick elaborierteren Untersuchungsansatzes erzielt worden sind. Es handelt sich um Untersuchungen, bei denen die globale Frage nach der Demokratiebejahung durch eine Fragenbatterie ersetzt worden ist, welche die inhaltlichen Dimensionen von „Demokratie“ abdecken soll.

Bei diesem Vorgehen registrierten Klingemann und Pappi bereits 1970/71, daß das DKP-Jungwählerpotential nach den Maßstäben der benutzten Demokratieskala „demokratischer eingestellt“ schien als der Durchschnitt der Bevölkerung; lediglich bei Fragen nach der Notwendigkeit politischer Gewalt fiel das DKP-Potential negativ auf<sup>9)</sup>. Ungeachtet dieses paradoxen Befundes sind auch in der Folgezeit ganz ähnliche Demokratieskalen bei der Analyse von linkem Potential eingesetzt worden. Die Ergebnisse fielen entsprechend aus. So kommt Bürklin für 1979 zu dem — Untersuchungen beispielsweise von Does und Noelle-Neumann widersprechenden — Resultat, daß selbst mit extremen Linksorientierungen von Studenten keine beachtliche Ablehnung der „demokratischen Verfaßtheit unserer Gesellschaftsordnung“ verbunden sei; die dabei auch von ihm festgestellten Gewaltbejahungen werden als eher defensiv (etwa als „Gegengewalt gegen ein ungerechtes Regime“) gewertet<sup>10)</sup>. Im Kern nicht anders die bereits erwähnte Infratest-Untersuchung, in der das „linke Protestpotential“ bei allen Demokratieindikatoren — abgesehen wieder von der Einstellung zu politischer Gewaltanwendung — besser abschneidet als die übrigen Befragten<sup>11)</sup>. Handelt es sich also in Wirklichkeit bei jugendlichem DKP-Wählerpotential, bei extrem links orientierten Studenten und bei linkem Protestpotential um bessere, lediglich ein wenig militante Demokraten?

<sup>8)</sup> Institut für Demoskopie Allensbach, Das Extremismus-Potential unter jungen Leuten in der Bundesrepublik Deutschland, 1984 (Gutachten für den Bundesminister des Innern), S. 12ff., 32, 42f.

<sup>9)</sup> H. D. Klingemann/F. U. Pappi, Politischer Radikalismus, München-Wien 1972, S. 69ff.

<sup>10)</sup> W. P. Bürklin, Links und/oder Demokratisch? in: Politische Vierteljahresschrift 1980, S. 220 ff., hier S. 229ff., 240, 243.

<sup>6)</sup> Infratest Wirtschaftsforschung, Politischer Protest in der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart u. a. 1980, S. 49, 51.

<sup>7)</sup> G. Schmidtchen (Anm. 3), S. 305, 307.



Des Rätsels Lösung ist einfach. Bei den benutzten Demokratieskalen handelt es sich nämlich um nur leicht abgewandelte Nachfolgemodelle von Demokratieskalen, wie sie noch bis in die sechziger Jahre geeignet scheinen mochten, obrigkeitlich gesinnte Bürger, NS-Potential und naive Stalinisten zu orten. Für den vorliegenden Zusammenhang aber erweisen sie sich mehr oder weniger als stumpfe, nicht diskriminierende Untersuchungsinstrumente. Dies sei am Beispiel der Infratest-Untersuchung verdeutlicht. Sie sucht demokratische Einstellungen anhand von vier Dimensionen zu fassen:

1. der „Einstellung zu politischen Institutionen“ mit Hilfe des einen Statements, „jede demokratische Partei“ sollte an die Regierung kommen können — ein Statement, das allein kaum als Indikator hinreicht und dem selbst Parteikommunisten mit ihrem Verständnis von „demokratischer Partei“ sehr wohl zustimmen können;

2. der „Einstellung zur Legitimität von Konflikten“, welche nicht zuletzt auch antidemokratische Linke in der Oppositionssituation unter dem Stichwort „Klassenkampf“ in besonders weitgehender Weise teilen werden;

3. der „Einstellung zur Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung“, bei der die größere Gewaltbejahung durch das linke Protestpotential mit der Interpretation heruntergespielt wird, es gehe ihm dabei wohl mehr um Gewalt zum Schutz der demokratischen Grundordnung — obwohl das bejahte State-

ment lautete: „In jeder demokratischen Gesellschaft gibt es bestimmte Konflikte, die mit Gewalt ausgetragen werden müssen“;

4. der „Einstellung zu individuellen Grundrechten“, die jedoch allein am Demonstrations- und Streikrecht (bis hin zur Gefährdung der öffentlichen Ordnung) gemessen wird — mithin also in Wirklichkeit zum dritten Male Konfliktbereitschaft abgefragt wird, während liberale Schutzrechte des Individuums gegenüber kollektivem Zugriff bezeichnenderweise nicht gefragt sind<sup>12</sup>).

Unverkennbar: Beim Einsatz derartiger Fragen und Interpretationen müssen antidemokratische Einstellungen von linken Oppositionellen notwendigerweise unidentifizierbar bleiben, minoritär-oppositionelle Konfliktorientierungen bis hin zur Sprengung der politischen Ordnung vielmehr als besonders demokratisch erscheinen.

Die Eingangsfrage läßt sich also nun dahingehend beantworten, daß sehr wohl ein Feld von linksorientierten Jüngeren mit Aversionen gegen das politische System und/oder Bereitschaft zu illegalen politischen Handlungsformen auszumachen ist. Nach den vorgestellten Daten ist diese Gruppe auf eher unter 10 % der jüngeren Bürger zu schätzen. Berücksichtigt man, daß Demokratieaversionen (wenngleich wohl weniger mit „links“ bzw. Militanz gepaart) sich auch bei älteren Jahrganggruppen finden<sup>13</sup>), scheint der Befund zunächst von nur begrenzter Relevanz. Demokratien leben mit derartigen Minoritäten.

## II. Die Relevanz einer strategischen Minorität

Eine solche Sicht wird jedoch fragwürdig, wenn man die Qualität dieser Minderheit berücksichtigt. Von großer Bedeutung ist hierbei vor allem deren hoher Bildungsgrad, der unabhängig vom empirischen Zugriff hervortritt:

— Bei Einsatz des Indikators „organisatorische Bindungen“ zeigt sich, daß 1970/71 der Anteil des jugendlichen DKP-Wählerpotentials bei höherem Bildungsgrad massiv anstieg, und zwar von 6 % bei jugendlichen Volksschulabsolventen bis auf 35 % bei Abiturienten<sup>14</sup>); ebenso wiesen Mitte der siebziger Jahre die in die DKP eintretenden Jugendlichen — selbst bei Ausklammerung der recht

zahlreichen Studenten — einen überdurchschnittlichen Bildungsgrad (17 % Abitur, weitere 36 % mittlere Reife) auf<sup>15</sup>).

— Auch der Indikator Systemaversion schlägt bei steigendem Bildungsgrad deutlich stärker aus. Unzufriedenheit mit dem politischen System wurde beispielsweise 1976 von 37 % der 16—35jährigen ohne Abitur, aber von 63 % derjenigen mit Abitur bekundet, 1979 (bei anderer Frageformulierung) in der Gruppe der 14—21jährigen von 13 % derjenigen mit Haupt- oder Sonderschulbildung, von 8 % bei Real- oder Fachschulbildung, aber 20 % bei

<sup>11</sup>) Infratest (Anm. 6), S. 83 ff.

<sup>12</sup>) Ebd.

<sup>13</sup>) G. Schmidtchen (Anm. 3), S. 307 f., 282.

<sup>14</sup>) H. D. Klingemann/F. U. Pappi (Anm. 9), S. 50.

<sup>15</sup>) Institut für Marxistische Studien und Forschungen, Jugendliche in der DKP, Frankfurt/M. 1982, S. 17.

<sup>16</sup>) Infratest (Anm. 6), S. 98; St. Hansen/H.-J. Veen, Auf der Suche nach dem privaten Glück, in: DIE ZEIT vom 5. 9. 1980, S. 16.



Hoch- oder Fachhochschulbildung; dabei korreliert höherer Bildungsgrad zugleich mit stärkerer Linksorientierung<sup>16)</sup>. Die relativ große Systemunzufriedenheit bei höherem Bildungsgrad ist um so beachtlicher, als mit ihm eher eine Unterscheidung zwischen aktueller Regierung und politischem System einhergehen dürfte.

— Nicht anders ist das Ergebnis, wenn man die Bereitschaft zu illegalen Handlungsformen als Indikator nimmt: Der Anteil „linken Protestpotentials“, in der Gesamtbevölkerung nur 4,4 %, steigt bei Lehrkräften auf 14 %, bei Arbeitslosen mit Hochschulreife auf 22 % (ohne Hochschulreife: 15 %) und bei Studierenden gar auf 30 % an (Stand 1976). Auch andere Untersuchungen wiesen bei Studierenden einen besonders hohen Anteil von linkem Protestpotential nach<sup>17)</sup>.

— Ebenso zeichnen sich die jungen „Linksextremisten“ der Allensbacher Untersuchung von 1984 durch einen weit überdurchschnittlichen Bildungsgrad aus: Fast zwei Drittel von ihnen sind Besucher oder Absolventen höherer Schulen<sup>18)</sup>.

Nach immer wieder bestätigten Erkenntnissen der politischen Soziologie aber verbinden sich mit höherem Bildungsgrad weit stärkeres politisches Interesse, höhere subjektive politische Kompetenz sowie stärkere politische Partizipation. In noch gesteigertem Maße dürfte dies im Falle von politiknaher Bildung zutreffen, d. h. bei sozialwissenschaftlichen und teilweise auch geisteswissenschaftlichen Studienrichtungen, wo systementfremdete Linke besonders häufig anzutreffen sind<sup>19)</sup>. Tatsächlich halten sich 75—80 % der als links-extremistisch eingestuften 16—25jährigen für politisch interessiert — weit mehr als im Durchschnitt ihrer Altersgruppe. Sie zeichnen sich auch durch große politische Diskussionsfreudigkeit aus, durch eine geradezu „missionarische Anlage“, andere überzeugen zu wollen; überdurchschnittlich häufig waren

<sup>17)</sup> Infratest (Anm. 6), S. 53. Für 1980 ergab sich, daß nicht allein die Bereitschaft zu illegalem Vorgehen, sondern auch dessen bisherige Praktizierung bei 16—35jährigen steil mit dem Bildungsgrad ansteigt: von 3—5 % bei Nichtabiturienten auf 12 % bei Abiturienten/Hochschulabsolventen und auf 18 % bei Studierenden. Vgl. G. Schmidtchen (Anm. 3), S. 304ff.; K.-J. Does, Abschied vom Protest oder Ruhe vor dem Sturm?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12/1977, S. 25ff., hier S. 31, 41; E. Müller/Th. O. Jukam (Anm. 3), S. 1580.

<sup>18)</sup> Institut für Demoskopie Allensbach (Anm. 8), S. 48.

<sup>19)</sup> Infratest (Anm. 6), S. 56; Institut für Marxist. Studien (Anm. 15), S. 20; K. R. Allerbeck, Soziologie radikaler Studentenbewegungen, München-Wien 1973, S. 153f.

oder sind sie Klassensprecher in der Schule<sup>20)</sup>.

Der Eindruck eines weit überdurchschnittlichen Aktivitätsniveaus dieser Gruppe dürfte daher nicht täuschen. Eine besonders große, freilich nicht zu verallgemeinernde Organisationsfreudigkeit und innerorganisatorische Aktivität in Gewerkschaften, Jugendverbänden, Betrieben und Bildungseinrichtungen findet sich bei DKP-Jugendlichen. Zum Zeitpunkt ihres DKP-Beitritts waren Mitte der siebziger Jahre nicht nur 73 % der arbeitenden Jugendlichen (und 48 % der Studierenden) gewerkschaftlich organisiert, sondern zugleich auch 64 % in Gewerkschaften und 35 % in gewerkschaftlichen Jugendgruppen aktiv; weit über die Hälfte aller neu eintretenden jungen DKP-Mitglieder hatte bereits Vertreterfunktionen in der Schule innegehabt, 26 % der Arbeiter unter ihnen hatten bzw. haben noch Funktionen als betriebliche Jugend- oder allgemeine Arbeitnehmervertreter; von den eintretenden Studenten nahmen etwa 60 % Aufgaben in der Hochschulselbstverwaltung wahr<sup>21)</sup>. Selbst wenn man einige Übertreibung in Rechnung stellt, erweisen sich somit die DKP-Jugendlichen gewissermaßen als eine jugendliche politische Elite. Auf dieser Grundlage vermag sich dann die Dialektik von Apathie (anderer Jugendlicher) und Kaderpolitik zu entfalten, die DKP-Orientierungen in der Gewerkschaftsjugend, in manchen Bildungsinstitutionen sowie in politischen Bewegungen unverhältnismäßigen Einfluß verschafft<sup>22)</sup>.

Das hohe Partizipationspotential der jungen linken Systemverächter, zusammen mit der Aussicht, daß sie aufgrund ihrer Ausbildung „in Zukunft überproportional in sogenannte Multiplikatorenfunktionen hineinwachsen“<sup>23)</sup>, verweist sie somit in die Rolle einer „strategischen Minderheit“ im Sinne Fogts, d. h. einer Gruppe, der eine weit über ihre bloße Zahl hinausreichende Bedeutung zukommt<sup>24)</sup>. Gilt als Stabilitätsbedingung eines demokratischen Systems nicht allein mehrheitliche Akzeptanz, sondern daß auch „der Grad der Loyalität dem System gegenüber mit dem Grad der politischen Motivation steigen muß“<sup>25)</sup>, so

<sup>20)</sup> Institut für Demoskopie Allensbach (Anm. 8), S. 56f., 51.

<sup>21)</sup> Institut für Marxist. Studien (Anm. 15), S. 57, 60.  
<sup>22)</sup> F. Vilmar/W. Rudzio (Anm. 2), S. 14ff.; O. K. Flechthelm/W. Rudzio/F. Vilmar/M. Wilke, Der Marsch der DKP durch die Institutionen, Frankfurt/M. 1980, S. 87ff., 109ff.

<sup>23)</sup> St. Hansen/H.-J. Veen (Anm. 16).

<sup>24)</sup> H. Fogt, Politische Generationen, Wiesbaden 1982, S. 165 f.

<sup>25)</sup> F. U. Pappi, Wahlverhalten und politische Kultur, Meisenheim 1970, S. 50.



tut sich mit Demokratieversionen dieser linken jugendlichen Minorität eine bedenkliche Bruchstelle auf.

Deren Relevanz verstärkt sich noch insofern, als es sich nicht um eine isolierte Gruppe handelt, die Scheidelinie demokratisch/nicht-demokratisch offenbar bei vielen anderen linksorientierten Jugendlichen vielmehr an Bedeutung verloren hat und einer Links/Rechts-Scheidung nachgeordnet wird. Weiterhin werden daher auch erkennbar antidemokratische Gruppen als Kooperations- und Bündnispartner in politischen Organisationen, in Bewegungen sowie in Schüler- und Studentenvertretungen akzeptiert; nur so erklärt sich beispielsweise die Tatsache, daß linke antidemokratische Gruppen in 28 Asten der Bundesrepublik vertreten sein und im Kondominium mit Juso-Hochschulgruppen und Liberalem Hochschulverband die Vereinigten Deutschen Studentenschaften beherrschen können<sup>26)</sup>. Mit politischen Vertretern totalitärer Systeme gemeinsam für „demokratische Rechte“, mit Vertretern einer aggressiven Militärmacht oder der politischen Gewalttätigkeit („Autonome“) für den „Frieden“ aufzutreten, erscheint vielen Jüngeren nicht mehr als diskreditierender Widerspruch.

Durch beides, eine wichtige gesellschaftliche Rolle ihrer Träger und deren fehlende Isolierung, unterscheidet sich somit die linke Herausforderung der Demokratie von der von rechts. Mehr als ihr quantitatives Gewicht begründet dies die größere gegenwärtige Bedeutung der ersteren im Jugendbereich. Allerdings bleibt die Frage, ob es sich hierbei

nicht letztlich um ein alterssituatives Phänomen handelt, das sich auswächst, d. h. um jugendspezifischen Überschwang, der schwindet. Eine einfach-eindeutige Antwort fällt hier schwer. Einerseits läßt sich nämlich feststellen, daß derartige Systemaversionen bei Jugendlichen keineswegs stets die Geschichte der Bundesrepublik begleitet haben und auch nicht in gleichem Maße in den angelsächsischen Demokratien zu beobachten sind. Darüber hinaus ist für Japan und die USA nachgewiesen worden, daß einstiger extremer Linksaktivismus im allgemeinen noch im politischen Verhalten der inzwischen zehn Jahre älter Gewordenen nachwirkt.

Auf der anderen Seite gibt es aber offensichtlich auch Reintegrationseffekte. Diese scheinen nicht notwendig mit bloßem Alterwerden verbunden: „Die Hauptgefahren für ein andauerndes Engagement waren in den USA die Verpflichtungen aus Ehe und Kleinfamilie, in Japan der Loyalitätsdruck von Berufen in Wirtschaft und Verwaltung.“<sup>27)</sup> Ebenso spricht das auffällige Faktum, daß von 1970 bis 1979 postmaterialistische Einstellungen insgesamt nicht zugenommen haben (in dieser Hinsicht also kein „Wertwandel“ feststellbar ist), obwohl Postmaterialismus bei Jugendlichen fortlaufend massiv überrepräsentiert war, für die Möglichkeit lebensgeschichtlich späteren Einstellungswandels<sup>28)</sup>.

Im Ergebnis besteht also Anlaß weder zu der dramatischen Erwartung einer permanenten Kumulation linker Demokratieaversionen infolge Generationenwechsel noch zu der beruhigenden von deren ständigem Auswachsen.

### III. Ursachen und Bedingungen linker Systemkritik

Welches sind nun die Gründe für jene minoritären, aber doch beachtlichen linken Demokratieaversionen bei Jugendlichen? Eine in Öffentlichkeit und Literatur verbreitete These besagt, ursächlich seien gesellschaftliche Mißstände und sozio-ökonomische Deprivationen der Betroffenen. Die Proteste seien nur Spiegelbild gesellschaftlicher Fehlentwicklungen; Wohnungsnot provoziere eben

Hausbesetzungen<sup>29)</sup>. Zuweilen wird anklagend von „gewaltverursachenden Verhältnissen“ in der Gesellschaft gesprochen<sup>30)</sup>.

Tatsächlich findet sich bei jungen Arbeitslosen überdurchschnittliche Protestbereitschaft, und mit der Dauer der Arbeitslosigkeit steigt die Unzufriedenheit mit dem politischen Sy-

<sup>26)</sup> Verfassungsschutzbericht 1983 (Anm. 4), S. 25, 68.

<sup>27)</sup> H. Fogt (Anm. 24), S. 155f.

<sup>28)</sup> R. Inglehart, Post-Materialism in an Environment of Insecurity, in: American Political Science Review 1981, S. 880ff., hier S. 888, 891; Infratest (Anm. 6), S. 79.

<sup>29)</sup> K. Kuhn, Grüne und Alternative Listen: Protestparteien der Jugend?, in: K. Wasmund (Hrsg.), Jugendliche — Neue Bewußtseinsformen und politische Verhaltensweisen, Stuttgart 1982, S. 81ff., hier S. 81; R. Schmidt, Zur alternativen Kultur, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11/1983, S. 41ff., hier S. 41.

<sup>30)</sup> H.-E. Bahr, Du hast keine Chance, aber nutze sie, in: Ders. (Hrsg.), Wissen, wofür man lebt, München 1982, S. 206ff., hier S. 208.



stem massiv an<sup>31</sup>). Auf Ganze gesehen aber scheinen ökonomische Deprivationen eher ein Randfaktor: Die Masse des linken Protestpotentials ist von ihnen nicht betroffen und empfindet selbst subjektiv die eigene Situation kaum weniger zufriedenstellend als der Bevölkerungsdurchschnitt; sie rechnet in fünf Jahren mit einer ebenso zufriedenstellenden persönlichen Lage wie die Gesamtbevölkerung. Auch sind die Arbeitslosen des linken Protestpotentials wirtschaftlich nicht schlechter gestellt als andere Arbeitslose; Studenten des linken Protestpotentials sind nicht schlechter gestellt als andere Studenten<sup>32</sup>). Ebensovienig wird ein schichtspezifischer Hintergrund der Systemaversionen sichtbar<sup>33</sup>).

Auf andere, im engeren Sinne politische Gründe weisen immer wieder genannte Stichworte wie „Ordinarienuniversität“, Notstandsgesetzgebung, Große Koalition, Vietnamkrieg, „Abbau demokratischer Rechte“ u. a. m. Unbeantwortet bleibt aber dabei, weshalb dann vor 1967 mangelhafte Entnazifizierung, Spiegel-Affäre, Wiederbewaffnung und Ausschluß von Verfassungsfeinden aus dem öffentlichen Dienst (1950) keine derartige Wirkung gehabt haben. Unverständlich bleibt auch der rasante Wechsel der Mobilisierungsthemen, ohne daß diese durch Lösungen erledigt worden wären: Von den „Berufsverboten“ zur Kernkraft und zur Ökologie, dann zu „Wohnungsnot“ und „Überwachungsstaat“ sowie zum „Frieden“. Empfanden 1981 nicht weniger als 45 % der Jugendlichen gewisse Sympathien für Hausbesetzer, so waren es 1982 nur noch 14 %<sup>34</sup>). Die Themen wechseln, das Protestpotential bleibt im Kern offenbar das gleiche.

Die zugrunde liegenden Ursachen des generalisierten Legitimitätsentzugs gegenüber dem politischen System scheinen daher — auch wenn strikte Kausalitäten hier nicht belegbar sind — anderswo zu suchen. Die empirischen Daten, die linke Demokratieaversionen sehr viel stärker in zahlenmäßigem Zusammenhang mit höherem Bildungsgrad als

mit allem anderen zeigen, deuten auf Sozialisierungseffekte.

Für die Gruppe mit höherer Bildung gilt nun, daß sich für sie die in Industriegesellschaften allgemein unnatürlich gedehnte „Postadoleszenz“ besonders ausgeweitet hat, d. h. eine Lebensphase, „die durch ökonomische Abhängigkeit und Unselbständigkeit bei gleichzeitiger intellektueller, politischer und sexueller Reife junger Menschen“ definiert ist<sup>35</sup>). Sie reicht mit allen damit verbundenen Spannungen häufig bis zum Ende des dritten Lebensjahrzehnts und hat u. a. zur Folge:

— einen „Aufschub der vollen Integration in das normale Arbeits- und Familienleben der Erwachsenen“<sup>36</sup>), damit Fremdheit gegenüber der Arbeitswelt und ökonomisch-finanzieller Eigenverantwortung;

— eine Sozialisation, die infolge der geschwächten politischen Sozialisationsrolle der Eltern und angesichts der relativ anonymisierten Masseninstitutionen gerade des deutschen Bildungswesens relativ wenig persönliche Tradierung seitens der älteren Generation enthält. In dieses Bild fügt sich, daß linksextremistische Jugendliche nach der Allensbach-Untersuchung von 1984 in überdurchschnittlichem Maße aus zerrütteten Elternhäusern kommen und sich in Distanz zu elterlichen Einstellungen befinden<sup>37</sup>);

— schließlich eine dementsprechend verstärkte Wirkung der strukturellen Realitätsverzerrung in der Medienwelt, der weder hinreichend Kontrolle durch eigene Erfahrung noch durch Tradierung entgegengesetzt werden kann. In den Medien aber herrscht eine „negativistische Berichterstattung über Politik“ vor<sup>38</sup>), zumal das „Kommunikationssystem selektiert: Nicht die Regel, sondern die Ausnahme hat Nachrichtenwert“. Nicht die Normalität, sondern der Skandal, die Katastrophe, die Gewaltanwendung werden berichtet.

Deutlich wird, daß eine derartige Postadoleszenz einen fruchtbaren Nährboden für abstrakt-wertorientierte und zugleich düsterpessimistische Weltansichten abgibt. Die Verin-

<sup>31</sup>) SINUS-Institut, Die verunsicherte Generation, Opladen 1983, S. 147; Infratest (Anm. 6), S. 53.

<sup>32</sup>) Infratest (Anm. 6), S. 56 ff., 65 f. Bemerkenswert ist zudem, daß sich auch 1984 — zumindest aufgrund ihrer Wahlpräferenzen — bei den Arbeitslosen keine beachtlichen Systemabweichungen ausmachen lassen. Siehe U. Feist/D. Fröhlich/H. Krieger, Die politischen Einstellungen von Arbeitslosen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/84, S. 3 ff.

<sup>33</sup>) H. D. Klingemann/F. U. Pappi (Anm. 9), S. 48; Institut für Marxist. Studien (Anm. 15), S. 11; Infratest (Anm. 6), S. 56 f.; Chr. Krause u. a., Zwischen Revolution und Resignation, Bonn 1980, S. 114.

<sup>34</sup>) SINUS-Institut (Anm. 31), S. 60.

<sup>35</sup>) Ebd., S. 96. Von hier aus erscheint es sinnvoll, entsprechend zahlreichen Untersuchungen unter „Jugendliche“ Altersgruppen bis zum 30. oder 35. Lebensjahr zu fassen; es geht also um ein soziales Alter, nicht um das biologische.

<sup>36</sup>) U. Matz, Über gesellschaftliche und politische Bedingungen des deutschen Terrorismus, in: Ders./G. Schmidtchen, Gewalt und Legitimität, Opladen 1983, S. 15 ff., hier S. 31.

<sup>37</sup>) Institut für Demoskopie Allensbach (Anm. 8), S. 48 f.

<sup>38</sup>) M. Kaase, in: M. Wissmann/R. Hauck (Hrsg.), Jugendprotest im demokratischen Staat, o. O. 1982, S. 279.



nerlichung allgemeiner Werte, forciert in Schulfächern wie Sozialkunde, Deutsch und Religion, läßt die in einer derartigen Sozialisationsituation Befindlichen leicht zu „geeignete(n) Träger(n) von ‚idealistischen‘ Rebellionen“ werden<sup>39)</sup>. Tatsächlich zeigen sich bei Oberschülern und Studierenden besonders ausgeprägt gesinnungsethische Orientierungen<sup>40)</sup>, bei linksextremistisch eingestuften Jugendlichen düstere Einschätzungen der Wirklichkeit; die Vorstellung von einer drohenden allgemeinen Katastrophe ist bei ihnen — wie bei Rechtsextremisten — „so weit verbreitet, daß man sie daran fast erkennen könnte“<sup>41)</sup>.

Sicherlich ist dies ein Problem auch anderer westlicher Industriegesellschaften. In der Bundesrepublik Deutschland kommen allerdings verschärfend nicht nur besonders lange Bildungswege und Anonymisierung fördernde Strukturen hinzu, sondern vor allem auch das Angebot einer Demokratiekritik von links, die, seit den Tagen der Studentenbewegung im Hochschulbereich verankert, hervorragend an idealistische Dispositionen und mangelnde Erfahrungskontrolle der Postadoleszenz anzuschließen vermag.

Im wesentlichen kann man folgende, häufig miteinander verbundene Argumentationsmuster unterscheiden:

— Die der Frankfurter Schule der Soziologie entstammende These vom umfassenden Verblendungszusammenhang (vereinfacht: Manipulationsthese), welcher die Menschen der westlichen Industriegesellschaften hindere, ihre Situation zu durchschauen; nahe liegt dann die Folgerung, subjektives Bewußtsein und Wahlentscheidungen könnten politische Führung nicht wahrhaft demokratisch legitimieren, Emanzipation gehe über Mehrheitsentscheid.

— Die auf Rousseau zurückführbare radikal-demokratische Position (direkte Demokratie), die in Kombination mit utopischen Partizipationsvorstellungen alle repräsentativen Strukturen als wenig demokratisch erscheinen läßt.

— Die marxistische „Staatstheorie“, welche in verschiedenen Varianten das politische System als kapitalismus-orientiert zu entlarven sucht und den Schluß nahelegt, wer Sozialismus wolle, müsse sich auch gegen die „bürgerliche Demokratie“ bzw. den „kapitalistischen Staat“ wenden.

— Schließlich die Konfrontierung einer für möglich gehaltenen Idealität mit der Realität, konkretisiert häufig als Gegenüberstellung von Verfassung und Verfassungswirklichkeit; bei verzerrter Wahrnehmung beider ergibt sich dann eine Delegitimierung der letzteren<sup>42)</sup>.

Am weitesten verbreitet, offenbar weil idealistischen Dispositionen am unmittelbarsten entsprechend, ist das zuletzt vorgestellte Entlegitimierungsmuster. So bezeichnen sich 94 % des linken Protestpotentials als demokratisch, akzeptieren auch das Grundgesetz, während zugleich 93 % tiefe Diskrepanzen zwischen Verfassung und Verfassungswirklichkeit (nicht zuletzt durch Einschränkung von Grundrechten) festzustellen meinen<sup>43)</sup>. Allgemein bleibt die Realität hinter dem, was man erstrebt und wohl für ein realisierbares Ideal hält, nach der Auffassung eines überdurchschnittlich großen Teils höher Gebildeter, extrem links Orientierter bzw. dem Protestpotential Zuzurechnender allzu weit zurück: „Die aus dieser Sicht mangelhafte Wertrealisierung wird nicht hingenommen; sie löst politischen Protest aus“ und führt zum Ruf nach Systemänderung<sup>44)</sup>.

#### IV. Mögliche Folgerungen

Vor allem also scheint es das Zusammentreffen von postadoleszenten Lebenssituationen mit linken Delegitimierungstheoremen zu sein, das bei Jüngeren zur Herausbildung prinzipiell antidemokratischer Einstellungen oder — häufiger — zu Aversionen gegenüber

allen realen Erscheinungsformen und Regeln westlicher Demokratie führt.

Wenn diese Diagnose zutrifft — welche Folgerungen lassen sich im Interesse der Demokratie aus ihr ableiten? Sie können offenbar

<sup>39)</sup> R. Eckert, Jugendprotest in der Parteiendemokratie, in: Der Bürger im Staat 1982, S. 250 ff., hier S. 250 f.

<sup>40)</sup> U. Matz (Anm. 36), S. 31.

<sup>41)</sup> Institut für Demoskopie Allensbach (Anm. 8), S. 53 f.

<sup>42)</sup> Hierzu ausführlicher W. Rudzio, Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1983, S. 401 ff.

<sup>43)</sup> Infratest (Anm. 6), S. 87 ff.

<sup>44)</sup> G. Schmidtchen (Anm. 3), S. 277 f.; Infratest (Anm. 6), S. 89, 102.



nicht darin bestehen, hinter linksextremer Kritik herzulaufen und jeweils kritisierte gesellschaftliche oder politische Strukturen zu verändern. Wenn beispielsweise die Enquete-Kommission Jugendprotest des Bundestages für mehr soziale und demographische Repräsentativität der Mandatsträger, für klarere Parteienfinanzierungsregelungen und für die Abschaffung der Regelanfrage plädiert, andere Stimmen die Einführung von Volksentscheiden anregen<sup>45)</sup>, so mögen dies im übrigen bejahenswerte Vorstellungen sein (oder auch nicht) — die Erwartung aber, damit ließe sich das Abdriften in linke Demokratieaversionen stoppen, dürfte verfehlt sein. Entgegenkommende Lösungen müßten nämlich nicht nur häufig einem utopischen Forderungsniveau gegenüber abfallen, wahrscheinlich wäre das mobilisierende Skandalthema inzwischen auch längst gewechselt; Hochschulreformen, die Aufgabe Südvietnams u. a. m. sind Beispiele hierfür. Mehr noch: Auf anbiedernde Weise „verständnisvoll“ zu reagieren, bestätigt und verstärkt zudem die Legitimation linker Systemkritik in den Augen vieler. Dies impliziert gewiß kein Plädoyer für starre Reformablehnung, bedeutet aber, daß linker Demokratiekritik mit Reformen letztlich nicht das Wasser abgegraben werden kann.

Wirksame Folgerungen hätten — statt an Anlässen — vielmehr bei den Wahrnehmungs- und Verarbeitungsmustern anzusetzen, die linker Demokratiekritik Resonanz verschaffen:

— Idealistischen Erwartungsniveaus könnte ein realistisch-zynisches Politik- und Demokratieverständnis entgegenarbeiten, in welchem Demokratie nicht als Realisierung von Heilserwartungen erscheint. Der empirische Befund, daß Parteien von vielen Jugendlichen als egoistisch empfunden werden, müßte dann keineswegs mehr als problematisch, als „tiefgreifender Vertrauensschwund“ gewertet

<sup>45)</sup> M. Wissmann/R. Hauck (Anm. 35), S. 86f.; R. Eckert (Anm. 39), S. 253.

werden<sup>46)</sup>. Tatsächlich rechnet konstitutionelle Demokratie mit realen, auch durchschnittlichen und egoistischen Menschen. Gerade darin, auch diesen Menschen sowohl hinreichende demokratische Responsivität der Entscheidungsträger als auch persönliche Freiheiten zu gewährleisten, besteht ihre institutionelle Errungenschaft; sie lebt nicht vom edlen Politiker oder dem Idealismus einer Partei, sondern von antizipierender Reaktion auf die Wähler, von Checks and Balances etc.<sup>47)</sup>

— Ebenso sind einer Partizipationsromantik Partizipationsgrenzen entgegenzuhalten, wie sie sich empirisch beobachten und theoretisch erklären lassen. Der Befund, nur eine Minderheit der Jugendlichen sei zur Beteiligung bereit, müßte dann nicht als beunruhigendes Defizit gelten<sup>48)</sup>.

— Eine Vermittlung demokratischer Werte sollte zudem historische (nicht utopische) Alternativen westlicher Demokratie in die Betrachtung einbeziehen.

— Die Effekte der Postadoleszenzphase ließen sich schließlich durch ihre Verkürzung abschwächen, durch Stärkung von persönlichen Beziehungen zwischen den Generationen im Bildungsbereich sowie durch eine medienkritische Aufklärung, die die erwähnten Verzerrungsmechanismen bewußtmacht.

<sup>46)</sup> So K. Wasmund, *Das Verhältnis der Jugend zu Staat und Gesellschaft*, in: Ders. (Hrsg.), *Jugendliche — Neue Bewußtseinsformen und politische Verhaltensweisen*, Stuttgart u. a. 1982, S. 53ff., hier S. 66f. Die zynische Sicht, Politikern und Parteien primär egoistische Motive zu unterstellen, kann sich mit (wohl besonders stabiler) Demokratiebejahung durchaus verbinden: Tatsächlich teilen diese Sicht mehr als 60% der Bürger der Bundesrepublik, von denen wiederum über 60% Zufriedenheit mit der Demokratie bekunden. M. Kuchler, *Staats-, Parteien- oder Politikverdrossenheit?*, in: J. Raschke (Hrsg.), *Bürger und Parteien*, Opladen 1982, S. 39ff., hier S. 52f.

<sup>47)</sup> Ausführlicher zur Kritik eines idealistisch-normativen Politik- und Demokratieverständnisses W. Rudzio, *Gefährdungen der Freiheit — Karl Jaspers als politischer Schriftsteller*, in: R. Lengert (Hrsg.), *Philosophie der Freiheit*, Oldenburg 1983, S. 63ff., hier S. 71ff.

<sup>48)</sup> K. Wasmund (Anm. 46), S. 69.



# Die neuen sozialen Bewegungen als Herausforderung des politischen Unterrichts

## I. Zur Aufgabe der Didaktik

Besonders im politischen Unterricht wird deutlich, daß der Lehrer im Schnittpunkt verschiedener, manchmal gegenläufiger Einflußfaktoren steht: Als Beamter ist er zur Beachtung und Realisierung der staatlichen Richtlinien für den Unterricht in der Schule verpflichtet. Als Pädagoge ist ihm die Aufgabe, Anwalt des Kindes und der Jugendlichen zu sein, zugewiesen. Als „gesellschaftliches Wesen“ nimmt er zugleich teil an dem Streit der Meinungen über Politik und an den bewegenden Ideen, welche eine mehr oder weniger große Zahl von Menschen ergreifen.

Widerstreiten diese Einflüsse einander, kann dies zur Zerreißprobe werden. Die Friedenthematik hat dies z. B. weithin sichtbar gemacht. Sie hat auf dem Boden der Schule eine Gegensätzlichkeit der Absichten und Anforderungen provoziert, deren Tiefe folgende Zitate spiegeln:

Ein Lehrer: „In dieser Situation kann es nicht Schwerpunkt des zweiten deutschen Pädagogen-Friedenskongresses sein, Probleme der Didaktik der Friedenserziehung zu behandeln — so wichtig diese Probleme auch sind; seine Hauptaufgabe liegt vielmehr darin, einen so bald wie möglich wirksamen Widerstand zu planen und zu organisieren helfen gegen den Wahnsinn der Hochrüstung.“<sup>1)</sup>

Entwurf einer Empfehlung der Kultusministerkonferenz, vorgelegt von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz unter dem Thema „Friedenssicherung und Bundeswehr im Unterricht“: „Die verstärkte unterrichtliche Aufarbeitung des Themas soll dazu beitragen, daß Notwendigkeit und Auftrag der Bundeswehr als Teil unserer Friedenspolitik einsichtig gemacht werden können ... Das schließt die unterrichtliche Behandlung anderer Konzepte der Friedenssicherung nicht aus; jedoch sollen die Aufgaben der Bundeswehr so verständlich gemacht werden, daß sie von den

Schülern als notwendig anerkannt werden können.“<sup>2)</sup>

Wenn die erstgenannte Auffassung den Unterricht bestimmt, dann ist es konsequent, daß Lehrer zusammen mit Schülern innerhalb der Unterrichtszeit an Friedensdemonstrationen teilnehmen, wie es aus Anlaß der Demonstration am 22. Oktober 1983 auch geschehen ist. Damals haben sich die Konflikte gezeigt, die durch die Befolgung dieser Auffassung entstehen können: Von den einen wurde eine solche Teilnahme durch administrative Maßnahmen verhindert, von den anderen wurde Nichtteilnehmern vorgeworfen, daß sie dann für den Krieg seien<sup>3)</sup>. Den in der Friedensbewegung engagierten Lehrern wird gelegentlich der Vorwurf der „Indoktrination“ gemacht<sup>4)</sup>. Dieser Vorwurf — ob berechtigt oder nicht — kann signalisieren, daß bei den Kritisierten politischer Unterricht die Funktion der *Verstärkung* erhält: Der Lehrer gibt Impulse der gesellschaftlichen Bewegungen in den Unterricht ein und intensiviert sie dadurch.

In dem zweiten Zitat hat der politische Unterricht die Funktion der *Abwehr*: Der wachsenden Bereitschaft von Jugendlichen, den Kriegsdienst zu verweigern, soll durch einen Unterricht begegnet werden, dessen Ziel es ist, eine Zustimmung zur Bundeswehr zu erzeugen.

Selbständiges politisches Urteil jedoch würde einen inhaltlich offenen Unterricht voraussetzen, wie er etwa in dem kontroversen Entwurf einer Empfehlung der Kultusminister der sozialdemokratischen Länder beschrieben wurde: „Es darf keine Form der Bemühungen um Frieden von vorneherein als die richtige, einzig mögliche, realistische deklariert oder als die falsche bzw. utopische oder gar vom ‚Gegner gesteuerte‘ diskriminiert werden.“<sup>5)</sup>

<sup>1)</sup> Neue Deutsche Schule (GEW-Landesverband NRW), (1983) 19, S. 4.

*Überarbeitete Fassung eines Vortrages für den 2. Bundeskongress für politische Bildung der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung in Berlin vom 23. bis 25. Februar 1984.*

<sup>2)</sup> Zit. bei P. Ackermann/W. Glashagen (Hrsg.), Friedenssicherung als pädagogisches Problem in beiden deutschen Staaten, Stuttgart 1983, S. 199, 201.

<sup>3)</sup> Der nordrhein-westfälische Kultusminister Jürgen Girsensohn in einem Interview in der Westfälischen Rundschau vom 15. 10. 1983.

<sup>4)</sup> Vgl. Neue Deutsche Schule, (1984) 21, S. 15.

<sup>5)</sup> Zit. bei P. Ackermann/U. Glashagen (Anm. 2), S. 214.



Die folgenden Ausführungen werden von einem Verständnis des politischen Unterrichts geleitet, welches der letztgenannten Auffassung nahe steht. Danach haben Didaktik und politischer Unterricht nicht die Aufgabe der Verstärkung oder der Abwehr der in der Gesellschaft sich entwickelnden Meinungen, Ideen und Bewegungen; ihnen obliegt vielmehr deren *Verarbeitung* in der Form der didaktischen Reflexion. Dies besagt folgende *These*:

*Die Aufgabe der Didaktik des politischen Unterrichts ist nicht das bloße Reagieren auf staatliche Weisungen oder auf Wertpostulate und Problemdefinitionen der Gesellschaft, sondern deren Verarbeitung und die Suche nach „Antworten“ aufgrund von didaktischen Prinzipien.*

## II. Herausforderungen

Zunächst sollen diese „Herausforderungen“ beschrieben werden; dabei soll freilich eine übersteigerte Bedeutung dieses Begriffes vermieden werden. Er sei hier im Sinne von Anforderung oder Aufforderung verstanden, die sich aus der Umwelt an die Schule richtet oder die vom Lehrer für seinen Unterricht aufgegriffen wird.

Es handelt sich hierbei um die Veränderungen auf dem Feld der Politik, die durch das Auftreten und durch die Resonanz der „Bewegungen“ bewirkt worden sind: Friedensbewegung, Ökologiebewegung, Alternativbewegung und andere. Davon sind viele von den Schülern, aber auch viele von Lehrern beeinflusst, andere stehen ihnen teilweise heftig ablehnend gegenüber. Insofern stellen sie durch Intensität und Umstrittenheit eine Herausforderung an das didaktische Denken dar.

Im folgenden werden einige Merkmale dieser Herausforderungen zusammengestellt und hinsichtlich Form, Problemwahrnehmung, Problemverarbeitung und Deutungsmuster geordnet.

### 1. Die Bedeutung der „Bewegungen“

*These: Träger einer „Neuen Politik“ sind „soziale Bewegungen“, nicht die traditionellen Akteure der politischen Bühne.*

Mit „Neuer Politik“ bezeichnen Hildebrandt/Dalton Änderungen von Wertorientierungen und Zielsetzungen in der Politik, die in der Bundesrepublik seit den siebziger Jahren zu beobachten sind<sup>6)</sup>. Sie wurden zuerst von der

Soziale Bewegungen der Gegenwart, für welche die Friedensbewegung hier zunächst als Beispiel diene, werden nach dieser Auffassung als „Herausforderung“ ernst genommen. Jedoch sucht die Didaktik eine gewisse Distanz zu den Anforderungen und Aufforderungen, die an den Unterricht herangetragen werden, von welcher Seite auch immer. Diese Distanz gewinnt sie durch eine didaktische Reflexion, die sich auf Prinzipien rückbezieht. Die von ihr vorgeschlagenen „Antworten“ sind dann als Versuche zu begreifen, eine pädagogische Absicht zu verwirklichen: den Schülern Möglichkeiten und Fähigkeiten eigener Problemverarbeitung zu vermitteln. Wie das geschehen kann, soll in den folgenden Ausführungen erprobt werden.

Ökologiebewegung getragen, später auch von der Friedensbewegung. An diesen Bewegungen läßt sich eine erhebliche Strukturveränderung von Politik, genauer: der Form des politischen Prozesses beobachten.

Sie ergibt sich vor allem aus den Merkmalen von „sozialen Bewegungen“<sup>7)</sup>. Diese weisen nur ein Minimum an organisatorischer Struktur auf, können daher sehr schwer als Gruppe oder Organisation von ihrer sozialen Umwelt abgegrenzt werden; sie bestehen häufig nur aus einem lockeren Zusammenschluß kleiner Gruppen oder Initiativen. Soziale Bewegungen haben auf die Veränderungen sozialer und politischer Verhältnisse gerichtete Ziele, die vor allem durch direkte Aktionen verwirklicht werden sollen. Dies macht Dynamik erforderlich; die soziale Bewegung existiert daher in erster Linie als „Bewegung“.

Die Friedensbewegung kann auch hier als Beispiel herangezogen werden. Für sie ist kennzeichnend, daß es *die* Friedensbewegung eigentlich nicht gibt, daß sie vielmehr eine heterogene und lockere Assoziation von mehr oder weniger autonomen Friedensinitiativen bildet<sup>8)</sup>. Daher stellt sie sich im Bewußtsein der Öffentlichkeit nur in den Groß-

Wahlsoziologie heute. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1976, hrsg. von M. Kaase, PVS, (1977) 2/3, S. 230—256.

<sup>7)</sup> Zur Begriffsbestimmung vgl. R. Heberle, Hauptprobleme der politischen Soziologie, Stuttgart 1967, S. 9—12; O. Rammstedt, Soziale Bewegung, Frankfurt 1978, S. 127—135; K.-W. Brand/D. Büsler/D. Rucht, Aufbruch in eine neue Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik, Frankfurt 1983, S. 36 f.

<sup>8)</sup> K.-W. Brand (Anm. 7). S. 227.

<sup>6)</sup> K. Hildebrandt/R. J. Dalton, Die neue Politik. Politischer Wandel oder Schönwetterpolitik?, in:



demonstrationen und in den Aktionen als Ganzes dar, nicht aber durch eine dauerhafte organisatorische Gliederung wie z. B. die politischen Parteien.

Für die Alternativ- und die Ökologiebewegung gilt ein weiteres Merkmal: die Ablehnung einer Beteiligung an repräsentativen Verfahren. Daher bestehen ihre Vertreter, soweit sie politisch aktiv werden, auf dem imperativen Mandat, auf Rückrufbarkeit der Repräsentanten, dem Rotationsprinzip und auf einer strikten Dezentralisierung der politischen Entscheidung durch Bindung an die jeweilige Basis. Dieses Merkmal verweist zunächst einmal auf den Widerstand innerhalb der Bewegungen gegen formalisierte Organisationsformen. Andererseits ist daran auch eine starke Motivation zu erkennen, in unmittelbarer Weise durch politische Partizipation auf die Politik einzuwirken. Beides zusammen stellt in einer Gesellschaft der Großorganisationen einen schwer überbrückbaren Widerspruch dar.

## 2. Problemwahrnehmung

*These: Es erfolgt eine charakteristische Problemwahrnehmung und Problemselektion; Vorrang haben*

- ökologische Problematik,
- Friedensproblematik,
- Werteproblematik,
- Dritte-Welt-Problematik.

Jedes dieser Probleme wird durch eine Bewegung repräsentiert, andere ordnen sich jedoch auch mehreren dieser Probleme zu, so die Frauenbewegung und die Alternativbewegung. Diese Problemselektion kennzeichnet die Inhalte und Wertemuster der „Neuen Politik“.

Unter „Alter Politik“ verstehen Hildebrandt/Dalton<sup>9)</sup> die Orientierung der Politik an ökonomischer Stabilität, Aufrechterhaltung der überkommenen Sozialordnungen, innerer Ruhe und Sicherheit, an Sicherheitspolitik nach außen und der Bewahrung des Einflusses in den internationalen Beziehungen. „Neue Politik“ ist demgegenüber weniger an Zielen als den thematisierten Problemen festzumachen: Umweltschutz, Atomenergie, Gleichberechtigung, Bedrohung durch atomare Waffen. Dahinter ist eine Wertverschiebung weg von den „materialistischen“ und hin zu den „nicht-materialistischen“ Werten wie Selbstverwirklichung und gesellschaftlicher Teilhabe zu erkennen.

<sup>9)</sup> K. Hildebrandt/R. J. Dalton (Anm. 6), S. 236f.

Diese Wertverschiebung äußert sich z. B. in der radikalen Kritik an der Wachstumsgesellschaft; deren am Prinzip der Effizienz orientierten Ökonomie wird die „Schattenwirtschaft“ alternativer Projekte gegenübergestellt. Die Idee der „sanften Technik“ gilt als Gegenmodell gegen die Großtechnologie der modernen Industrie; „sanft“ sind dabei z. B. niedriger Energiebedarf, Recycling, geringere Spezialisierung. In der Alternativbewegung werden diese Vorstellungen nicht nur zum politischen Programm erhoben; dieses Programm gilt auch als Maxime zur Veränderung des persönlichen Lebensstils. Es besteht eine enge „Verbindung von Gesellschaftskritik und persönlicher Lebensführung“<sup>10)</sup>, aus der sich ein neuer Lebensstil entwickeln soll: bewußte Konsumwahl (z. B. Dritte-Welt-Produkte), sparsamer Umgang mit Energie, asketische Lebensführung, solidarisches Sozialverhalten.

## 3. Problemverarbeitung

*These: Es erfolgt eine charakteristische Problemverarbeitung, die sich in folgenden Verhaltensweisen äußert:*

- Tendenz zum Freund-Feind-Denken,
- Neigung zu Kompromißfeindlichkeit,
- Streben nach „radikalen“ Lösungen,
- Wunsch nach „direkter“ Aktion.

Die Vorstellung von einem drohenden Atomkrieg, die schwindenden Energiereserven, das langsame Sterben der Natur — dies alles erzeugt bei vielen Menschen unserer Gesellschaft Angst. Sie zwingt zu einer Unerbittlichkeit der Forderungen: Frieden um jeden Preis, Ökologie statt Ökonomie. Das hat vielfach zur Folge, daß die Verfahren, mit politischen Problemen und dem politischen Gegner umzugehen, sich grundlegend ändern.

Wer nicht gegen die Nachrüstung eintritt, ist für den Krieg: Dies ist das Muster des Schwarz-Weiß-Denkens, durch welches der Andersdenkende zum politischen Feind gestempelt wird. Die Rechtfertigung für eine solche Haltung liegt im Absoluten: Wo die Alternative nur noch im Untergang der Menschheit gesehen wird, ist jedes Mittel recht, das vor der Katastrophe bewahrt. „Was wir gegenwärtig erleben, ist ja nichts Geringeres als ein öffentlicher Streit über Leben und Tod dieser Gesellschaft.“<sup>11)</sup> Wenn die

<sup>10)</sup> K.-W. Brand (Anm. 7), S. 100.

<sup>11)</sup> H. E. Bahr, zit. bei B. Guggenberger, Krise der repräsentativen Demokratie?, in: ders. (Hrsg.), Bürgerinitiativen und repräsentatives System, Opladen 1978, S. 37.



Fülle der Möglichkeiten auf die Alternative Tod oder Leben reduziert wird, dann gibt es in der Tat kein „Zwischen“ mehr.

Daher entspricht diesem Denkmuster die Kompromißfeindlichkeit, die viele der in den Bewegungen Aktiven kennzeichnet. Der Hamburger Abgeordnete der GAL, Ebermann, erklärte in einem „Spiegel“-Gespräch, daß Kompromißfähigkeit für sie kein Lernziel sei<sup>12)</sup>. Absolute Forderungen werden gestellt, denen gegenüber kein Ausweichen möglich ist: „So ergibt die Anwendung der Öko-Ethik, daß von der jeweils eigenen Seite ... ein nötigenfalls einseitiger Übergang letztlich zu gewaltfreier Verteidigung als geschichtlich notwendig zu fordern ist.“<sup>13)</sup> Angesichts der Geschichte als metaphysischer Instanz verblasen alle anderen Möglichkeiten der Friedenssicherung wie Rüstungskontrolle, bilaterale oder multilaterale Verhandlungen.

Absolute Ziele rechtfertigen auch die Gewalt als Mittel zu ihrer Realisierung. Ein Theologe schrieb: „Die Legitimation für Androhung und Anwendung von Gewalt besteht also darin, menschenwürdige Zustände zu schaffen, Recht im Sinne von Gerechtigkeit und Frieden zu bringen.“<sup>14)</sup>

Mit diesem Zitat ist die Gewaltfrage keineswegs geklärt. In der Ökologie- und Friedensbewegung ist sie bekanntlich sehr umstritten, und sicherlich bekennt sich die Mehrzahl ihrer Anhänger zum Prinzip der Gewaltfreiheit. Daher ist zunächst noch ein anderes Merkmal hervorzuheben: das Streben nach „direkter“ Aktion. Es ist ein großes Bedürfnis nach unmittelbar wirkender politischer Beteiligung in Form von Aktionen zu beobachten. Eine Befragung von Studenten ergab: „Bei dem Stichwort ‚politisches Handeln‘ ist schnell von Aktionen die Rede.“<sup>15)</sup> Gemeint ist damit: Nicht die Kleinarbeit des politischen Alltags steht im Zentrum des Bewußtseins, sondern die Bauplatzbesetzung in Gorleben oder die Großdemonstration in Bonn. Aktionen als Form der politischen Beteiligung sind aber häufig nur als bewußte Regelverletzungen zu praktizieren. Daraus ergibt sich die zwiespältige Haltung gegenüber der Gewaltfrage: Wenn die Regelverletzung die polizeiliche Gegenmaßnahme hervorruft, dann ist die

Rechtfertigung für eine gewaltsame Gegenreaktion nicht mehr so weit hergeholt.

Direkte Aktion als Handlungsmuster ist der Versuch, auf Politik außerhalb der institutionalisierten Kanäle einzuwirken: um schneller und sichtbarer Erfolg zu erlangen als auf den Alltagsbahnen der Politik

#### 4. Der fundamentale Wertkonflikt

*These: Das Denkmuster, aus dem heraus die „Bewegungen“ leben, ist der fundamentale Wertkonflikt „materialistisch-postmaterialistisch“.*

Der Übergang von der „Alten“ zur „Neuen“ Politik hat zum Hintergrund einen Wertwandel, wie er in den hochindustrialisierten westlichen Gesellschaften allgemein festgestellt worden ist. Nach Inglehardt werden die „materialistischen“ Werte allmählich von den „postmaterialistischen“ ersetzt<sup>16)</sup>.

Aus der Perspektive der Bewegungen ist dieser Wertwandel als Programm zu verstehen; er gilt als der „gegenkulturelle Protest“<sup>17)</sup> gegen die Normen der Industrie- und Konsumgesellschaft. Diese Abwendung von der tradierten Lebensform ist für viele zugleich ein Weg auf der Suche nach neuen Werten; in Stichworten lassen sich derartige aufzählen: Aufwertung der Irrationalität, Suche nach „sanfter“ Technologie, Befriedigung „authentischer“ Bedürfnisse in der Wirtschaftsgesellschaft oder gegen sie, das Erlebnis solidarischer Beziehungen im gemeinsamen Handeln.

In der politischen Auseinandersetzung wird dieser „gegenkulturelle Protest“ zum fundamentalen Wertekonflikt, z. B. zwischen Ökologen und Ökonomen, zugespitzt. Die Bürgerinitiativen, so heißt es, erheben den Anspruch, „Partei des Lebens“ zu sein, sie kämpfen gegen die etablierten „Parteien des Todes“<sup>18)</sup>. Für Guggenberger ist diese Vorstellung der gedankliche Hintergrund für den „geistigen Bürgerkrieg“<sup>19)</sup> — ein Wort, mit dem er seine Auffassung von einer fundamentalen Spaltung der Gesellschaft auf den Begriff bringt. Sie erklärt für ihn zugleich die Krise der parlamentarischen Demokratie.

<sup>12)</sup> Der Spiegel, Nr. 38 vom 20. 9. 1982, S. 49.

<sup>13)</sup> P. Kern/H.-G. Wittig, Die Friedensbewegung — zu radikal oder gar nicht radikal genug?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 17/83, S. 43.

<sup>14)</sup> A. Weber, in: Deutsches Pfarrerblatt, Mai 1969, zit. nach Chr. Graf von Krockow, Gewalt für den Frieden? Die politische Kultur des Konflikts, München 1983, S. 26.

<sup>15)</sup> P. Glotz/W. Malanowski, Student heute, Reinbek 1982, S. 135.

<sup>16)</sup> Vgl. K. Hildebrandt/R. J. Dalton (Anm. 6), S. 236.

<sup>17)</sup> K.-W. Brand (Anm. 7), S. 250.

<sup>18)</sup> R. Vogt, in: Frankfurter Rundschau vom 5. 5. 1978, zit. nach B. Guggenberger (Anm. 11), S. 37.

<sup>19)</sup> Ebd., S. 38.



### III. Antworten der Didaktik des politischen Unterrichts

Die „Herausforderungen“ wurden bisher im Sinne von Tendenzen dargestellt, und das meint: Der einzelne Lehrer kann (aber muß nicht unbedingt) damit rechnen, daß derartige Problemdefinitionen und Verhaltensmuster von seinen Schülern vertreten werden oder daß er sie selber wegen Dringlichkeit und Aktualität thematisiert. Hingegen sollen die „Antworten“ nicht so verstanden werden, als halte die Didaktik des politischen Unterrichts für die genannten politischen Probleme und Phänomene jeweils eine treffende Lösung bereit. Didaktik setzt nicht inhaltliche Ergebnisse fest, sondern definiert eine pädagogische Aufgabe, und diese besteht angesichts der beschriebenen Sachverhalte darin, Kompetenzen zu vermitteln, welche Lernende erwerben sollen. Die Antworten ergeben sich infolgedessen aus der Frage: Mit welchen Denkverfahren und in welcher Sozialform sollte ein Nachdenken über dringliche politische Probleme erfolgen?

Aus dieser didaktischen Fragestellung werden im folgenden die „Antworten“ entwickelt und den beschriebenen „Herausforderungen“ jeweils zugeordnet.

#### 1. Institutionenkunde

*These: Das Phänomen der „Bewegungen“ macht eine „neue“, kritische Institutionenkunde erforderlich, in welcher die problematisierten Grundfragen des demokratischen Systems geklärt werden: Mehrheitsprinzip, Repräsentationsprinzip, Legitimationsverfahren, Widerstandsbegriff und -recht u. a.*

Ohne Zweifel sind durch die neuen sozialen Bewegungen, insbesondere durch die Ökologiebewegung, die institutionellen Selbstverständlichkeiten unseres politischen Systems problematisiert worden. Darin liegt eine didaktische Chance: Die Aufmerksamkeit für bisher langweilig erscheinende Formalia ist geschärft worden. Jedoch darf eine didaktische Notwendigkeit nicht übersehen werden: Es besteht ja die Gefahr, daß Formen, die für die friedliche Regelung von Konflikten in einer Gesellschaft unentbehrlich sind, vor schnell über Bord geworfen werden. Es sei hier der Streit über die Geltung der Mehrheitsregel als Beispiel angeführt.

B. Guggenberger beschreibt die Auffassung der Bürgerinitiativen: Angesichts von regierungsamtlich gestützten „Selbstmordprogrammen“ sei der Wille der Mehrheit nicht ohne weiteres mit dem der Gesamtheit gleichzuset-

zen: „Die ‚innere Richtigkeit‘, welche, rousseauistisch gesprochen, den wahrhaften Gemeinwillen auszeichne, spreche eher dafür, daß sich in der eigenverantwortlichen Willensbekundung und Wertberufung einer sozialaktiven Minderheit die rechte Einsicht finde.“<sup>20)</sup>

Demgegenüber stellt Hans-Hermann Hartwich fest: „Andererseits: Was ist ‚wahr‘ in der Politik, was ‚richtig‘ für alle in der Demokratie? ... Diese Frage kann man nicht beantworten, wenn man nicht gleichzeitig fragt: ‚Wer definiert das Wahre, wer definiert das Richtige?‘“<sup>21)</sup>

Zunächst erscheint es einleuchtend, wenn gesagt wird, daß die Mehrheitsregel nicht mehr gelten könne, weil eine neue Qualität von politischen Entscheidungen aufgetreten sei, nämlich solche, die irreversibel seien. Aber man darf nicht übersehen, daß auch das Kriterium der Irreversibilität eine Setzung ist, die im Streit der Experten unterschiedlich bewertet wird. Sie ist kein absolutes Wahrheitskriterium; infolgedessen muß auch hier eine Regel der erträglichen Entscheidungsfindung angewendet werden, also das Mehrheitsprinzip. Als Alternative bleibt sonst nur die autoritäre Herrschaft einer kleinen Elite („sozialaktive Minderheit“).

Die hier empfohlene Institutionenkunde ist nicht als Apologie eines institutionellen Status quo zu verstehen, sondern enthält die Intention, daß Schüler institutionelle Regelungen als Voraussetzungen für politische Entscheidungen kennenlernen und über ihre Bedeutung und ihre Reformierbarkeit nachdenken. Sie greift demzufolge Themen auf, welche von den sozialen Bewegungen kritisch zur Sprache gebracht worden sind. Die Notwendigkeit der Klärungen ergibt sich jedoch daraus, daß für diese institutionellen Probleme nur in den Programmen der Grünen eindeutige Antworten stehen. Dagegen demonstriert deren politische Praxis, daß mit dem Übergang der „Bewegung“ zur Partei diese Lösungen (z. B. Rotationsprinzip, Ablehnung des Kompromisses) fragwürdig werden, weil sie zur Wirkungslosigkeit und zu übermäßigen Reibungsverlusten führen. So machte der ehemalige baden-württembergische Landtagsabgeordnete der Grünen, Hasenclever, gegen das Rotationsprinzip den

<sup>20)</sup> B. Guggenberger (Anm. 11), S. 44.

<sup>21)</sup> H. H. Hartwich, Zum Bedeutungswandel des Demokratiebegriffs in der Bundesrepublik, in: Gegenwartskunde, (1981) 1, S. 21.



Einwand: Es verhindere, „daß grüne Politik personell und damit auch sachlich an Kontinuität und Zuverlässigkeit gewinnt“<sup>22</sup>).

Kritisch verhält sich eine solche Institutionenkunde, wenn sie die Probleme aufgreift, welche die Ökologiebewegung zu dem anti-parlamentarischen Protest und zur Forderung nach Basisdemokratie veranlaßt haben. Andererseits hat diese Institutionenkunde jedoch auch die Aufgabe, diesen antiinstitutionellen Affekt zu problematisieren. Sie korrigiert die Vorstellung, die bei Anhängern der sozialen Bewegungen leicht entstehen kann oder sich festgesetzt hat: Politik könne in der modernen Gesellschaft in dem losen Rahmen von sozialen Bewegungen, in der Unmittelbarkeit vieler kleiner Basisgruppen, also in der Dezentralität gemacht werden.

## 2. Themen der „Alten Politik“

*These: Die Problemwahrnehmung und -selektion der „Bewegungen“ kann akzeptiert werden, sollte aber ergänzt werden um die Themen der „Alten Politik“ (Verteilung — Arbeitswelt — Wirtschaftspolitik).*

Didaktik korrigiert die Ausschließlichkeit, mit welcher durch die sozialen Bewegungen die von ihr repräsentierten Probleme in das Bewußtsein gehoben werden. Sie berücksichtigt dabei, daß politische Probleme das Resultat von kollektiven Definitionen und somit Ergebnis eines politischen Prozesses sind. Die Bewegungen stellen eine Art „Gegenmacht“ gegen die Definitionsmacht der einflußreichen Gruppen und Organisationen in unserem politischen System dar, denen gegenüber spektakuläre Aktionen durchaus auch eine Funktion haben. Es ist ja kein Zweifel, daß ohne die Ökologiebewegung die Umweltproblematik in den Programmen der politischen Parteien kaum Eingang gefunden hätte. Demgegenüber kann der Lehrer jedoch nicht übersehen, daß es nach wie vor auch die „herkömmlichen“ Themen gibt, z. B. die Beschäftigungsproblematik angesichts der elektronischen Revolution in der Industrie.

Auch die Alternativbewegung wird ja mit traditionellen Themen konfrontiert. In den alternativen Projekten z. B. stellt sich das Problem der Arbeitsüberlastung und damit der Selbstausbeutung; ferner erkennen ihre Mitglieder, daß der Fortbestand solcher Produktionsformen nur dann auf Dauer gesichert ist, wenn

das Kriterium der Wirtschaftlichkeit berücksichtigt wird<sup>23</sup>).

Wiederum handelt es sich um eine Korrekturfunktion der Didaktik, hier um die Korrektur der aus der Umwelt in den Unterricht hineingetragenen Problemselektion.

## 3. Kritische Reflexion

*These: Die Problemverarbeitung muß die kritische Reflexion der eigenen Position zulassen:*

— „Kontroverses Denken“ als didaktisches Prinzip und als Lernziel, d. h. die Ermittlung von Komplexität und das Aufsuchen und Prüfen von Alternativen.

— Probleme antinomisch definieren, d. h. angesichts von problematischen Sachverhalten die Frage nach den Gefahren und Chancen stellen.

— Berücksichtigung des Kriteriums der „Möglichkeit“ bei Zielentwürfen und bei der Mittelwahl.

Das „Kontroverse Denken“ ist der Suche nach dem Absoluten entgegengesetzt. Es soll hier als Muster der Problemverarbeitung verstanden werden und gilt somit als Lernziel. Gemeint ist damit eine Denkfähigkeit, durch welche der einzelne an einem Sachverhalt die Vielfalt entdeckt. Das ist zunächst der *sachstrukturelle Aspekt*: Die Vielfalt resultiert aus der Komplexität der Sache. Hinzu tritt der *kommunikative Aspekt*: Mit der Entdeckung der Komplexität erkennt man an, daß andere eine andere Sicht auf den Sachverhalt haben können, und erwirbt dadurch die Fähigkeit, auf Argumente des Dialogpartners einzugehen. Zu berücksichtigen ist auch der *politische Aspekt*: Politische Entscheidungen werden angesichts von Konflikten und Kontroversen, also auf dem Wege über die Auseinandersetzung zwischen konfligierenden Gruppen über alternative Ziele getroffen. Das erfordert ein Durchdenken des Für und Wider<sup>24</sup>).

Es ist sicherlich nicht leicht, angesichts von Grenzsituationen dieses didaktische Prinzip des „kontroversen Denkens“ durchzuhalten. Unter der Drohung einer atomaren Katastrophe erscheint der Verzicht auf jegliche Waffen als rettender Ausweg. Das scheint der Grund für die Faszination zu sein, welche z. B. die Strategie der gewaltlosen sozialen Vertei-

<sup>22</sup>) W.-D. Hasenclever, Die Grünen. Signal für das Ende des herkömmlichen Parteiensystems, in: Chr. Graf von Krockow (Hrsg.), Brauchen wir ein neues Parteiensystem?, Reinbek 1983, S. 154.

<sup>23</sup>) W. Hollstein, Die Gegengesellschaft. Alternative Lebensformen, Reinbek 1981, S. 196.

<sup>24</sup>) W. Gagel, Einführung in die Didaktik des politischen Unterrichts, Opladen 1983, S. 137.



digung auf viele ausübt. Doch verhindert diese Faszination allzuleicht eine Kritik, welche die Chancen und Grenzen ihrer Realisierbarkeit wirklichkeitsnah auslotet. Denn zur Komplexität der Sache gehört es, daß man auch die „Lücken“, welche dieses Konzept enthält, aufdeckt.

Beispielsweise ist zu prüfen, wovon die Wirksamkeit des sog. Konversionseffektes abhängt, welcher beim Gegner, der ins eigene Land eindringt, erzeugt werden soll. Ferner ist zu fragen, wie und unter welchen Kosten der Bedarf an Disziplin zu decken ist, welche dieser Strategie der eigenen Bevölkerung auferlegt. Schließlich muß gefragt werden, ob auch in Betracht gezogen worden ist, daß der Gegner die ihm ja bekannte Strategie durchkreuzen kann<sup>25)</sup>.

Solche Relativierungen können ebenfalls lebenswichtig sein. Aber sie sind freilich dann nicht möglich, wenn man sich in einer endzeitlichen Situation zu befinden glaubt — den rettenden Strohalm ergreift man ohne langes Nachdenken! „Kontroverses Denken“ versucht hingegen, aus der Sackgasse selbstdefinierter Grenzsituationen hinauszuführen und die Vorstellung zu stärken, daß es auch angesichts von Gefahren noch Spielräume des Denkens und Handelns gibt, die genutzt werden können.

#### 4. Verarbeitung von Wertkonflikten

*These: Der Wertkonflikt sollte nicht negiert werden; Aufgabe der Didaktik ist es, eine Form der dialogischen Verarbeitung zu lehren, und das bedeutet:*

— statt „Entweder-Oder“ das „Sowohl-als-auch“, Vermeidung des „politischen Reduktionismus“;

— statt Konfrontation von Glaubenspositionen die Formalisierung des Wertproblems durch Regeln der dialogischen Wertediskussion;

— Verwendung des Universalisierungsprinzips als generelle Dialogregel.

Eine durchaus mögliche Unterrichtssituation wird in folgendem Beispiel beschrieben:

Der Autor eines Unterrichtsbeispiels über „Parteien im Parteienstaat“ überlegt, daß sich bei diesem Thema die Schüler „aus mindestens zwei durchaus heterogenen Gruppen zusammensetzen, die sich wechselseitig gegeneinander abschotten“. Der Autor sieht die

Gefahr, daß aus dem Unterricht allzu schnell ein Lehrgang in „grüner“ Ideologie werden könne, aber auch die andere, daß es zu einer Art Unterdrückung postmaterieller Meinungen komme, wenn die Lerngruppe traditionell orientiert ist. Ihm erscheint es daher als notwendig, „Möglichkeit und Perspektiven einer rationalen Kommunikation zwischen beiden Gruppen aufrechtzuerhalten, Vorurteile abzubauen und den Grundkonsens zwischen beiden Gruppen zu sichern“<sup>26)</sup>.

Eine derartige Lernsituation könnte man als Widerspiegelung des „geistigen Bürgerkrieges“ im Unterricht deuten. Akzeptiert man die These vom fundamentalen Wertkonflikt, dann erscheint die Trennungslinie zwischen den beiden Gruppen als unüberbrückbarer Graben. Was bleibt dem Lehrer da noch anderes übrig, als sich auf eine der beiden Seiten zu schlagen oder aber der Ratlosigkeit zu verfallen?

Ein dritter Weg besteht jedoch darin, das Diskussionsthema umzudefinieren: Es lautet dann nicht mehr: „Brauchen wir eine neue Partei?“ sondern: „Wie kann eine Diskussion über die Zukunft unserer Gesellschaft geführt werden?“ Bei der beschriebenen Konfrontation ging es ja um die Frage, ob die „Ökonomen“ oder die „Ökologen“ recht haben. Diesen Streit kann der Lehrer nicht schlichten, wenn er es vermeiden will, autoritär oder dogmatisch zu sein. Aber er kann den Schülern bewußt machen, wie sie angesichts eines zu lösenden Problems (z. B. Energieknappheit) zu einer Entscheidung gelangen können und vor allem, welche Qualität diese Entscheidung haben kann.

Diese Qualität ist daran zu bemessen, ob der Jugendliche, auf welcher Seite er auch stehen mag, diese Entscheidung vor sich und anderen verantworten kann, weil zwar nicht das Ergebnis, aber die Entscheidungskriterien auch für andere gültig sind und weil er die Folgen mitbedacht hat, die diese Entscheidung für andere haben kann. Die Kontroverse wird demnach nicht vom Lehrer *entschieden*, aber ihr Verlauf wird von ihm *reguliert*, die Qualität der Argumentation wird gehoben<sup>27)</sup>.

Das ist gemeint, wenn in der These gefordert wird, angesichts von Wertkonflikten eine Form der dialogischen Verarbeitung zu lehren. Setzt man trotz der unüberbrückbar er-

<sup>25)</sup> D. Frei, Friedenssicherung durch Gewaltverzicht?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 15—16/83, S. 13.

<sup>26)</sup> H. Uppendahl, Parteien im Parteienstaat. Didaktische Überlegungen zur Planung einer Unterrichtseinheit für die Sek. II, in: Politische Bildung, (1981) 2, S. 78.

<sup>27)</sup> Vgl. hierzu W. Gagel (Anm. 24), S. 166.



scheinenden Gegensätze doch eine Gemeinsamkeit voraus, nämlich den Willen, eine für alle gültige Entscheidung zu treffen, dann bedeutet dies, daß sich die politischen Gegner einem gemeinsamen Geltungskriterium unterstellen. Dieses Kriterium ist das Universalisierungsprinzip, das Kriterium der Verallgemeinerungsfähigkeit. Dies besagt, daß der Handelnde prüft, ob nach den von ihm gewählten Grundsätzen auch alle anderen Menschen handeln können. Dies stellt eine Dialogregel dar, durch welche der Lehrer politische Kontroversen in seiner Lerngruppe regulieren kann.

Unterhalb dieser Dialogregel setzt die Suche nach den Beurteilungskriterien an. So werden z. B. als „Kriterien für Energieversorgungssysteme“ vorgeschlagen<sup>28)</sup>:

1. Existenzerhaltung
2. Effizienz
3. Handlungsfreiheit
4. Sicherheit
5. Wandlungsfähigkeit
6. Sozialethisches Leitprinzip (partnerschaftliche Gerechtigkeit).

Dies sei hier angeführt, um die Abstraktheit der Dialogregel zu mildern, die jedoch auch bei der Anwendung der Kriterien immer zu berücksichtigen ist. Es sind Hinweise für die Einübung in die Regeln des praktischen Dialoges. Ein solcher Dialog soll auf dem Wege des Durchdenkens von verschiedenen Seiten zu Erkenntnissen verhelfen. Aber er ist auch

#### IV. Fazit

*These: Prämissen der didaktischen Reflexion, welche den Antworten zugrunde liegen, sind:*

*— Didaktik versteht sich als Teil des pädagogischen Handelns, nicht des politischen Handelns. Sie zielt daher auf die Vermittlung von Kompetenzen und nicht von Standpunkten. Oberstes Lernziel ist aus der hier vertretenen Sicht die Kompetenz zu einer vor sich und anderen verantwortbaren politischen Entscheidung<sup>32)</sup>.*

<sup>28)</sup> F. Müller-Reißmann, zit. bei W. Sander, Konfliktfall: Kernenergie, Düsseldorf 1981, S. 27 f.

<sup>29)</sup> C. F. von Weizsäcker, Der bedrohte Friede. Politische Aufsätze 1945—1981, München 1981, S. 417 f.

<sup>30)</sup> Ebd., S. 434.

<sup>31)</sup> Chr. Graf von Krockow, Ethik und Demokratie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 49/79, S. 17 ff.

ein Wert an sich, weil er die humane Form des Umganges mit Andersdenkenden darstellt. Als Gesprächsleiter des sogenannten Gorleben-Hearings (28. März bis 3. April 1979) hat Carl Friedrich von Weizsäcker folgende Erfahrung gemacht:

„Während rings im Lande und in der Welt die Polarisierung der Meinungen über die Kernenergie noch ständig anwächst, war hier die Erfahrung, daß Vertreter beider Seiten ernsthaft miteinander reden, einander als Fachleute und als moralische Persönlichkeiten im Gespräch immer mehr achten lernen können.“ Und: „Also ist ein vernünftiges Gespräch unter Menschen möglich.“<sup>29)</sup>

Dieses „vernünftige Gespräch“ verlangt freilich von den an ihm Beteiligten, auf Absolutheitsansprüche zu verzichten. Dazu Carl Friedrich von Weizsäcker: „Damit möchte ich das moralische Engagement, das zumal die Gegner (der Kernenergie, W. G.) auszeichnet, ‚entmythologisieren‘.“<sup>30)</sup> Der Ort der demokratischen Politik, so sagt Christian Graf von Krockow, ist das Vorletzte, nicht das Letzte<sup>31)</sup>. Darin ist das Gebot der Mäßigung als Bedingung des Dialogs enthalten. Erkennt man dies an, dann ist eine apokalyptische Scheidung der Welt in die „Partei des Lebens“ einerseits und die „Parteien des Todes“ andererseits, wie sie oben geschildert wurde, nicht mehr zulässig. Dieser Gedanke scheint sich selbst aufzuheben, wenn man die Vernunft als die Gemeinsamkeit eines politischen Dialoges anerkennt.

*— Politisches Lernen ist primär kognitives Lernen, d. h. die kognitive Orientierung der Didaktik hat den Vorrang vor einer Handlungsorientierung.*

*— Didaktik hat eine Ergänzungs- und Korrekturfunktion; ihre Aufgabe ist die Reflexion der verschiedenartigen „didaktischen Perspektiven“ vor der Wahl einer bestimmten.*

Manchen mögen die „Antworten“, welche hier vorgeschlagen wurden, unbefriedigend erscheinen. Sie werden vielleicht Jürgen Zimmer beipflichten, der die „Lehrerattrappen“ kritisiert: „Zuerst erklärt der Lehrer seinen Schülern, welche Argumente die Befürworter des Nato-Doppelbeschlusses auf ihrer Seite haben. Danach erläutert er seiner Klasse die Auffassungen der Rüstungsgegner. Nun ist al-

<sup>32)</sup> W. Gagel (Anm. 24), S. 186 f.



les ausgewogen.“<sup>33)</sup> Entsprechend berichtete der Schulbuchautor Ludwig Helbig, wie er ein Kapitel über Hausbesetzungen fortwährend ändern mußte: „Von Auflage zu Auflage ist das Kapitel immer ausgewogener geworden, so daß man es jetzt mühelos gegen eine andere Kontroverse — pluralistisch und ausgewogen — austauschen kann, etwa durch ein Pro und Kontra über Witwenverbrennungen.“<sup>34)</sup>

Sicherlich empfindet mancher Lehrer die Aufforderung zur Distanzierung von den eigenen politischen Vorstellungen durch die kritische Reflexion, wie sie hier vorgeschlagen wurde, als eine Zumutung. Die zitierten Autoren überwinden eine solche Distanzierung durch den Sprung in die Entschiedenheit. Das ist aber ein Entschluß, den man zwar für sich persönlich treffen kann, schwerlich jedoch für andere.

Didaktik versteht sich nicht als Teil des politischen, sondern des pädagogischen Han-

<sup>33)</sup> DIE ZEIT vom 16. 12. 1983, S. 33.

<sup>34)</sup> In: betrifft: erziehung, Januar (1982), S. 17.

delns. Der politische Unterricht lehrt nicht Entscheidungen, sondern vermittelt Kompetenzen für das möglichst verantwortbare politische Entscheiden. Demzufolge stellt sich in der didaktischen Reflexion die Frage, was Heranwachsende lernen sollten, damit sie Entschlüsse fassen können, zu denen sie auch später noch zu stehen vermögen. Dazu gehört, daß sie gelernt haben, mit Komplexität fertig zu werden, so z. B. mit der Erfahrung, daß es verschiedene Zielvorstellungen und Standpunkte gibt. Das Denken im „Einerseits-Andere-seits“, im „Sowohl-als-auch“ ist kein Zeichen für Unentschiedenheit, sondern für ein Denken in der Komplexität. Diese kognitive Fähigkeit ist, wie psychologische Untersuchungen ergeben haben<sup>35)</sup>, eine Voraussetzung dafür, daß Menschen in komplizierten Entscheidungssituationen nicht der Panik verfallen, sondern überlegt handeln können.

<sup>35)</sup> D. Dörner, Anatomie von Denken und Handeln. Der Mensch in komplexen Situationen, in: forschung (Mitteilungen der DFG), (1981) 3, S. 28. Dazu ausführlicher W. Gagel (Anm. 24), S. 124 ff.



## Wertwandel und politische Bildung

Politische Bildung setzt stets innerhalb einer konkreten politischen Ordnung an und steht — wohl zu Recht — in aller Regel auch in deren Pflicht. Zugleich ist politische Bildung unauflöslich verwoben mit der politischen Kultur. Politische Ordnung und politische Kultur werfen die Frage nach den Werten auf.

Zum einen erscheint nämlich die Verpflichtung zumindest öffentlich veranstalteter politischer Bildung auf die politische Ordnung nur dann akzeptabel, wenn diese Ordnung auf Menschenwürde und Freiheit gründet: Genau daraus gewinnt auch politische Bildung ihre Entfaltungsfreiheit, genau daraus gewinnt sie ihre Chance für „Pluralität, Liberalität, Rationalität, Dialog und Diskussion, und zwar sowohl gegen eine eventuelle Einengung durch staatlich verordnete Richtlinien als auch gegen parteiische Indienstnahme durch partikuläre Kräfte“<sup>1)</sup>.

Zum anderen ruft natürlich auch das Stichwort politische Kultur die Frage nach den Werten auf den Plan. Politische Kultur — in Wirklichkeit ein recht unbestimmter Begriff — meint erstens das schwer aufzulösende Geflecht politisch relevanter Meinungen, Einstellungen und Werthaltungen, zweitens die Wechselbeziehungen zwischen diesem Geflecht und dem politischen System samt seinen institutionellen Ausprägungen und drittens die historische Herkunft, den gegenwärtigen Zustand und den zukunftsbezogenen Wandel der beiden genannten Dimensionen. Politische Kultur ist also ein Prozeß und nicht nur die vielleicht gegenwärtig bestimmbare Identität einer Gesellschaft: Gemeint ist also immer auch die Herausbildung und Tradierung der politischen Kultur im Wandel. So erübrigt sich jeder Rechtfertigungsversuch für die Frage nach der politischen Bildung in diesem Prozeß, der sich politische Kultur nennt. Ihre Bedeutung ist evident, weil sie in diesem Prozeß ein wichtiger Faktor politischer Sozialisation ist — wenigstens sein könnte, solange ihr zumindest die organisatorischen und materiellen Chancen kontinuierlicher Entfaltung eingeräumt sind. Jedenfalls könnte man politische Bildung geradezu als

den Versuch definieren, individuelle Entwicklungsprozesse mit dem Prozeß politischer Kultur zu verknüpfen: Gerade die Tradierung und der Wandel von Werten weisen auf dieses Problem hin; denn letztlich geht es stets um ein Mindestmaß gesellschaftlicher Integration: Wenn wir von politischer Kultur sprechen — die Terminologie legt es nahe —, meinen wir zumindest in der Tendenz ein Ganzes, Unteilbares.

Die Forschung ist sich im übrigen grundsätzlich einig, daß soziale Einstellungen, Verhaltensdispositionen und Verhaltensweisen von Wertorientierungen gesteuert werden. Das gilt insbesondere auch für die Einstellung zu Rechtsnormen und für die Bereitschaft, sie zu befolgen, und es gilt für politische Einstellungen und Verhaltensdispositionen. Wenn eine gemeinsame, d. h. keine fragmentierte politische Kultur bestehen soll, so ist dafür ein grundsätzlicher Wertkonsens und eine aus ihm abgeleitete soziale Verhaltensethik Voraussetzung. Werte sind nicht „immer schon“ vorgegeben. Sicher lassen sie sich philosophisch und anthropologisch begründen. Aber in die Wirklichkeit treten sie dadurch, daß Menschen werten<sup>2)</sup> — wobei zu hoffen ist, daß sie ethisch informiert werten. Das heißt aber: Werte beinhalten Erfahrung und Verarbeitung von Erfahrung. Das erinnert an historische Bedingtheiten sowie an die Offenheit für Wandlungsprozesse. Es erinnert aber auch an die Notwendigkeit ständiger Aneignung: Auch der Wertkonsens ruht nicht statisch in sich, sondern ist im Grunde ein dynamischer Prozeß, an dessen Gelingen auch politische Bildung Anteil haben sollte.

Das Thema soll nun — gewiß ganz unvollkommen — in drei Fragestellungen entfaltet werden.

<sup>1)</sup> B. Sutor, Verfassung und Minimalkonsens, in: S. Schiele/H. Schneider (Hrsg.), Das Konsensproblem in der politischen Bildung, Stuttgart 1977, S. 155. Der hier angesprochene Zusammenhang ist schon in der Vergangenheit mehrfach aufgelöst worden; er wird es auch heute wieder: „Allgemeinverbindliche Werte, die das Handeln strukturieren und dem Einzelnen wie dem Ganzen Sinn verleihen, gibt es nicht mehr und noch nicht wieder; ...“ (so B. Claufen, Entwicklungen der politischen Sozialisation, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 35—36/84, S. 41). Tatsache und Reichweite der Wertbindung unseres politischen Systems lassen sich nicht stärker mißverstehen — oder vergessen.

<sup>2)</sup> Vgl. M. Hättich, Leben ohne Grundwerte?, München 1984.

*Überarbeitete Fassung eines Vortrages anlässlich des 30jährigen Bestehens der niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung am 13. September 1984.*



Die erste Frage lautet folglich: Wo liegt eigentlich der für politische Bildung spezifische und brisante Punkt, wo liegt die Herausforderung des vielbeschworenen Wertewandels? Man kann nicht für Wandlungsoffenheit plädieren — und gleichzeitig hoffen, daß sich nichts ändert. Mit anderen Worten: Weder generell noch punktuell ist Wandel *eo ipso* ein kritisches Phänomen. Selbst für die zumindest sektoral um sich greifende Akzeptanzkrise der industriellen Hochzivilisation lassen sich respektable Gründe angeben — und keineswegs alle alternativen Zielprojektionen stehen grundsätzlich im Gegensatz zu herkömmlichen politisch relevanten Wertorientierungen. Dies gilt etwa für die gesteigerte Sensibilität gegenüber möglichen schädlichen Folgen der technisch-ökonomischen Entwicklung oder für den gewachsenen Bedarf an politischer Partizipation. Auch die Problematisierung des politischen Systems und die Befragung von Autoritäten können demokratischer Skepsis entspringen und müssen keineswegs von vornherein die Bestreitung demokratischer Prinzipien implizieren. Ebenso wenig sind sämtliche Entwicklungstendenzen, die sich gegenwärtig beobachten lassen, überhaupt im engeren Sinn politisch; folglich fielen sie eigentlich aus dem Gegenstandsbereich genuin politischer Bildung heraus — wie z. B. die Ausprägung neuer Lebensstile und Lebenseinstellungen in der Gesellschaft.

Natürlich ist gerade diese These, so richtig sie systematisch sein mag, höchst angreifbar, weil z. B. der narzistisch-hedonistische Ansatz — also das Lustprinzip — aufgrund seines privatistischen Charakters als gesellschaftliches Gestaltungsprinzip höchst untauglich erscheint; denn die „Tyrannei der Intimität“ führt zum Verfall des öffentlichen Lebens<sup>3)</sup>. Ähnlich verhält es sich mit der wachsenden Distanz zur Rationalität und der neuen Betonung des Gefühls und auch der Angst, die nicht nur als Ausweis besonderer Qualität des Menschseins, sondern auch als Ausweis von Modernität gilt — während sie doch Struktur- und Steuerungsprinzipien der modernen Gesellschaft entschieden widerstreitet.

Die Befunde scheinen nicht frei von Widersprüchen — z. B. Partizipation und Privatismus —, und ihre trennscharfe Einordnung be-

reitet Schwierigkeiten. Darüber hinaus wandeln sich auch diese Befunde, da Zeiten und Medien Meinungen und Einstellungen rasch zu verändern scheinen — wenigstens global und statistisch betrachtet. Obgleich sich angesichts der unterschiedlichen methodischen Anlage entsprechender Untersuchungen Vorsicht empfiehlt, legt solch globale Betrachtung aufgrund einer noch spärlich publizierten Datenbasis den Schluß nahe, daß Jugend '84 sich von Jugend '81 hinsichtlich der Zufriedenheit mit ihren Lebensumständen und dem politischen System sowie ihrer Einstellung zu Zukunft, Arbeit, Leistung und materiellen Gütern unterscheidet — und zwar konventionell unterscheidet<sup>4)</sup>. Zweifel sind jedoch erlaubt, ob der Schlüssel für unsere Fragestellung in solch globalen Ansätzen liegt.

Allzu global und deterministisch ist auch das populär gewordene Erklärungsmodell von der „stillen Revolution“. Gerade in der internationalen Diskussion trifft es zunehmend auf Kritik, obgleich es einen säkularen Trend zutreffend erkennt, nämlich die neue Attraktivität „postmaterialistischer“ Orientierungen, die aus der weitgehenden Sättigung der materiellen Bedürfnisse erwächst. Dieses postmaterialistische Wertprofil bilden ideelle Werte und Zielsetzungen wie persönliche Selbstverwirklichung, Mitwirkung an Entscheidungsprozessen, Lebensqualität, Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen und so fort. Dagegen treten materielle Orientierungen wie wirtschaftliche Stabilität, Einkommen, Besitz, Tradition und Ordnung nicht nur zurück: Die „stille Revolution“ als Konzept besteht vielmehr darin, daß diese Orientierungen in einem kontinuierlichen, undramatischen Prozeß des Wertwandels gänzlich abgelöst werden, während die postmateriellen Verhaltensmuster allgemeine Verbindlichkeit gewinnen<sup>5)</sup>.

Nun ist es im Grunde nicht einsichtig, warum eine gewiß spannungsreiche Synthese beider Orientierungen nicht möglich und erstrebenswert sein soll. Sie würde sicher dem allgemeinen Konsens eher entsprechen als eindimensionale Optionen — und auch in der Praxis spricht vieles dafür, daß „alte“ und

<sup>3)</sup> R. Sennet, *Verfall und Ende des öffentlichen Lebens. Die Tyrannei der Intimität*, Frankfurt 1983.

<sup>4)</sup> Vgl. einerseits: H.-J. Veen, *Mit den Risiken wächst die Zuversicht*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 2. 5. 1984, S. 9; andererseits: *Jugend '81. Lebensentwürfe, Alltagskulturen, Zukunftsbilder*, Hamburg 1981.

<sup>5)</sup> R. Inglehart, *The Silent Revolution*, Princeton (NJ) 1977.



„neue“ Werte — wie neu sind sie wirklich? — „bei der Mehrheit der Bundesbürger eine Art widersprüchliche Wertharmonie bilden“<sup>6)</sup>.

Der Determinismus der „stillen Revolution“ sieht diesen denkbaren Spannungsbogen nicht vor. Für R. Inglehart, den Vater des Konzepts, sind Menschen, die materialistische und postmaterialistische Werte in sich vereinigen, nur Misch- und Übergangstypen — dazu verdammt, sich letztlich doch für den Postmaterialismus zu entscheiden. Damit ist bereits im Konzept „die gesinnungsbehaftete Verabsolutierung eines bestimmten Strangs der Entwicklungs- und Veränderungsrealität“<sup>7)</sup> perfekt. Der Praxis sind Stichworte geliefert, welche die „stille Revolution“ zu einem lautstarken Ereignis werden lassen können; denn wenn die Möglichkeit der Synthese geleugnet wird, geraten die beiden Orientierungen zu scharf kontrastierenden Wertkonzepten, und der Wertwandlungsprozeß wird in hohem Maße konfliktrichtig<sup>8)</sup>. Die bewußten Träger des neuen Werteprofiles befördern diesen Konflikt, indem sie traditionelle Orientierungen zu Unwerten erklären, die Platz zu machen hätten für die Alleinherrschaft des Neuen, das Anspruch auf Verbindlichkeit anmeldet: Verlangt wird z. B. der förmliche Bruch mit der alten und eine ausschließliche Richtungsentscheidung zugunsten einer neuen Werthierarchie, die sich nicht ausbalancieren lassen soll. Es gibt nur ein Für oder ein Gegen sie. Jeden Widerspruch „gilt es, mit dem Schwerte der unzweideutigen politischen Prioritätsentscheidung aufzulösen“<sup>9)</sup>.

<sup>6)</sup> SINUS-Institut, Die verunsicherte Generation. Jugend und Wertewandel, Opladen 1983, S. 16. Im übrigen sind Zweifel an Ingleharts Indikatoren erlaubt. Würde man heute „Inflation“ gegen „Arbeit“ austauschen, sähen die Ergebnisse anders aus. Mit anderen Worten: Die „stille Revolution“ ist konjunkturabhängig. Die realen Widersprüche in den Orientierungen ergeben sich aus widersprüchlichen Entwicklungstendenzen der Industriegesellschaft. Einerseits bewirkt sie ihren Wohlstand durch Leistungsorientierung. Andererseits erfordert die Absatzorientierung Genuß und Konsum. Daniel Bell, Die nachindustrielle Gesellschaft, Frankfurt-New York 1976, hat bereits auf die Unterhöhung der Kapitalistischen Zivilisation, auf die Zerstörung der protestantischen Ethik durch Überfluß und Permissivität aufmerksam gemacht und beides als Kontrastelemente innerhalb des gleichen Systems dargestellt.

<sup>7)</sup> H. Klages/W. Herbert, Wertorientierung und Staatsbezug. Untersuchungen zur politischen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt-New York 1983, S. 118.

<sup>8)</sup> Vgl. H. von Recum, Dimensionen des Wertewandels, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 25/84, S. 5f.

<sup>9)</sup> B. Guggenberger, Umweltschutz und neue Parteibewegung, in: Chr. Graf v. Krockow (Hrsg.), Brauchen wir ein neues Parteiensystem?, Frankfurt 1983, S. 95.

Damit nun nähern wir uns der Aufklärung des für politische Bildung brisanten Punktes, denn: Die Antwort dieses Konzepts und seiner politischen Umsetzung ist einseitig und inkomplett. In ihrem dualistischen Fehlverständnis deckt sie noch nicht einmal alle Dimensionen und Alternativen der Wertentwicklung ab, für die jüngst Helmut Klages und Willi Herbert<sup>10)</sup> die Begriffe „Wertsynthese“, „Wertverlust“ und „Wertumsturz“ vorgeschlagen haben. *Synthese*, Vereinigung von alt und neu, führt zur Ausweitung der Einstellungs- und Verhaltensspielräume der Menschen. *Verlust* meint das „Herausfallen des Menschen aus jeglicher eindeutigen Wertbindung“, so daß Einstellungen und Verhaltensweisen stark situationsabhängig, stark änderungs- und anpassungsoffen werden. *Umsturz* heißt engagierte Verdrängung tradierter Werte durch ein Kontrastprogramm. Die aktuelle Diskussion konzentriert sich vornehmlich auf die Dimension Umsturz, in der natürlich auch der brisante Punkt liegt; dies bedeutet aber nicht, daß Gesellschaft und politische Bildung nicht auch durch Synthese und Verlust gefordert wären: Synthese bedeutet Streß, Herausforderung und Chance, wobei die Problematik und Gefahren des Wertverlusts in einer wertgebundenen Ordnung evident sind.

Klages und Herbert gelingt es, mit einem erheblich feineren Meßverfahren, als Inglehart es entwickelt hat, differenzierte Typen der Wertdisposition in unserer Gesellschaft herauszuarbeiten, die cum grano salis den Dimensionen des Wertwandels — Verlust, Synthese, Umsturz — zugeordnet werden können. Zusätzlich identifizieren sie als immerhin noch größte Gruppe der eindeutig Zuordbaren ein Fünftel der Befragten, die Tradition und konventioneller Disposition verpflichtet sind. Um diesen Kern kristallisieren sich größere Teile der Bevölkerung, die überwiegend noch von Konvention und Tradition geprägt sind, wengleich sich die innere Konsistenz dieser Prägung abschwächt.

Wichtig erscheint zudem ein fundamentaler Widerspruch zur Zwangsläufigkeit der „stillen Revolution“, in dem ein Ansatz für die Überwindung der Gefahren des dualistischen Fehlverständnisses liegen könnte: Eine nicht gerade kleine Gruppe von 15% schafft offensichtlich die Synthese und sendet „Signale des mündigen Staatsbürgers“ aus<sup>11)</sup>. Gemeint ist ein Bürgertyp, der nur die Extreme ausklammert, der politisch aktiv ist, zugleich aber

<sup>10)</sup> H. Klages/W. Herbert (Anm. 7), S. 113f.

<sup>11)</sup> Ebd., S. 110.



auch die Identifikation mit den Grundstrukturen des politischen Systems vollzieht: einerseits Interesse, Kritik, Konfliktbereitschaft — jedoch ohne Militanz; andererseits auch hohes Anspruchsniveau an Werterfüllung. Das heißt ein selbstbewußter, keineswegs bequemer, aber stets kooperativer Bürger, wie ihn „die Demokratietheorie von Anfang an als Idealfigur und als notwendige Entsprechung zu den Institutionen der parlamentarischen Demokratie im Auge gehabt hat“<sup>12)</sup>.

Gleichwohl verlangt vor allem der „Wertursturz“ Aufmerksamkeit, denn auch diese vielseitige und keineswegs deterministische Analyse macht einen Riß, eine Hauptspannungslinie sichtbar, die unsere politische Kultur durchzieht und Tendenzen der Spaltung offenbart: ein Riß zwischen „alten“ und „neuen“ Wertdimensionen, denen entsprechende politische Verhaltensdispositionen folgen. Es wäre falsch, diese Kluft nur deswegen zu unterschätzen, weil sich am neuen Ufer Minderheiten versammeln. Nicht umsonst wurde eingangs auf die Bedeutung der gemeinsamen politischen Kultur für die Identität des Gemeinwesens hingewiesen. Wir kehren damit zur Konfliktrichtigkeit einer akzentuierten Gegenkultur zurück, die sich durch ausgesprochene Reaktionsbereitschaft auszeichnet.

Die spezifische Brisanz aktueller Entwicklungen liegt in dem Entstehen einer Gegenkultur und Gegengesellschaft als Minderheitsphänomen. Drei wichtige Konfliktzonen seien kurz genannt:

1. Die hohe Empfindlichkeit im Bereich „diffuser Legitimität“, also im Bereich affektiver Bindung und verfassungspolitischen Grundvertrauens. Die entsprechenden Einstellun-

gen gegenüber dem politischen System sind bei dieser reaktionsbereiten Minderheit ohnehin schwächer ausgeprägt. Nur von „Restbeständen der Legitimitätsgewährung“<sup>13)</sup> ist die Rede.

2. Die anti-institutionellen Affekte, die in einem Partizipationsbegehren Ausdruck finden, das weitgehend als Selbstverwirklichung gegen die als grundsätzlich einzwängend empfundene Verfassungsordnung verstanden wird. Die individualistische Ungeduld des Hic et nunc will die eigene Position stets schneller und an den institutionalisierten, Spontaneität zwar blockierenden, aber eben Verantwortlichkeit, Kontrollierbarkeit und Verbindlichkeit gewährleistenden Verfahren politischer Willensbildung vorbei verwirklichen. Partizipation bedeutet daher keineswegs immer Akzeptanz des Systems. Sie erfolgt vielmehr des öfteren „von außen“ und in gewisser Weise „wider-“ oder „gegenständig“.

3. Der Rückgang der Achtung vor Recht und Gesetz, die als konventionell und als Ausdruck bloß „formaler“ Regeln und Ordnungen gelten. In dieser Erosion des Rechtsstaatsbegriffs unter Berufung auf ein höheres Wertbewußtsein, dessen Kehrseite zugleich ein riskanter Gewaltbegriff (oder ein riskanter Begriff dessen, was gewaltfrei sei) ist, liegt eine fundamentale Bezweiflung der klassischen Legitimitätsdoktrin des demokratischen Staates.

Es wurde nun bewußt versucht, das Thema in den *Kernbereich* des Politischen zu drängen, auf das politische Bildung jedoch nicht unbedingt begrenzt werden soll. Aber sicher liegt dort ihre spezifische Kompetenz — vielleicht in der Vergangenheit auch ihr spezifisches Defizit.

## II.

Die zweite Frage, die sich in aller Knappheit entfalten läßt, lautet nun: Was tun?

Mit Kurt Sontheimer<sup>14)</sup> lassen sich zwei Strategien empfehlen, die sich zu widersprechen scheinen, in Wahrheit aber ergänzen. Die erste Strategie besteht darin, nicht nur diese brisante politische Zuspitzung, sondern den Bewußtseinswandel im allgemeinen ernst zu nehmen — ernst zu nehmen als tiefgreifen-

den gesellschaftlichen Prozeß, der zwar intellektuell intensiv gefördert worden sein mag, aber durch den rapiden sozialen Wandel der westlichen Industriegesellschaft auch ganz wesentlich selbst geschaffen worden ist. Ängste und Entfremdungserfahrungen sind Ausdruck einer Krise unseres Selbstverständnisses. Sie abzubauen „setzt vor allem eine Erziehung zu nüchterner Wirklichkeitserkenntnis und zum verantwortungsbewußten Gebrauch unserer Freiheit voraus, beides Dinge, in denen wir Deutschen nicht besonders bewandert und erfahren sind“<sup>15)</sup>.

<sup>12)</sup> Ebd., S. 112.

<sup>13)</sup> Ebd., S. 106.

<sup>14)</sup> K. Sontheimer, *Zeitenwende? Die Bundesrepublik Deutschland zwischen alter und alternativer Politik*, Hamburg 1983, S. 44ff.

<sup>15)</sup> Ebd., S. 44.



Die zweite Strategie ist die der kritischen Auseinandersetzung. Ängste und Emotionen sind nicht tabu; sie gehören auf den Prüfstand der Rationalität. Ebensovienig angemessen erscheinen eindimensionale Politikoptionen; sie gehören auf den Prüfstand komplexer Herausforderungen, die uns bedrängen. Das Feld der Bewußtseinsbildung darf nicht allein den Positionen überlassen bleiben, „die die Bewußtseinskrise unserer Gesellschaft zum Teil unter Mißachtung der Vernunftregeln bewußt verschärfen“<sup>16)</sup>, um Gegensätze zwischen Bewußtsein auf der einen und Werten und Institutionen auf der anderer Seite zu erzeugen.

Eine realitäts- wie wertbezogene Politik für die Zukunft muß dem Grundgesetz aller Politik, die wirklich den Menschen dient, treu bleiben: nämlich die immateriellen Werte und ihr materielles Fundament zugleich zu verwirklichen. Folglich liegt die epochale Herausforderung nicht in einem der regelmäßig wiederkehrenden romantischen Rückfälle, in der kulturkritisch motivierten Ächtung der Industriegesellschaft, sondern in ihrer Huma-

nisierung und Domestizierung zugunsten der Lebenschancen von Mensch und Natur. Eine wichtige, integrationsstiftende Aufgabe wird es sein, diesen Zusammenhang bewußt zu machen und beide Wertprofile miteinander zu versöhnen.

Eine weitere, gleichgewichtige Aufgabe im Rahmen dieser Strategie ist es, bewußten Tendenzen zur Verschärfung von Spannungen und Gegensätzen entgegenzutreten. Zu zeigen ist, daß im Rahmen des bewährten Koordinatensystems liberaler und rechtsstaatlicher Demokratie auch die Antwort auf die neuen Fragen nach der Humanisierung der Industriegesellschaft, nach der Verbesserung der Chancen politischer Mitbestimmung, nach der Verwirklichung von Werten jenseits der materiellen Fundamente gefunden werden kann; zu zeigen ist ferner, daß auch neue Wertorientierungen im Rahmen der bestehenden Institutionen verarbeitet werden und daß auch „neue“ Probleme und ihre Lösung in die Kontinuität der keineswegs wertneutralen Staatsidee der Bundesrepublik eingebracht werden können.

### III.

Damit stellt sich schon die dritte Frage: Wo liegen primäre Anknüpfungspunkte spezifisch politischer Bildung?

Diese Antwort wird etwas umfassender ausfallen müssen, wobei insbesondere die Stichpunkte Wertbindung und Legitimität, Ethik des Pluralismus und schließlich Institutionen wichtig sind.

#### 1. Wertbindung und Legitimität

Der klassische, hochformalisierte, auf Legalität und nicht auf Legitimität abstellende Verfassungsbegriff erfaßt heute die rechtliche und politische Wirklichkeit unserer Verfassungsordnung nicht mehr. Die Verfassungsgeber hatten von Beginn an als Antwort auf den Weimarer Wertrelativismus und auf die Wertvernichtung des Nationalsozialismus genteilige Intentionen: nichts lag ihnen ferner als die Errichtung einer Verfassung lediglich formaltechnischen Inhalts und Verständnisses. Betont wurde vielmehr ihre sinn- und integrationsstiftende Funktion. Gestaltet wurde sie als *wertgebundene Ordnung*. Das Grundgesetz inkorporiert bewußt ethische Maximen, es erkennt vorstaatliche Rechte an

und versucht sogar, sie in die Verfassung herinzuholen, ihnen damit einen zusätzlichen und selbständigen Geltungsgrund verleihend. Eine solche Verfassung ist, wie Klaus Stern ausführte, als höchstrangige, normative Aussage über die Grundprinzipien der Herrschafts- und Wertordnung *im Staat* zu verstehen<sup>17)</sup>. Dies soll nicht bedeuten, daß das Wertproblem in Staat und Gesellschaft gänzlich identisch zu behandeln wäre, aber angesichts der zeitgeschichtlichen und der aktuellen Problemdimension ist es erstaunlich, heute wieder auf ein defizitäres Staatsverständnis zu stoßen, welches dem Staat die Formalien, sich selbst aber den Bereich der Werte zuschiebt. Staat und Ethik lassen sich nicht gänzlich auseinanderrücken — in der Grundwertediskussion seit Mitte der siebziger Jahre ist nachhaltig daran erinnert worden.

Verfassungsgeschichtlich war eine der Wurzeln der Idee, staatliche Macht und Gewalt einzuschränken, neben dem Naturrecht die klassische Lehre von der individuellen Persönlichkeit und ihrer Freiheit — ihrer Freiheit, die es mit Herrschaft zu versöhnen galt.

<sup>16)</sup> Ebd.

<sup>17)</sup> K. Stern, Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1, München 1984<sup>2</sup>, S. 78.



Die Bonner Verfassungsväter haben bewußt versucht, an diese Tradition anzuknüpfen. Das Bundesverfassungsgericht beschwört daher mit dem Menschenbild des Grundgesetzes keineswegs einen Gemeinplatz, wie einmal gesagt worden ist. Im Licht der klassischen Tradition wird klar, daß die Menschenwürde nichts ist, was man einerseits aus der Hand der Volksgemeinschaft — um die rechte Ideologie zu zitieren — oder andererseits aus der Hand des Kollektivs empfangen kann — um die linke Ideologie nicht zu vergessen. Eine Verfassung, die anders gemeint ist, kann man nicht auf das formaltechnische Prokrustesbett spannen. Ebenso sind Versuche, sich als Wertelite gegen sie zu profilieren, logisch zum Scheitern verurteilt.

Daraus folgt jedoch nicht, daß alles Formale sich inhaltlich zu legitimieren habe. Vielmehr nimmt der moderne Staat die inhaltlichen Bindungen zurück, ohne sie — jedenfalls nach dem hierzulande herrschenden Verständnis — gänzlich abzustreifen. Das Fazit ist oft gezogen worden: Der um der Humanität und Freiheit willen *weltanschaulich* neutrale Staat ist keineswegs *wertneutral*. Was als Dimension des Wertverlustes bereits angesprochen worden ist, wäre, überträgt der Wertverlust sich auf den Staat, nichts anderes als dessen Entlassung aus dieser Wertbindung. Im Interesse des Bürgers könnte das nicht liegen.

Wer nach verallgemeinerungsfähigen Interessen, nach verallgemeinerungsfähigen Werten sucht, um Normen rechtfertigen zu können, könnte sie dort finden, wo das Bundesverfassungsgericht die obersten Grundwerte angesprochen hat — bezeichnenderweise erfolgte dies, als es sich zum ersten Mal genötigt sah, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu definieren. Was dort angesprochen ist, ist einerseits konstitutiv für eine humane Gesellschaft; andererseits bleibt es so allgemein, daß der nötige Freiraum zur Wertverwirklichung von unterschiedlichen politischen Positionen aus und damit auch die weltanschauliche, freiheitsermöglichende Neutralität des Staates gesichert bleibt. Welchen als epochal empfundenen Herausforderungen der Gegenwart könnte nicht von dieser Wertebasis her begegnet werden? Kein „Ernstfall“ scheint auch ernst genug, um auch nur eine dieser Voraussetzungen eines humanen Staates preiszugeben. Ein solcher Wertkonsens ist weder orientierungslos noch willkürlich, noch verhindert er Wertverwirklichung in pluralistischer Spannung. Vielmehr räumt er mehr, als bloße Verfassungstechnologie es vermöchte, dem Bürger Identifika-

tionsmöglichkeiten mit der Grundordnung ein und eröffnet dieser die Chance, Konsens zu stiften und jenes unerläßliche Maß an Integration zu bewirken, dessen auch die Gesellschaft bedarf — dies freilich nur unter der Voraussetzung, daß er im Bewußtsein und in Geltung gehalten bleibt.

Auf dem Hintergrund der skizzierten Herausforderungen gilt es, die These zu vermitteln, daß die wertgebundene Ordnung, die sich nur auf einen schmalen Basiskonsens und nicht auf politische Entscheidungen im Detail beziehen kann, den Sitz ihrer Legitimität gleichsam in sich selbst hineinverlagert. Dies ist unproblematisch, wenn diese Ordnung empirisch gesättigt in unbezweifelbaren, gesellschaftsstiftenden und humanen Prinzipien gründet. Insofern verdient Martin Kriele Zustimmung, der kürzlich schrieb: „In Wirklichkeit bedeutet Achtung vor dem Recht der Demokratie Achtung vor der Demokratie und Mißachtung des Rechts Mißachtung der Demokratie. Es gibt hier und heute keine höhere Legitimität als die Legalität.“<sup>18)</sup> Dem ist hinzuzufügen: zumindest solange die Legalität der Verfassungsordnung nicht widerspricht. Die Feststellung darüber kann aber nicht beliebig, sondern nur im Rahmen dafür vorgesehener Verfahren getroffen werden.

## 2. Ethik des Pluralismus

An der Wiege des Verfassungsstaats der Neuzeit steht nicht zuletzt die Einsicht, um der Würde des Menschen in Freiheit willen die inhaltlichen Bindungen zurückzunehmen. Diese Einsicht findet in der weltanschaulichen Neutralität des Staates ihren Ausdruck, dessen inhaltliche Legitimation dann in der Tat nur auf verallgemeinerungsfähige Werte abstellt. Die große Offenheit des Pluralismuskonzepts ist durchaus nicht — wie kurzschlüssig oft angenommen wird — ohne normative Widerlager. Wenn es sich gegen den Herrschaftsanspruch von politischen Heilslehren oder partikularen Zielentwürfen wendet, verabschiedet es nicht schlechthin das Gemeinwohl; dieses bleibt Handlungsmaxime zumindest der politischen Entscheidungsträger und strukturiert als „regulative Idee“ den politischen Prozeß: Ebensowenig leidet die Integrität der Wahrheit Schaden, wenn sie sich politischer Indienststellung und politischen Definitionsversuchen entzieht. Nach Jaspers ist sie nie im ganzen verfügbar, sondern bleibt eine stets zu suchende, sich in

<sup>18)</sup> M. Kriele, Die Rechtfertigungsmodelle des Widerstands, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39/83, S. 23.



Kommunikation, im Austausch der existentiellen und geschichtlichen Perspektiven erzielende. Sie hört auf mit dem Abbruch der Kommunikation, blindem Wahrheitsfanatismus und intoleranter Machtausübung. Politischer Prozeß und gesellschaftlicher Diskurs unterscheiden sich aber gerade in dem, was der kritische Rationalismus den „Abbruch des Verfahrens“ oder die Systemtheorie den „Abbruch des Lernprozesses“ nennt. In den beiden genannten Bereichen besitzt die Diskussion unterschiedliche Reichweite. Politik unterliegt stets Entscheidungszwängen, welche den Abbruch der Diskussion erforderlich machen. Das koppelt sie einerseits ab vom Wahrheitsvollzug; sie bleibt stets ungeschlossen, angreifbar, verbesserungsfähig. Andererseits verdeutlicht der Entscheidungszwang die Tatsache, daß letzte Wahrheitsfragen ihr Gegenstandsbereich nicht sein können, weil dort Kommunikation nur abgebrochen werden darf, wenn ein Zustand von Wahrheit erreicht ist — ein Fall, der nie eintritt. Insofern wäre Politik, die ihre Grenzen überschritte, politikunfähig — weil entscheidungsunfähig; oder aber die Bewahrung politischer Handlungsfähigkeit müßte die Integrität der Wahrheit tangieren, weil politische Entscheidung die Suche nach ihr zumeist abbricht.

Am allerwenigsten gerechtfertigt sind Versuche, Pluralismus als wertneutral oder wertrelativistisch darzustellen. Gewiß ist er ein formales Strukturprinzip; aber geht man von der Freiheit des Individuums und der Gruppen in einer offenen Gesellschaft aus, dann offenbart das formale Prinzip eine eigentümliche Dialektik: Indem es den unterschiedlichsten Interessen und Wertvorstellungen Artikulations- und Entfaltungsspielraum gewährt, eröffnet es überhaupt erst einem breiten Spektrum normativer Orientierungen die Chance zur Inwertsetzung. Das Formale bildet also eine unabdingbare Voraussetzung für die Entfaltung von Werten. Freiheit wiederum hängt unmittelbar von der Geltung eines solchen formalen Strukturierungsprinzips gesellschaftlichen und politischen Handelns ab. Je mehr ein derartiges Prinzip inhaltlich gefaßt werden soll, um so mehr werden solche Entfaltungsspielräume, um so mehr wird Freiheit eingeschränkt.

Ob sich nun Individuen oder Gruppen in diesen Prozeß der Ziel- und Wertverwirklichung begeben — sie machen stets die Erfahrung, auf Konkurrenz zu stoßen. Hier offenbart sich eine zweite Dialektik: Freiheit, die geteilt werden muß, ist immer auch die Freiheit des Andersdenkenden. Die richtig verstandene

Freiheit des Andersdenkenden macht es in der Realität (wie die empirische Beobachtung politischer Diskussionen erweist) oft schwer, Pluralität zu ertragen; denn jede Position — in der Regel subjektiv ja stichhaltig begründet — neigt erfahrungsgemäß dazu, sich selbst und ihren Durchsetzungsanspruch zumindest dominant zu interpretieren, wenn nicht sogar dazu, sich zu verabsolutieren.

Da die Tendenz besteht, die Freiheit, eingeräumt durch Pluralitätsgarantien, zur Beschneidung konkurrierender Entfaltung eben dieser Pluralität zu benutzen, kann der angeblich wertfreie Pluralismus nicht praktiziert werden ohne die Kardinaltugend Toleranz, die in der Tat nur zu herrschen vermag, wenn die Ziele einer humanen Gesellschaft offenbleiben. Wenn Toleranz ihre philosophische Basis in der Erfahrung des Irrtums, im Zweifel an der bisherigen Erkenntnis, in der (nie abgeschlossenen) Suche nach Wahrheit und in der Bereitschaft, von anderen zu lernen hat<sup>19)</sup>, dann weist sie über bloßes Ertragen weit hinaus: sie schließt vielmehr normativ Anerkennung ein sowie die Aufforderung an Individuen und Gruppen, ihre Positionen profiliert in den pluralistischen Wettbewerb einzubringen. Insofern läßt sich Pluralismus auch als Aufforderung verstehen, Freiheit in Anspruch zu nehmen.

Gerade Toleranz weist darauf hin, daß die plurale Demokratie nicht existieren kann ohne die Basis einer fundamentalen Gemeinsamkeit, die allen Kontroversen und Konflikten vorausliegt. Dieser Basiskonsens umfaßt den gesellschaftsstiftenden Wertkodex, der von den Diskussionen um Wertwandel in zweifacher Hinsicht tangiert wird. Zum einen wird seine Tauglichkeit für die Lösung der neuen Probleme bestritten und zugleich seine alternative inhaltliche Anfüllung propagiert, was im Klartext ein anderes Legitimationsprogramm und das Postulat zur Außerkraftsetzung des überkommenen bedeutet. Zum anderen wird — ganz auf dieser Linie — die Forderung erhoben, Legitimität erneut und erweitert qualitativ, inhaltlich, zu begründen: auf das Programm einer „richtigen“ Politik im Detail, die für sich Gewißheit über „das wirklich Bessere“ beansprucht. Zu erinnern ist hier an die Auseinandersetzung um das Mehrheitsprinzip, in der vehement für die Privilegierung angeblich besser ausgewiesener Minderheiten eingetreten wird<sup>20)</sup>.

<sup>19)</sup> Th. Ebert, Toleranz und Konfliktfähigkeit, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 38/77, S. 16.

<sup>20)</sup> Vgl. dazu jetzt B. Guggenberger/C. Offe (Hrsg.), *An den Grenzen der Mehrheitsdemokratie*, Opladen 1984, insbes. die Beiträge der beiden Herausge-



### 3. Institutionen

Als drittes für politische Bildung relevantes Themenfeld wurden eingangs die Institutionen genannt. Dort gibt es eine kritikbedürftige Paradoxie<sup>21)</sup>. Einerseits war das praktische Institutionenverständnis rückläufig, andererseits wächst aber auch angesichts der sozialstaatlichen Entwicklung und der Versorgung der Bürger mit öffentlichen Gütern und Dienstleistungen die Abhängigkeit von diesen Institutionen. Gerade der vielfach festgestellte hohe Erwartungsdruck, den die profilierten Träger neuer Wertorientierungen an den Staat richten, während sie zugleich politisches Handeln im institutionellen Rahmen gering schätzen, verschärft diese Paradoxie.

Von Bedeutung ist dieser Verständnisverlust, weil sich alles Wissen über Politik und alle politische Erfahrung in der spezifischen Ausformung politischer Institutionen ausdrückt. Politisches Handeln ist traditionsgemäß wesentlich Handeln innerhalb institutioneller Bedingungen und Schranken; darin liegt der Unterschied zu sozialem Handeln.

Oft wird der Vorwurf erhoben, der institutionelle Ansatz sei starr und formal, er mißachte die Realitäten, in denen Regeln und Prozeduren sich entfalten. Und er enthalte kein kritisches Potential. Eine Notwendigkeit, bei einer derart formalen Betrachtungsweise stehenzubleiben, gibt es allerdings nicht; die Theoriegeschichte kennt dafür eine Fülle von Beispielen. Darüber hinaus ist der Einwand schon im Ansatz falsch.

Diese Formalismuskritik ist falsch, weil sie die normative Dimension der Institutionen verkennt. Institutionen sind niemals in sich selbst begründete politische Erscheinungen, sondern Ausdruck politischer Vorstellungen und Ziele: Ausdruck der zentralen Ordnungswerte, die in Gesellschaften vorherrschen, Repräsentanten auch des Sinnzusammenhangs einer Gemeinschaft. Institutionen und Werte sind also eng aufeinander bezogen. Damit wird für Analysen und Bildungsprozesse selbstverständlich auch die Frage wichtig, inwiefern die tatsächliche Verfassung von Institutionen den ihnen zugrundeliegenden normativen Orientierungen gerecht wird und inwiefern ihr Funktionieren in der Praxis der Verwirklichung dieser Orientierungen dient oder nicht. Beschränken sich Fragen also auf

die Formalien, so liegt das nicht am Gegenstand, sondern an einer falsch programmierten Analyse. Wenn Institutionen Ausdruck historisch entwickelter Wertorientierungen sind, dann bietet im Gegenteil der institutionelle Ansatz die Chance, die empirische Beobachtung der Politik wieder in die Analyse der Werte zu integrieren, wie es der älteren politikphilosophischen Tradition entspricht.

Der zu beobachtende neue Aufbruch zu weithin alten Werten schlägt stattdessen den Irrweg antiinstitutioneller Spontaneität ein, der eher in Richtung subjektive Willkür weist und in der Überindividualisierung und Entformalisierung ethischer Orientierungen keineswegs immer sozialverträglich erscheint. In Wirklichkeit geht es gar nicht um den Gegensatz zwischen traditionellem Herrschaftsgesam und Funktionsgehorsam, zwischen Sachzwängen und Sinnfrage, denn unabhängig von den inhaltlichen Antworten, die Politik heute erteilt, fragt sie seit langem verstärkt nach Sinn und normativer Orientierung — und dies im Rahmen einer institutionellen Ordnung, die ihr diese Orientierung aufgibt und selbst eine Voraussetzung dafür darstellt. Darin liegt geradezu der spezifische Beitrag der Institutionen zur politischen Integration und Kooperation einer Gesellschaft. Der Staat — zumindest dieser Staat des Grundgesetzes — war niemals *nur* „technischer Dienstleistungsbetrieb“ oder auch bloß wertneutral. Entsprechende Einwände scheinen heute überwiegend von solchen Positionen auszugehen, denen die Wertbindung nicht tief, weit und „eindeutig“ genug geht (und die damit gegen die Ethik des Pluralismus verstoßen), oder von solchen Positionen, die nach gegensätzlicher Wertbindung streben (und damit die gültigen normativen Prämissen der freiheitlich-rechtsstaatlichen Demokratie grundsätzlich in Frage stellen).

Würde ein Sprung aus der institutionellen und für alle in gleicher Weise verbindlichen Verfassung von Ordnung und Verfahren tatsächlich legitimiert, so wäre die Freiheit des einzelnen rasch der Willkür von einzelnen geopfert. Politik hat mit verbindlicher Entscheidung zu tun. Theorie der Politik kann den in der Soziologie vielfach behaupteten Gegensatz von Freiheit und Institution nicht nachvollziehen: Könnte sie es, wäre sie keine Theorie der Politik mehr. Deren Gegenstand ist vielmehr seit langem die Frage, wie dieser Gegensatz aufgehoben und auf eine Weise versöhnt werden kann, die durchaus ethisch verankerte Legitimität begründet. „Werden Autonomie und Freiheit nur als Negation institutioneller ‚Einbindung‘ verstanden, zerstört

ber. Zur Kritik: H. Oberreuter, Parteien — zwischen Nestwärme und Funktionskälte, Zürich-Osnabrück 1984<sup>2</sup>, S. 80ff.

<sup>21)</sup> N. Johnson, The place of institutions in the study of politics, in: Political Studies, 23 (1975) 2/3, S. 149—161.



ren sie das Fundament, auf dem sie allein erwachsen können. Autonome Innerlichkeit und ‚Moralität‘ des einzelnen allein halten die Gesellschaft nicht zusammen. Sie selbst vermögen sich ohne institutionellen ‚Rückhalt‘ weder herauszubilden noch zu behaupten. Sittliche Überzeugung, Reflexion und Kritikfähigkeit sind höchst bedeutsame Staatsbürger-tugenden. Ohne Recht und Institutionen aber können sie weder entstehen noch bestehen. Die moralisch begründete und ‚zurechnungsfähige‘ Freiheit des einzelnen setzt eine sie verbürgende und institutionell absichernde politische Ordnung voraus. Ohne eine solche Ordnung wäre Freiheit nicht von Willkür zu unterscheiden. Die politische Freiheit, die der Verfassungsstaat ermöglicht, ist keine Freiheit nur des spontanen, selbst ursprünglichen Bewirkens, keine Freiheit grenzenloser Willkür ... Der demokratische Verfassungsstaat entgeht den Antinomien des totalen Freiheitsdenkens, indem er Toleranz neben die Freiheit stellt. Toleranz aber bedeutet stets, daß Freiheit und sittliches Handeln des einzelnen über Institutionen vermittelt sind und in diesen ihre Wirklichkeit haben.“<sup>22)</sup>

Wenn die Institutionen relativ wirksam funktionieren, zugleich aber ihr Sinn in Vergessenheit gerät, wenn es sogar eine Kluft gibt zwischen ihrer Stabilität und der Krise des Bewußtseins, dann liegt natürlich die Frage nahe, ob politische Bildung und Politikunterricht in der Vergangenheit versagt haben. Dafür gibt es sicher einige Indizien: der früher durchaus verbreitete Ansatz kruder Institutionenkunde, die zu den normativen Orientierungen und damit auch zum dynamischen und kritischen Potential nicht vordrang; die in der Theorie politischer Bildung mächtige Abneigung gegen institutionelle Orientierungen; die dort ebenso stimmführende Anlehnung an im Endeffekt antiinstitutionelle Ansätze in den siebziger Jahren, wie sie hier kri-

<sup>22)</sup> B. Guggenberger, Die „vergessenen“ Institutionen, in: Die „vergessenen“ Institutionen. Eine Analyse der Institutionen im parlamentarischen Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland (= Handbücher der Politischen Akademie Eichholz, Bd. 8), Melle 1979, S. 45.

tisiert worden sind. Alle drei Ansätze sind deswegen gefährlich, weil sich auf diesem Felde natürlich die Prozeßperspektive der Erziehung mit der Zukunftsperspektive der Gesellschaft und des politischen Systems durchdringt. Bedeutsamer fast als die direkte Herausforderung und Verleugnung der Institutionen, die sich direkt bekämpfen läßt, sind sicher Ignoranz, Orientierungslosigkeit und mangelnde Sensibilität für die Sinnfrage. Institutionen können kaum überlebensfähig sein, wenn ihr Sinn im Bewußtsein der Bürger nicht mehr präsent oder sogar nicht mehr akzeptiert ist. Angesichts der Interdependenz von Wertorientierung, Wertverwirklichung und institutioneller Ordnung ist auf wenigstens zwei Probleme hinzuweisen: Zum einen führen freivagabundierende Wertvorstellungen mit antiinstitutioneller Stoßrichtung nicht zur ständigen Rekonstruktion freiheitlicher Ordnung — im Gegenteil; zum anderen tangiert der Verlust an Sinnerkenntnis einer solchen Ordnung unmittelbar auch ihre normativen Prämissen — wie sich gegenwärtig relativ deutlich an jenen Erosionsprozessen zeigt, denen die Ethik der Toleranz und des Pluralismus unterliegen.

Der Grundsatzstreit um die Institutionenkunde, in den siebziger Jahren vehement ausgefochten, wird von da aus schwer verständlich. Streiten kann man mit guten Gründen lediglich wider eine verengte, nämlich der normativen Dimension beraubte Analyse, die sich mit formaler Organisation begnügt. Sich mit den Institutionen zu beschäftigen, bedeutet aber keineswegs, es in dieser verengten Weise tun zu müssen. Dagegen ist es wohl eine billige Forderung an politische Bildung in der freiheitlichen Demokratie, sich in unverkürzter Weise damit zu beschäftigen — zumindest solange der Konsens darüber fortbesteht und auch nicht kryptisch in Zweifel gezogen wird, daß diese Ordnung der Würde des Menschen gemäß sei und ihre Identität in die Zukunft hinein verlängern soll.

Im übrigen ist diese Ordnung — um zum Anfang zurückzukehren — auch die Voraussetzung für die Freiheit politischer Bildung.



## **Ulrich Sarcinelli: Politikvermittlung in der Demokratie. Zwischen kommunikativer Sozialtechnik und Bildungsauftrag**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 50/84, S. 3—13

Jedes demokratische System muß seine Ziele und Zielverwirklichungsabsichten publik machen; es bedarf also der Vermittlung von Politik zwischen der politischen Führungsebene und dem Bürger. Diese Politikvermittlung ist in jedem modernen Verfassungsstaat organisiert und gesteuert. Mit dem zugrunde gelegten Begriff der Politikvermittlung soll dabei die Aufmerksamkeit gleichsam auf die Akteursseite des politischen Kommunikationsprozesses gerichtet werden.

Ausgehend von einem demokratietheoretischen Bezugsrahmen werden zunächst vier Zielfunktionen der Politikvermittlung unterschieden: eine informatorische Zielfunktion, eine appellativ ausgerichtete Zielfunktion, eine partizipative sowie eine pädagogisch-didaktische Zielfunktion. Mit Blick auf die idealtypisch unterschiedenen Zielfunktionen werden nun konkrete Politikvermittlungsleistungen kritisch untersucht. Den vier Zielfunktionen werden dabei exemplarisch zugeordnet: die politische Öffentlichkeitsarbeit, die politische Werbung, die organisationsinterne Kommunikation sowie die politische Bildung. Diese Hauptvarianten der Politikvermittlung werden vor dem Hintergrund skizzierter demokratietheoretischer Kriterien auf ihre Leistungsfähigkeit hin überprüft und Konsequenzen für eine Verbesserung der Politikvermittlung in der Bundesrepublik Deutschland gezogen.

## **Klaus R. Allerbeck: Systemeverständnis und gesellschaftliche Leitbilder von Jugendlichen**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 50/84, S. 14—26

Durch den Vergleich von Umfragen unter wissenschaftlich gesicherten Stichproben von Jugendlichen in der Bundesrepublik in den Jahren 1962 und 1983 wird die Entwicklung des Systemeverständnisses von Jugendlichen untersucht. Dabei zeigt sich, daß die Zustimmung zu demokratischen Normen erheblich zugenommen hat. Entgegen verbreiteten Vermutungen hat die Zustimmung zu neonazistischen Vorstellungen deutlich abgenommen. Wesentlich als Folge der Bildungsexpansion hat das Interesse an Politik, das Jugendliche äußern, zugenommen. Die heutige Existenz einer eigenen Jugendpartei, der GRÜNEN, signalisiert eine Änderung gesellschaftlicher Leitbilder. Die Zustimmung zu deren Positionen bei Themenbereichen wie Kernkraft oder Friedensbewegung geht weit über die Zustimmung zu der Partei hinaus. Die in den zwei Jahrzehnten kaum veränderte Stärke der politischen Sozialisation in der Familie ist geeignet zu erklären, warum die inhaltlichen politischen Positionen der Mehrheit der Jugendlichen sich vergleichsweise gering in Parteipräferenzen umsetzen.

## **Wolfgang Rudzio: Systemaversionen bei linksorientierten Jugendlichen — Sozialisierungsschwächen der deutschen Demokratie**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 50/84, S. 27—34

Die Breite der Demokratieaversionen unter linksorientierten Jüngeren zahlenmäßig exakt anzugeben, ist auch bei Einsatz unterschiedlicher empirischer Untersuchungsansätze bisher nicht möglich gewesen. Immerhin deuten die verfügbaren Untersuchungsergebnisse auf ein Potential von etwas unter 10 % der Jugendlichen der Bundesrepublik. Der hohe Bildungsgrad und die damit einhergehende hohe Partizipationsfähigkeit dieser Minorität verleihen ihr jedoch eine politische Bedeutung, die weit über ihre bloße Zahl hinausreicht.

Gesellschaftliche und politische Verhältnisse, die als Mißstände attackiert werden, geben nur Anlässe für die Entwicklung von Demokratieaversionen. Die eigentlichen Ursachen hingegen sind vor allem in der Lebenssituation der Postadoleszenz und in hochgeschraubten ethisch-normativen Erwartungsniveaus zu sehen. Folgerungen sollten daher bei den damit gegebenen Wahrnehmungs- und Verarbeitungsmustern ansetzen.



## Walter Gagel: Die neuen sozialen Bewegungen als Herausforderung des politischen Unterrichts

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 50/84, S. 35—43

Problemsicht und Wertvorstellungen der neuen sozialen Bewegungen beeinflussen auch den politischen Unterricht, rufen aber unterschiedliche Reaktionen hervor. Politische Didaktik hat weder die Aufgabe der Abwehr noch diejenige der Verstärkung dieser Einflüsse; ihre Aufgabe ist deren Verarbeitung aus einer durch didaktische Reflexion ermöglichten Distanz.

In dem Beitrag werden die neuen sozialen Bewegungen als „Herausforderungen“ in den wichtigsten Merkmalen beschrieben: Hinsichtlich ihrer Form, ihrer Problemwahrnehmung, ihrer Problemverarbeitung und der Deutungsmuster ergeben sich Abweichungen von den traditionellen Akteuren der Politik. Danach werden diese Merkmale daraufhin geprüft, in welcher Weise sie im Unterricht verarbeitet werden sollten. Dabei ergibt sich, daß die politische Didaktik eine Problematisierungs- und Korrektivfunktion ausübt: Sie problematisiert den antiinstitutionellen Affekt der Bewegung und ergänzt die Einseitigkeit der Problemauswahl. Ferner versucht sie, die Komplexitätsreduktion der Bewegungen aufzubrechen, indem sie „Kontroverses Denken“ als Lernziel und als didaktisches Prinzip der Unterrichtsgestaltung in den Vordergrund stellt. Schließlich versucht sie, eine dialogische Verarbeitung von Wertkonflikten zu lehren, um die Gefahr der Polarisierung und der Konfrontation von unversöhnlichen Glaubenspositionen in Lerngruppen zu verringern.

Diese Vorschläge folgen aus bestimmten Prämissen der didaktischen Reflexion: Didaktik wird als Bestandteil des pädagogischen, nicht des politischen Handelns verstanden, politisches Lernen primär als kognitives Lernen aufgefaßt.

## Heinrich Oberreuter: Wertwandel und politische Bildung

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 50/84, S. 45—53

Politische Bildung ist stets im Zusammenhang mit einer konkreten politischen Ordnung und deren politischer Kultur zu sehen. Beide Beziehungsmuster werfen die Frage nach den Werten auf. Der von empirischen Analysen konstatierte Wertwandel hin zu „postmaterialistischen“ Orientierungen ist an sich noch kein kritisches Phänomen. Aber die Herausforderung für die politische Bildung durch diesen vielbeschworenen Wertwandel liegt in dem Entstehen einer Gegenkultur und Gegengesellschaft als Minderheitsphänomen. Drei Konfliktzonen tun sich auf:

1. Die hohe Empfindlichkeit im Bereich „diffuser Legitimität“,
2. die anti-institutionellen Affekte und
3. der Rückgang der Achtung vor Recht und Gesetz.

Der Autor plädiert mit anderen dafür, diesen Bewußtseinswandel ernst zu nehmen und sich mit ihm kritisch auseinanderzusetzen. Eine weitere wichtige Aufgabe ist die Konfrontation mit bewußten Tendenzen zur Verschärfung von Spannungen und Gegensätzen. Primäre Ansatzpunkte politischer Bildung angesichts der geschilderten Herausforderungen müssen sein: Wertbindung und Legitimität, die Ethik des Pluralismus und Institutionen. Es gilt zu zeigen, daß auch neue Wertorientierungen im Rahmen der bestehenden Institutionen verarbeitet werden können. Die keineswegs wertneutrale Staatsidee der Bundesrepublik bietet die Chance dafür. Auch das alles andere als wertneutrale Pluralismuskonzept bildet als formales Strukturprinzip die unabdingbare Voraussetzung für die Entfaltung von Werten. Pluralismus wiederum kann nicht praktiziert werden ohne die Kardinaltugend Toleranz. Sie weist darauf hin, daß die plurale Demokratie nicht existieren kann ohne die Basis einer fundamentalen Gemeinsamkeit. Dieser Basiskonsens umfaßt den gesellschaftsstiftenden Wertkodex.

Für die politische Bildung ist ferner die Rückläufigkeit des praktischen Institutionsverständnisses von Bedeutung, weil sich alles Wissen über Politik und alle politische Erfahrung in der Ausformung politischer Institutionen ausdrückt. Der vielfach zu Unrecht geschmähte institutionelle Ansatz bietet die Chance, die empirische Beobachtung der Politik wieder in die Analyse der Werte zu integrieren. Institutionen sind aber nicht überlebensfähig, wenn ihr Sinn im Bewußtsein der Bürger nicht mehr präsent oder sogar nicht mehr akzeptiert ist. Angesichts der Interdependenz von Wertorientierung, Wertverwirklichung und institutioneller Ordnung ist auf zwei Probleme hinzuweisen: freivagabundierende Wertvorstellungen mit anti-institutioneller Stoßrichtung führen eben nicht zur ständigen Rekonstruktion freiheitlicher Ordnung. Zum anderen tangiert der Verlust an Sinnerkenntnis einer solchen Ordnung unmittelbar auch ihre normativen Prämissen — wie sich gegenwärtig an den Erosionsprozessen von Pluralismus und Toleranz zeigt.